HEFT 6 JUNI 1982 5,- DM C 4143 E

Konkret

DER WEG IN DEN DRITTEN WELTKRIEG

Ronald Reagan

Frauenfeind Nr. 1: Die Frauen?

in konkret Juni 1982

Vorwort von Manfred Bissinger

an Konkret

Malwine, ach Malwine von Hermann L. Gremliza

Der nackte Genscher von Uwe Karsten Heye
Nachrichten

Nachrichten

Itzehoer Landrecht von Warner Poelchau
Nachrichten

Selber Schuld? von Lottemi Doormann
Sollen die Frauen nicht gegen Diskriminierung, sondern gegen ihren »inneren Schweinehund« kämpfen? Scheitert die Emanzipation, weil Frauen faul, bequem und immer noch blöde genug zum Kinderkriegen sind? Sind frauenfeindliche Witze »aufklärerisch«?

Der häßliche Deutsche: Vorderkiep und Hinternanyi von Otto Köhler
Klaus von Dohnanyi, Walther Leisler Kiep

Die ungarische Krankheit von Karl Unger
Die Preise in Ungarn werden zügig auf Weltmarktniveau gehoben, die Löhne sind davon noch weit entfernt. Das staatliche Amt für Material und Preise erklärt das so: »Da drei ungarische Arbeiter in einer Stunde soviel produzieren wie ein westdeutscher in der gleichen Zeit, muß man deren Löhne addieren und schon hat man ein viel höheres Niveau.« Statistisch ist das korrekt

Wenn zweimal die Ernte ausfällt... von András Hegedüs
KONKRET-Interview mit Ex-Ministerpräsident András Hegedüs*

Die planlose Planwirtschaft von Winfried Wolf
Wie Ungarns Kommunisten mit Reformpolitik ihr Land in die Kapitalistische Krise führen

Rätsel für die Bundesanwälte von Jürgen Saupe
Die Affäre Strauß-Tandler-Langemann weitet sich aua: Neue Papiere dokumentieren Alleingänge der CSU-Regierung gegen den Internationalen Terrorismus. Aufgetaucht sind auch geheim Aussagen des ehemaligen Arbeitgeberpräsidenten Schleyer. Er war 1977 von Terroristen entführt, verhört und schließlich ermordet worden. Dr. Langemannm zitiert aus den Vernehmungen. Für die Bundesanwälte entstehen immer neue Rätsel

Laßt Euch den Ofen nicht klauen... von Werner Heine
Ein Jahrhundert lang waren die Hochöfen des »Schalker Verein« Arbeit und Loben für die Kumpel. Jetzt ist der letzte Ofen explodiert und 900 Männer verlieren Ihren Arbeitsplatz

Gegendarstellung

Konkret-Extra: Will Reagan den III-Weltkrieg von Ulf Engberg
Siebenunddreißig Jahre »Frieden durch Abschreckung« sind genug; jetzt müssen die friedensverwöhnten West-Europäer mal wieder aufgeschreckt werden. Die Glaubwürdigkeit der »Gefahr aus dem Osten« könnte ja sonst dem

Generationswechsel zum Opfer fallen. Damit die alte Gefahr auch der jungen Generation erhalten bleibt, läßt Ronald Reagan die Kalte-Kriegs-Politik der Fünfziger Jahre wieder aufleben. »Neo-Konservatismus« nennen das die einen, »Primitivismus« die anderen. Daß mehr dahintersteckt als ein erneuter Wiederbelebungsversuch alter Ängste, zeigt ein Vergleich programmatischer Äußerungen der Reagan-Administration mit geheimen Regierungsplänen aus der Zeit von 1945 bis 195 1. In den Regierungspapieren, die nach dreißigjähriger Sperrfrist jetzt der Geschichtsschreibung zugänglich sind, war von »Abschreckung« nie die Rede. Angriff mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln lautete die Parole der Roll-Back-Politik, denn: »Die Niederschlagung der Kräfte des sowjetisch gelenkten Weltkommunismus ist für die Vereinigten Staaten lebenswichtig. Dieses Ziel kann durch eine defensive Politik nicht erreicht werden.«Revolutionäre Durchbrüche in der Waffentechnik geben den amerikanischen Militärs die Aussicht auf »offensive Politik«. In einer vergleichenden Analyse beschreibt Ulf Engberg, welche Bedeutung die »Revolution« in der Waffentechnik für die amerikanische Politik hat und welche Folgerungen sich aus dem Vergleich von damals und heute schließen lassen.

Angst fressen Kopf auf von Michael Schilling

Im Schatten des Führers von Susanne Mann

Hitler ist für sie das Symbol alles »Guten«. Sie sind »antijüdisch«, »antineger«. Faschisten in Frankreich

Alle Mikros auf den Kanzler von Peter Roos

In insgesamt zwölf Gruppen sollten die Jugendlichen - so der Plan des Bundespresseamts - dem - Regierungschef vergeführt werden. Seit letzten Sommer ist es zu vier solcher Treffen im Kanzleramt gekommen. Zwei davon, eins mit Jungforschern und eins mit Auszubildenden hat Peter Roos beobachtet

Querelen um Querelle von Kurt Raab

In diesen Wochen wurde Rainer Werner Fassbinders »Querelle« fertig, die Verfilmung von Jean Genets lange verbotenem Skandal-Roman. Auch als Filmstoff brachte »Querelle« Querelen, allerdings (bisher) nur hinter den Kulissen. Der Schauspieler und Regisseur Kurt Raab beschreibt die Entstehungsgeschichte der Fassbinder-Arbeit - aus seiner persönlichen Sicht, mit ein bißchen Eifersucht und mit Wut:

Verschnittene Wirklichkeit von Thomas Doberstein

Mit Kamera, Schere und Leim, vor allem aber mit dem Bilder-Material aus vielem tausend meist nordamerikanischen Zeitschriften komponiert Tsunehisa Kimura frappierende Horrer-Szenarios. Ein Foto wird bis zu vierzig mal zerlegt, bis Perspektiven, Größenverhältnisse und Beleuchtung stimmen

Erinnerung an Peter Weiss von Peggy Parnass

Video von Hartmut Schulze

Video, der kleine Bruder vom Big Brother, is watching you. Schon wieder ist ein neues Medium dabei, die Macht über seine Benutzer zu übernehmen

Die Kirche fault von Heinrich Böll, Robert Stauffer

»Verkniffen«, »blind«, »Aussteiger« - so greift der Vorsitzende des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Hans Maier, die Friedensbewegung an. In KONKRET bezieht der Schriftsteller Heinrich Böll Stellung. Robert Stauffer sprach mit ihm:

Bücher: Ein dickes, katholisches Genie von Harry Rowohlt

Weil er für seinen Roman keinen Verleger gefunden hat, brachte sich John Kennedy Toole 1969 um. Zwölf Jahre später erhielt er für sein – einziges – Buch »Ignaz oder Die Verschwörung der Idioten« der Pulitzer-Preis. Harry Rowohlt, Übersetzer und Kenner der amerikanischen Freak-Szene, stellt das US-Kultbuch vor, das jetzt auch

bei uns erschienen ist.

Bücher: Brauchen wir mehr Inselchen? von Michael Scharang

In einem US-Bestseller rechnet Tom Wolfe mit dem Bauhaus ab, mit der Architektenschule von Weimar und Dessau, die vor sechzig Jahren das Bauen revolutionierte.

LOGO TOGO von Herbert Achternbusch

KONKRET hat den Schriftsteller und Filmemacher Herbert Achternbusch gebeten, zum 100. Geburtstag von Karl Valentin (am 4. Juni) einen Artikel zu schreiben. Dies ist er:

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 06/82, S. 4

Manfred Bissinger

Vorwort

Es ist ein Stück deutscher Geschichte, daß die Justiz den Unterschied zwischen Richtung und Verpflichtung nicht erkennen will. Recht ist, was rechts ist.

In Itzehoe hat der Vorsitzende Richter Manfred Selbmann ein Verdikt gefällt, das ihm auch beim Reichsgericht der Weimarer Republik hohe Ehre eingetragen hätte; er urteilte ohne Ansehen der Tatsachen, aber mit Ansehen der Personen. Zwei junge Männer müssen für viele Jahre ins Gefängnis, weil sie bei einer Demonstration gegen das Kernkraftwerk Brokdorf zurückgeschlagen haben sollen. (Seite 13).

Wer Wirtschaftskriminalität begeht, darf auf Verständnis hoffen. Wer die Wirtschaft daran hindern will, kriminell gegen ihre Umwelt zu handeln, muß mit Strafe rechnen. Die herrschende Meinung in der Justiz ist die Meinung der Herrschenden.

Das System muß zusammenhalten. Dazu bedarf es gemeinsamer Feinde. Und wenn es davon nicht genug gibt, müssen sie geschaffen werden. In Itzehoe ist man auf diesem Weg wieder ein Stück weitergekommen. Der juristische Zynismus sorgt dafür, daß der Widerstand im Lande wächst.

Wer verstehen will, was in der Bundesrepublik geschieht, muß sich zuerst fragen, wer den finanziellen Vorteil davon hat. Brokdorf ist ein gutes Beispiel dafür. Für die Versorgung Norddeutschlands mit Strom ist das Atomwerk absolut überflüssig. Trotzdem wird es gebaut. Christ-, Sozial- und Freidemokraten machen gemeinsame Sache mit der Industrie. Protest wird niedergeknüppelt. Wer sich wehrt, kommt in den Knast. Wenn er da rauskommt, wird er es beim Demonstrieren nicht bewenden lassen. Darauf spekuliert der Polizeistaat. Er braucht den Anlaß. Richter wie der Herr Selbmann sorgen schon für den richtigen Kreislauf.

Der nächste Ortstermin steht fest. Mal sehen, wer am 10. Juni in Bonn kriminalisiert wird. Die Voraussetzungen sind denkbar gut. Da hat die Bundesregierung ohne Not den amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan eingeladen - einen Mann, der in seiner Heimat inzwischen heftiger umstritten ist, als bei uns die Polizei erlaubt. Und jetzt ist der Weltökonom Helmut Schmidt dabei, das Demonstrationsrecht nicht nach dem Legalitätsprinzip, sondern nach den Gesetzen der freien Marktwirtschaft ausüben zu lassen. Die Zahl der Demonstranten soll über den Preis reguliert werden. Pro-Reagan-Jubler kriegen Fahrkarten für die Sonderzüge nachgeschmissen. Wer hingegen keine amerikanischen Raketen stationiert haben möchte, der kann froh sein, wenn er überhaupt einen Platz im Zug bekommt. So reduziert man Masse. Getreu der Devise, mit der der Genosse Schmidt auch sonst regiert: Wer Geld hat, darf seine Meinung sagen. Wer kein Geld hat, soll den Mund halten und zuhause bleiben.

Doch ob zuhause oder in Bonn - jeder kann Reagan eine kleben: aufs Fahrrad, ans Auto, auf die Schultasche, an die Haustür. Zum erstenmal erscheint KONKRET mit einem EXTRA nicht nur mitten im Heft, sondern auch auf der Titelseite. Beide sind dem amerikanischen Präsidenten gewidmet.

Reagan plant den atomaren Konflikt. Will er den dritten Weltkrieg? Ulf *Engberg* hat bei seinen Recherchen wichtige Dokumente gesichtet. Danach folgt die jetzige US-Regierung in ihrer Politik geheimen Regierungsplänen aus der Zeit unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg. Damals, in der Hochzeit des Kalten Krieges, spielte Washington den atomaren Erstschlag gegen die Sowjetunion durch. Von Abschreckung war nicht die Rede, Angriff lautete die Parole. Heute heißt das: Victory is possible. (Seite 55)

Wir sind darauf gefaßt, daß uns anti-amerikanische Stimmungsmache vorgeworfen wird. Ami go home war der Slogan der Nachkriegsjahre. Reagan go home ist keine Neuauflage davon. Dieser Präsident ist nicht Amerika (so wie Karl Carstens nicht Deutschland ist).

Wer mehr Aufkleber haben möchte, kann uns schreiben. Ein Dutzend kostet zehn Mark. Wer sich was anderes zum Reagan-Besuch einfallen lassen will, bitte. Anregungen dazu stehen auf Seite 10. Im April hatten wir einen Ideenwettbewerb ausgeschrieben. Es kamen über 1000 Einsendungen. Die Preisträger stehen jetzt fest.

Wir haben uns daran gewöhnt: wer Dinge beim Namen nennt, wird diffamiert. Wer argumentiert, wird verleumdet. Wer Skandale aufdeckt, ist ein Störenfried. Die bayerische CSU ist in der Technik der Niedertracht besonders geübt. Als KONKRET erstmals vor drei Monaten über die trüben Machenschaften des Geheimagenten und obersten bayerischen Staatsschützers Hans Langemann berichtete, wurde das Thema zunächst heruntergespielt: Olle Kamellen, Seifenblasen, Hirngespinste. Doch die Verharmlosung gelang nicht. Der bayerische Landtag mußte einen Untersuchungsausschuß einsetzen.

Schnell änderte die CSU ihre Taktik: Jetzt waren der Generalbundesanwalt, die Landtags-Opposition, die Bonner Regierung und - wer sonst - KONKRET natürlich schuld. Nicht die Nachricht ist schlecht, der Überbringer gehört erschossen. Das Trio nationale Franz-Josef Strauß, Edmund Stoiber und Gerold Tandler versuchen ihre Verantwortung *für* und ihre Verstrickung *in* den Skandal hinter einer Hetz- und Vernebelungskampagne zu verstecken. Jüngste Variante: Hans Langemann sollte im Auftrag des BND (und mithin der Bundesregierung) die bayerische Landesregierung ausspionieren. Kein Gedanke ist zu dumm, als daß er nicht als Ablenkungsmanöver willkommen wäre. Wer's glaubt, wird Ehrenmitglied der CSU. Wer's nicht glaubt, wird ihr Opfer.

Ein paar Kostproben aus dem Unions-Wörterbuch, Kapitel KONKRET: *»Polit-Schmierblatt; Fanatische Eiferer; Linke Bruderschaft; Extremistenblatt; Übelste Methoden der Verleumdung; Schmierfinken; Material aus dem Osten; Ratten und Schmeißfliegen; Schmutzige Quelle; Politische Pornografie, Prokommunistisch; Gegner unserer staatlichen Ordnung; DDR-Finger im Spiel; Systemveränderer, Schleim; DKP-nahe; Linksradikal; Gebräu von Phantasieausflüssen; Polit-Konspirateure.«*

Solch verbaler Haß ging sogar Münchner Richtern zu weit. Das Landgericht München 1 gab einem Antrag von KONKRET auf Einstweilige Verfügung statt. Die »Süddeutsche Zeitung« meldete am 15. Mai auf Seite 2:

»Konkret« erwirkt Einstweilige Verfügung gegen die CSU«

Ungewöhnlich ist, daß dem Parteivorsitzenden Franz Josef Strauß Ordnungshaft angedroht wird . Seine Büchsenspanner werden jetzt vorsichtiger sein müssen. Die Affäre läßt sich nicht mehr vertuschen. Was diesmal in KONKRET steht, dokumentiert einmal mehr die Abwesenheit von Rechtsbewußtsein bei bayerischen Spitzenpolitikern. Millionen werden disponiert, um eine eigene geheimdienstliche Abwehr-Organisation aufzubauen. Ganz in Spezimanier. Geheim und ohne Wissen von Bundesbehörden (Seite 42).

CSU-Sprecher Godel Rosenberg weiß für die Langemann-Veröffentlichungen nur eine Erklärung: »Die KONKRET-Akteure haben nur ein Ziel: Dem Bürger den Staat und seine Institutionen zu vermiesen.«

Als ob uns da nicht schon jemand zuvorgekommen wäre.

Dieses Heft enthält noch viele wichtige Themen, auf die ich hier nur in Stichworten aufmerksam machen kann. Lottemi Doormann wehrt sich gegen die in der Frauenbewegung grassierende These, Frauen seien selbst schuld an ihrer Rolle (Seite 14). Karl Unger und Winfried Wolf diagnostizieren die »ungarische Krankheit« (Seite 26). Werner Heine beobachtet das langsame Sterben der Thyssen-Tochter »Schalker Verein« in Gelsenkirchen (Seite 28). Peter Roos hat den vergeblichen Versuch des Kanzlers aufgezeichnet, mit der Jugend zu reden (Seite 81).Hartmut Schulze analysiert den unaufhaltsamen Einzug von Video in unsere Wohnstuben (Seite 104). Was Heinrich Böll Ober die katholische Kirche denkt, steht auf Seite 114. Den Nachruf auf KONKRET-Autor Peter Weiss hat Peggy Parnass geschrieben (Seite 103).

Nachwort zum letzten Heft: Der Brief von Jakob Moneta an Walter Hesselbach wurde in der »Frankfurter Rundschau« nachgedruckt, mit unserem Einverständnis. Die Kolumne »Kreuze zu Pflugscharen?« von Hermann L. Gremliza erschien auch noch einmal, sechsspaltig, in »Unsere Zeit«, dem Parteiorgan der DKP, ohne unser Einverständnis, was nicht weiter erwähnenswert wäre, hätte die kommunistische Tageszeitung den Beitrag vollständig übernommen. Es fehlen aber: die Erwähnung des Kriegsrechts in Polen, der sowjetischen Intervention in Afghanistan, der evangelischen Friedensjugend in der DDR, der Solidarnosz. Gerade diese zwanzig Zeilen haben auf den sechs »UZ«-Spalten keinen Platz mehr gefunden. Es ist manchmal nicht einfach, sich von der DKP nicht in den Antikommunismus treiben zu lassen.

Konkret 06/82, S. 6

an Konkret

Thallium in Lengerich

KONKRET 5/82: »Frühling in Deutschland« - Vom Leben in einer zerstörten Umwelt

Es ist leider ein großer Irrtum, daran zu glauben, daß Menschheits-Probleme gelöst werden. Sie werden oft von einer gelangweilten herrschenden Gesellschaftsklasse am Rande liegen gelassen. Nur wenn das passive Unbehagen vieler Bürger in eine aktive Unruhe umschlägt, dann kann eine Änderung eintreten.

KARL KIRCHNER

WÜRZBURG

Die Situation ist heute genauso aktuell wie 1979, wenn nicht sogar verschärft. Es finden nach wie vor Thallium-Emissionen statt, Tiere sterben, in Pflanzen und Gemüse sind unglaublich hohe TH-Werte nachzuweisen. Inzwischen hat der Verursacher, die Fa. Dyckerhoff, sogar eine Kapazitätserweiterung durchgesetzt, gegen die die Bürgerinitiative jetzt klagt. Die Situation der Bauern scheint uns mißverständlich dargestellt. Wichtig ist es, den Widerspruch aufzuzeigen, sich der Verseuchung und deren Gefahren bewußt zu sein und trotzdem weiter anzubauen und zu verkaufen, weil sonst die Existenz gefährdet ist. Im Grunde gibt es keine Wahl.

CHRISTEL WESTERMEIER

BÜRGERINITIATIVE THALLIUM

LENGERICH

Hand in Hand gegen US-Raketen

KONKRET 5/82: »Kreuze zu Pflugscharen?« - Hermann L. Gremliza über die Spaltung der Friedensbewegung

Lieber Gremliza! Sie kommentieren da eine »Spaltung der Friedensbewegung«, die gar nicht stattgefunden hat. Glauben Sie denn, diese Bewegung ließe sich von einer Null-Prozent-Partei spalten? Indem Sie Bahro - zugegeben zu Recht - die Grenzen aufzeigen, versuchen Sie gleich auf diesem Weg die DKP aufzuwerten, daß man sich zumindest wundert. Und wenn Sie dazu noch behaupten: »Ohne die Hilfe der DKP gäbe es eine Friedensbewegung in der Bundesrepublik nicht«, zweifelt man an Ihrem Verstand.

PAUL WALTER

MÜNCHEN

Vor einem Jahr hätte ich Ihren Kommentar noch unterschrieben. Ich hätte Leuten wie Bahro damals auch den Vogel gezeigt für ihre Äußerungen gegen die DKP. Inzwischen stehe ich am Rande des Antikommunismus. Was Springer & Co. in zehn Jahren nicht schafften - die DKP schaffts in einem Jahr hautnahem Kontakt mit ihr mehr als gründlich.

JÜRGEN MAIER

BÖBLINGEN

Die Grünen sind der Meinung, daß die Friedensbewegung bald in eine Sackgasse geraten wird, wenn sie sich nicht als internationale blocküber greifende Entmilitarisierungsbewegung versteht. Die Friedensbewegung muß sich mit allen Personen, Gruppen und Parteien solidarisieren, die gegen Aufrüstungswahnsinn (in West und Ost!), menschenverachtende Politik (z.B. EI Salvador, Südafrika, Polen ...) und sonstige Unterdrückungspolitik sich zusammengefunden haben.

WOLFGANG RUPPS

SCHEIBENHARDT 1

Herzlichen Dank für diesen vernünftigen Kommentar! Hoffentlich bleibt die Friedensbewegung stabil und folgt Ihren Überlegungen. Ich selbst meine wohl, daß christliche Gemeinden, auch die übliche Kirche, notwendig bleiben. »Mit Sartre

zu sterben« ist für die meisten zu schwer. »Bilder« helfen oft, die Welt zu bestehen. Aber Sie haben recht, daß verschiedene Vorstellungen über dies Thema nicht zur Spaltung und damit zur Vernichtung der Friedensbewegung führen dürfen. Ach, Herrn Bahro habe ich von Anfang an als verschwommenen Geist gefürchtet.

ANGELIKA KÜRTEN-NEFF

REMAGEN

Wichtig ist, daß bei all diesen politischen Diskussionen nicht die Einheit der Friedensbewegung über Bord geworfen wird. Wichtig ist aber auch, daß die Friedensbewegung nicht an der Unglaubwürdigkeit der DKP und ihrer Organisationen zu scheitern droht, indem man den verengten Ansatz akzeptiert, den auch Gremliza benutzt, also die Friedensbewegung nur auf den angeblich einzig gemeinsamen Nenner - die Verhinderung der Mittelstreckenraketen - festlegen will.

UWE PARPART

LANDESVORSITZENDER DER

BREMER JUNGSOZIALISTEN i.d. SPD

Mit Ihrer Forderung »Einheit in Vielfalt« sprechen Sie die heilige Kuh »Minimalkonsens« an. Einen Minimalkonsens halte ich jedoch nur innerhalb der blockunabhängigen Friedensbewegung, also ohne den DDR-Satelliten DKP, für sinnvoll. Denn sonst könnte genausogut Franz-Josef Strauß ankommen, um gemeinsam mit uns für Abrüstung im Ostblock zu demonstrieren, so gräßlich diese Vorstellung auch wäre. Der Aufrufformulierung »für die Aufhebung des Kriegsrechts und eine politische Lösung in Polen« könnte z.B. auch Breschnew zustimmen, bloß verstünde er darunter wohl eher die weitere Unterdrückung von Solidarnosc.

Ich bin jedoch sofort bereit, Ihnen zuzustimmen in bezug auf das, was Sie in Ihrem Kommentar über Rudolf Bahro und den höchst seltsamen Hoplitscheck sagen. Es ist wirklich an der Zeit, daß wir Grüne solchen Karrieristen, die auf jeden fahrenden Zug aufspringen, wenn es nur ihrer eigenen Karriere dienlich ist, endlich einen Riegel vorschieben. Bitte realisieren Sie sich doch endlich, daß Bahro, Hoplitscheck & Co *nicht* die Grünen sind.

VOLKER SCHÖSSLER

DIE GRÜNEN

KREISVERBAND DORTMUND

Konflikt-Analyse

Die Verteidigung
gegen die Verteidiger
der Errungenschaften
ihres Angriffs
zur Verteidigung
guter Rechte
gegen die Erben
ehemaliger Angreifer
wird auf der Gegenseite
Angriff genannt
Beide Seiten haben
nur Verteidigungsministerien
Also kann es
Angriff gar nicht geben

Erich Fried

Schriftsteller

Lieber Jaques, alter Kibbuznik

KONKRET 5/82: »Ein offener Brief an Walter Hesselbach« - Zwei Antworten an Jakob Moneta

Lieber Jakob, Du korrespondierst mit mir über die Presse, ohne mir auch nur eine Kopie zu schicken. Warum behandelst Du so einen alten »Kampfgefährten«? Du stellst mich an den Pranger, ohne mir die Chance zu geben, mich dagegen zu wehren. Du sprichst von meinen Verdiensten in der Form des Marc Antonius: »Aber Brutus war ein ehrenwerter Mann«.

Darf ich Dich auch etwas fragen? Du warst einmal ein tapferer und anständiger Journalist. Warum folgst Du nun den Spuren wenig seriöser Enthüllungsjournalisten und den inquisitorischen Rechercheuren der Regenbogenpresse und der Television?

Ferdinand Lassalle spricht 1864 in seinem »Capital und Arbeit« von der »Handvoll verkommener Literaten, die, zu jeder bürgerlichen Handthierung zu schlecht, unfähig zu jeder selbständigen Gedankenlösung, nur noch gut genug sind, den Gedankenprozeß der Nation in anonymer Zeugung zu bestimmen«.

Daß mich Zeitungsschreiber dieser Art aus der Arbeiterbewegung hinausdrängen wollen, das verstehe ich, denn ich habe der Reaktion, den Dunkelmännern und den Faschisten auch nie etwas geschenkt. Aber warum Du? Nur deshalb, weil ich heute mehr Geld verdiene als früher und weiß, wie man es richtig anlegt? Du weißt doch selbst, daß ich auch heute nicht besser, nicht aufwendiger und komfortabler lebe als Du. So suche ich vergeblich nach Deinen Gründen. Ich zählte Dich bisher zu meinen Freunden, und ich bin Dein Freund noch immer. Sollte wirklich die alte Parole des Zentralkomitees der dreißiger Jahre wieder aufkommen, daß Sozialdemokraten schlimmer seien als die Nazis und daher vorrangig bekämpft werden müssen?

Wie in aller Welt, lieber Jacques, kommst Du zu der Unterstellung, ich könnte in einen »Steuerskandal oder Schlimmeres verwickelt« sein? Es kann doch nicht wahr sein, daß Du die arrogante Niedertracht übler TV-Sendungen für bare Münze nimmst. Wo, mein alter Kibbuznik, ist Dein Sinn für Solidarität, Anstand und Gerechtigkeit geblieben, den ich immer so sehr an Dir geschätzt habe? Wenn Dich etwas bedrückt, wirklich bedrückt hätte, so hättest Du doch nach dem Telefonhörer greifen können. Von was leitest Du eigentlich Deine Feststellung ab, »die verrottete Moral dieses Systems habe auch mich verderben können«.

Du schreibst selbst, daß ich den größten Teil meines Lebens nicht in Luxus gelebt habe. Wie ich heute lebe, was ich heute verdiene, das weißt Du, und das darf jeder wissen. Wofür ich mein Geld bevorzugt ausgebe, könntest Du auch wissen, wenn Du Dich an frühere Gespräche mit Otto Brenner, Walter- Möller und Olaf Radke erinnertest. Daran hat sich nichts geändert. Es ist richtig, daß ich einen Teil meines Einkommens steuersparend - vor allem in Berlin - angelegt habe. Was ist daran schlecht?

Es stimmt, daß es auch im Bereich der Gemeinwirtschaft beanstandenswerte und unerfreuliche Dinge gibt. Du weißt aus vielen unserer früheren Gespräche, daß dies nie ganz zu vermeiden sein wird. Du weißt aber auch, wie sehr viele anständige Kollegen sich mit mir ständig um Abhilfe und Verbesserungen bemühen. Unsere gemeinsame Kritik an bestimmten Verhaltensweisen der Neuen Heimat ist nicht neu. Man kann mir vorwerfen, daß ich mich um diesen Bereich nicht genügend gekümmert habe. Du weißt aber auch, was die Gemeinwirtschaft für die Verbraucher, für die Arbeitnehmer geleistet hat. Ist das Verderbtheit?

Ganz sicher ist unser aller Komfortbedürfnis in den letzten Jahren größer geworden, auch das Deine, wie ich weiß. Ist das ein Vorwurf? Ich erhebe ihn nicht. Wir gehören doch beide ein Leben lang zu politischen Gruppen, die dafür gekämpft haben, daß die Welt sich in der Richtung zum Wohlstand entwickelt, und zwar für alle Menschen. Das Gelübde der Armut habe ich nie abgelegt, und Du, wie ich weiß, auch nicht. Worauf es ankommt ist doch, wie wir uns verhalten, was wir füreinander tun und wie sehr wie uns für unsere Ziele engagieren. Ich hätte diesen Brief gern an KONKRET gegeben, die ja auch Deinen offenen Brief veröffentlicht hat. Es ist sicherlich reiner Zufall, daß die Nummer mit Deinem Brief die letzte Nummer vor dem DGB-Kongreß ist. Sicher wird eine andere Zeitung meinen Brief abnehmen.

Lieber Jakob, ich möchte es damit genug sein lassen. Sollten wir nicht eigentlich alle den ernsthaften Versuch machen, uns gegenseitig wieder zu verstehen und die Frauen und Männer der Arbeiterbewegung zusammenzuführen, um das Gemeinsame zu erkennen. Die politische Entwicklung läuft in gefährlichen Bahnen. Ich fürchte, wir werden uns alle bald brauchen: Leute wie Dich, liebenswert, voll guten Willens und meist getrieben von Gefühlen, Leute, wie mich, die rationaler sind und etwas härter in der Struktur. Und alle die vielen dazwischen, denen Friede, Freiheit, Gerechtigkeit, Menschlichkeit, Toleranz und Gleichheit keine leeren Begriffe sind, sondern Ziele ihres politischen Lebens. Wir sind doch nicht Teil einer linken Schickeria, sondern politisch aktive Gewerkschafter, jeder in seinem Bereich.

Ich nehme nicht Abschied von der Arbeiterbewegung und lasse mich auch nicht aus ihr vertreiben. Es wäre schön, auch Dich bald wieder in der Nähe zu spüren.

So grüße ich Dich und die Deinen - nach diesem Brief nicht mehr verärgert - in alter Verbundenheit Dein Walter

WALTER HESSELBACH VORSITZENDER DES VORSTANDES BETEILIGUNGSGESELLSCHAFT FÜR GEMEINWIRTSCHAFT AKTIENGESELLSCHAFI', FRANKFURT

Nein, Jakob, so hilfst Du uns nicht weiter. Es geht nicht darum, daß die Bourgeois-Canaille ihn mit Schmutz bewirft, was erwartest Du? Es geht ganz einfach darum, daß dieser Hesselbach sich eingerichtet hat, eingerichtet auf Kosten unserer Kollegen in den Betrieben, und wenn er (oder Du) auf »Verdienste für die Klasse« hinweist, dann zeigt dies um so mehr, daß eine Selbstverständlichkeit anscheinend honoriert werden muß. Nein und nochmals nein!

Neue Heimat ist doch nicht das Thema. Das Thema ist die möglicherweise gewollte Ohnmacht der Gewerkschaften in der derzeitigen kapitalistischen Krise. Arbeitslosigkeit, Ausländerhaß, Rüstung, das alles und noch mehr brennt den Kollegen auf den Nägeln. Da hoffen sie auf Antworten, da spielt Hesselbach keine Rolle. Und Verantwortung? Für wen, warum sollte er so etwas haben, wo doch das gesellschaftliche Sein eben auch sein Bewußtsein bestimmt.

Also Jakob, wirf den Stein, damit wir das Glashaus neu aufbauen, im Interesse der abhängig Beschäftigten - sie erwarten dies gerade auch von Dir.

PETER EDELMANN

IGM-SEKRFTÄR

LUDWIGSBURG

Sadismus in Beton

KONKRET 5/82: »Der eigentliche Skandal« - Ein Bericht über die Neue-Heitnat-Siedlung Chorweiler

Wo es einzig um Profit geht, wird alles Soziale erstickt. »Sozialen Wohnungsbau« leisten sich profitverbiesterte Kapitalisten höchstens als Sadismus in vielstöckigem Beton.

HANS WITTEK

LEUTKIRCH

Eine Kleinigkeit möchte ich ergänzen. In Chorweiler gibt es eine Straße, die heißt tatsächlich Zörgiebel-Straße. Der Geist und das Bewußtsein der Leute, die diese »Stadt« geplant und durchgesetzt und eine ihrer Straßen nach Zörgiebel* benannt haben, sagt alles.

CHRISTIANE ENSSLIN

KÖLN

*Karl Zörgiebel, 1878-1961, SPD-Politiker, von 1922-33 Polizeipräsident in Köln, Berlin und Dortmund, ließ bei einer Demonstration zum 1. Mai auf Arbeiter schießen

Konkret 06/82, S. 8

Hermann L. Gremliza

Malwine, ach Malwine

Kein Krieg wird um nichts geführt. Nicht um die Staatszugehörigkeit von 1.800 Siedlern, nicht um ihre Schafe und nicht um ihr Selbstbestimmungsrecht. Um Pinguine und Prinzipien des Völkerrechts schon gar nicht. Stets geht es um mehr und ist es, auch wenn noch weniger dabei herauskam, um mehr gegangen.

Nur die Enkel und Söhne der Heldenväter von Verdun und Stalingrad sind anderer Ansicht: im südlichen Atlantik, rund um die Inselgruppe der Malwinen, finde ein »sinnloser«, ein »verrückter«, ein »aberwitziger Krieg« statt, einer, in dem es keinen Platz an der Sonne zu gewinnen und keine Bolschewisten zu vertreiben gibt. »Der absurde Krieg« nennt ihn die modernste ihrer Zeitschriften, der »Spiegel«. Ja, als Moskau noch badisch werden sollte...

»Der sinnlose Krieg an den Antipoden, wo England und Argentinien aufeinander eindreschen, findet auch an den Antipoden der staatsmännischen Vernunft und politischen Wirklichkeit statt« schreibt Heinz Barth, Kriegsberichterstatter (früher für Adolf H., heute für Axel C.). Englische Raketen versenken in England gebaute Schiffe, Nato-Raketen schießen Nato-Flugzeuge ab - und das alles nur, weil drei Schätzchen nicht zur gemeinsamen Sache kommen konnten: Galtieris Freundin Thatcher, Thatchers Freund Reagan, Reagans Freund Galtieri. Das verstehe einer! Heinz Barth und der »Spiegel« verstehen es nicht. Und Rudolf Augstein ist ganz verzweifelt über das miese Management »der Herren Reagan und Haig« und der »selbstgerechten Hausfrau« Thatcher: »Es gibt Leute, die den Feministinnen ihr Geschäft nicht gerade leicht machen.« Den Lauf der Welt damit zu erklären, daß Männer Geschichte lenken, ist schon kein Pappenstil; und nun noch Frauen am Steuer?

Sie stellen sich nicht dumm, sie begreifen wirklich nicht. Wenn sich alle nordamerikanischen und westeuropäischen Freunde der Junta Galtieris jetzt gegen Argentinien entscheiden und alle mittel- und südamerikanischen Gegner der Junta Argentinien unterstützen, sind sie überrascht. Und wenn das sandinistische Nicaragua, das gerade einen Galtieri namens Somoza vertrieben hat, den Argentiniern Solidarität anbietet, findet der »Spiegel« das »widernatürlich«. Sie haben alles, woraus sie hätten lernen können, von Lenins »Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus« bis zu den Schriften von Fanon, nicht nur auf den Index gesetzt, sondern auch nicht gelesen und stehen nun mit leeren Köpfen da. Ein Krieg zwischen Männern und Frauen, die Geschichte machen und sich mögen, ein Krieg, der nicht gegen Kommunisten, nicht gegen oder von (immer: moskauhörigen) Befreiungsbewegungen geführt wird, ist ihnen wie ein Messer ohne Klinge, an dem der Griff fehlt.

Den Ausbruch des Dritten Weltkriegs würden sie verstehen. Daß vor Falkland der erste Dritte Welt-Krieg geführt wird, in dem es nicht gegen eine Befreiungsbewegung geht, macht sie ratlos. Der Stratege der »Frankfurter Allgemeinen« klagt, daß sich hier die Seestreitkräfte »des Westens« gegenseitig dezimieren. Denn seit der Entmachtung der Peronisten wird Argentinien von faschistischen Diktatoren regiert und war deshalb ein Bündnispartner von der geschätzten Sorte. Ober Nacht wurden aus den freundlichen Gastgebern der Fußball-Weltmeisterschaft »Diktatoren« (»Bild«), aus dem autoritär regierten Land ein »faschistisches Argentinien« (»Spiegel«). So wenig Verlaß auf ihren Verstand ist, so sicher bleibt ihr Instinkt: Wenn die Bürgerpresse anfängt, Faschisten Faschisten zu nennen, fürchtet sie in ihnen oder im Gefolge ihrer Taten etwas Feindliches, Rotes, Revolutionäres. Mit Recht.

Reagans Freund Leopoldo Fortunato Galtieri hat das gewiß nicht gewollt. Er, der Absolvent der US-amerikanischen Schule der Diktatoren in Panama, wollte nur seine Haut retten, wie er es gelernt hatte: ein bißchen Krieg sollte den Aufstand der armen Massen im Patriotismus ersäufen. Der große Bruder in Washington würde schon verstehen, daß es nicht böse gemeint sei.

Aber erstens kommt es manchmal anders und zweitens besonders dann, wenn man als Berufssoldat die bekannten ständischen Probleme mit dem Denken hat. Galtieri konnte sich nicht vorstellen, daß Margaret Thatcher wegen ihrer drei Millionen Arbeitslosen genauso scharf auf die heilsamen Wirkungen des Patriotismus, also des Krieges, war wie er selbst. Und er scheint nicht für möglich gehalten zu haben, daß die Besetzung einer britischen Kleinkolonie, 18.000 Kilometer von ihrem »Mutterland« entfernt, am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts noch den Anlaß für einen Krieg geben und den kapitalistischen Norden gegen seinen treuen südlichen Verbündeten vereinigen würde. Man konnte dem hartgesottenen Foltermeister am TV-Gesicht ablesen, wie perplex er war, daß an ihm, ausgerechnet, die Solidarität der Ausbeuter gegen die ausgebeuteten Kontinente zum Exempel erhoben würde.

Faschistische Diktatoren aus den Ländern der Dritten Welt sind gern gesehene Staatsgäste in den Metropolen der Ersten. Sie werden dekoriert und mit Waffen beliefert, gelobt und mit Geschenken beglückt. Das hat Leute vom Typ Galtieri zu der irrigen Annahme verleitet, sie seien in den Kreis der Herrenmenschen aufgenommen. Nun mußten der argentinische Diktator und sein Kumpane in den anderen Staaten Lateinamerikas die bittere Erfahrung machen, daß sie über den Status

privilegierter Domestiken nicht hinausgekommen sind. Sie bleiben die Objekte der imperialistischen Politik, trotz aller Prädikate, die ihnen deren Subjekte im Lauf der Jahre verliehen haben.

Butler kommen und gehen, die Herrschaft glaubt, daß sie ewig ist. Galtieri ist es nicht. So wird der See- und Wirtschaftskrieg um die Malwinen auch nicht gegen ihn geführt, sondern gegen das zukünftige Argentinien, das den Weg Nicaraguas gehen könnte - aus der Unterdrückung und Ausbeutung durch die Konzerne der USA und ihrer westeuropäischen Verbündeten. Dann wären die argentinischen Malwinen ein Stützpunkt nicht nur militärischer, sondern auch ökonomischer Strategie: sie erschwerten den Zugriff des imperialistischen Ernährungsmonopols auf die Nahrungsmittelreserve der Welt, den Krill in der Antarktis.

Wie immer die Länder der Dritten Welt regiert werden mögen, faschistisch, militärdiktatorisch, peronistisch - sie bleiben bestimmt durch ihren leidenden Part im Gefüge des Imperialismus. Ihre Führer können noch so gut kollaborieren, sie können die Grundbedingungen ihrer nationalen Existenz nicht verändern, solange der Mehrwert, den die Bevölkerung schafft, in die USA und nach Westeuropa exportiert werden muß. Mehr als die Hälfte des Profits, der jährlich von den Monopolen der USA erwirtschaftet wird, stammt aus dem sogenannten »Kapitalexport« nach Südostasien, Afrika und Lateinamerika, wird also in den Hungergebieten der Welt erarbeitet.

Wichtig ist nicht, was Galtieri gewollt, wichtig ist, was er bewirkt hat. Sein teppischer Coup hat die »westliche Welt« in die zwei Teile zerlegt, in die sie zerfällt. Die USA und ihre Verbündeten wurden gezwungen, den Nord-Süd-Konflikt (sozialdemokratische Wortschöpfung für Imperialismus) unüberhörbar zu definieren: Wir gegen den Rest der Welt.

Noch nie hat ein »absurder Krieg« soviel Sinn gemacht.

Konkret 06/82, S. 12

Uwe Karsten Heye

Der nackte Genscher

Nachrichten

Faszinierend kann es schon werden, das Schauspiel, das Hans-Dietrich Genscher in den nächsten Wochen und Monaten dem politisch interessierten Publikum in der Republik darbieten wird. Noch ehe er es selbst so richtig bemerkt hat, ist seine Phase des Gleitflugs in die Arme der Unionsparteien abgebrochen: er befindet sich unabwendbar vor dem Absturz.

Der Meister mit den traurigen Hängebacken hat sich völlig verkalkuliert. Angetörnt vom Wahlergebnis von 10,6 Prozent für die FDP, begann paradoxerweise am Abend des 5. Oktober 1980 der unaufhaltsame Abstieg der Liberalen.

Denn Genscher machte sich auf, die FDP endlich und endgültig zur »Dritten Kraft« zu formen, die »eigenständig« und unabhängig« als Partei überleben sollte, unabhängig-von Koalitionen. Eine von ihrem Wahlergebnis enttäuschte und über ihren Kanzler verbitterte SPD war bei der großen Selbsttäuschung Genschers auch noch überaus behilflich, und so konnte er sich unbehindert zum Herrscher der aus dem Tritt geratenen Koalition aufschwingen. ..Gelähmt von der prinzipienlosen Maßlosigkeit der FDP versackte die SPD in einem öffentlichen Stimmungstief. Genscher bestimmte allein Maß und Ziel, genau 20 Monate lang.

In diesen 20 Monaten verfiel die Konstruktion des sozial-liberalen Bündnisses, das allein in dler Lage war, die konservative Mehrheit in der Bundesrepublik zu überspielen. Die Idee dieses Bündnisses war von Anfang an festgemacht an einer Außenpolitik, die nie und nimmer mit der CDU und ihrem reaktionären Appendix CSU hätte gemacht werden können. Der Rest bestand immer in der Taktik, die jeweilige Klientel mit erträglichen wirtschafts- und sozialpolitischen Beschlüssen bei der Stange zu halten.

Mit der weltweiten Verheerung der ökonomischen Rahmenbedingungen und dem daraus entstehenden Neo-Konservatismus wuchs in Genscher die Überzeugung, daß sich auch die kleine Republik dem Zug der Zeit nicht werde entziehen können. Der Sprung in die Arme der Union war programmiert, aber nur möglich, wenn sich die FDP dem außenpolitischen Immobilismus der Union annäherte. Das geschah.

Die Enttäuschung der Wähler über den Verlust der außenpolitischen Glaubwürdigkeit des Kabinetts Schmidt/Genscher bekam zu allererst die SPD zu spüren. Aber schon die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus zeigten an, daß die Kalkulation des FDP-Vorsitzenden möglicherweise nicht aufgehen würde.

20 Monate nach dem großen Aufbruch des Hans-Dietrich Genscher steht fest: Die konservative Mehrheit in der Bundesrepublik ist dank Genscher gefestigter denn je. Jede Umfrage weist der CDU/CSU ein Wählerpotential zwischen 50 und 53 Prozent zu. Und auf die Frage, welche Partei neben der CDU/CSU diesen Wählern denn die nächst sympathische sei, wird die FDP nicht einmal mehr namhaft gemacht. Die Alternativen, Grünen und die Friedensbewegung entziehen dank Genscher der FDP das progressive Bürgertum. Damit wird sie in den Landtagen und Kommunen zunehmend zur bedeutungslosen Vierten Partei.

Der Absprung zur CDU/CSU in Bonn würde diesen Prozeß nur kurzfristig aufhalten. Springt Genscher aber nicht, bleibt das Ergebnis gleich, wenn die zunehmende Existenzangst der FDP das Bonner Bündnis weiter lähmen sollte. 20 Monate lang führte Genscher in Bonn das Märchen von des Kaisers neuen Kleidern auf. Jedes Kind kann sehen: Genscher ist nackt.

Konkret 06/82, S. 12

Nachrichten

Münchner Erbgut

»Nicht diejenigen, die eine Überfremdung unseres Landes ablehnen, sind Faschisten, sondern diejenigen, die eine solche Einschmelzungspolitik betreiben.« Das ist der Tenor einer Broschüre »Ausländer-Integration ist Völkermord«, die im Hamburger Bürgerschafts-Wahlkampf in Kreisen der rechtsradikalen »Liste Ausländerstopp« kursiert. Als Völkermörder wird in der Broschüre z.B. der Kanzleramts-Planungschef Albrecht Müller angegriffen. Lea Fleischmann (»Es meldete sich bei ihr in starkem Maße ihr jüdisches Erbgut«) wird für ihre Ausreise nach Israel Beifall gespendet. Auf eine Strafanzeige wegen Volksverhetzung gegen das Pamphlet antwortete die zuständige Staatsanwaltschaft beim Landgericht München 11, sie habe schon 1980 ein Ermittlungsverfahren gegen diese Schrift eingestellt. Denn: »Angriffe auf die Menschenwürde anderer, ... Beschimpfungen Verleumdungen u.a. sind nicht erkennbar... Die weitgespannten Grenzen der freien Meinungsäußerung werden nicht überschritten.«

Grüne Arbeiter

Knapp drei Wochen vor der Wahl verlor die SPD in Hamburg ihr Monopol auf Gewerkschafter-Stimmen. Die aus Grünen und Alternativen gebildete Wahlliste GAL erhielt offene Unterstützung von Betriebsräten aus Großunternehmen. Die Vorsitzenden bei Reynolds, IBM, Texaco und der Bank für Gemeinwirtschaft und Betriebsräte, zum Teil Mitglieder der SPD, bei der Lufthansa, beim TÜV oder den Metall-Betrieben Still, Pleuger und Blohm & Voss schlossen sich dem Wahlaufruf der GAL an. Ein Großteil dieser Gewerkschafter kommt aus einem lockeren Arbeitskreis innerhalb der IG Metall, in dem sich seit einiger Zeit eine Opposition gegen die Verfilzung von Gewerkschafts- und rechter Parteispitze bildet. Gegen die mit Sicherheit in die Bürgerschaft einziehenden Grün-Alternativler hilft nicht einmal der sonst übliche Vorwurf der »kommunistischen Unterwanderung«. Ein Wahlkampfbündnis mit der DKP scheiterte an Afghanistan und Polen, und außerdem sind die stramm auf Kooperation mit der SPD verpflichteten DKP-Gewerkschafter gegenüber ihren kritischen Kollegen mißtrauisch.

Die SPD ist auch deshalb gegen die linke Konkurrenz machtlos, weil sich deren Wahlaussage wie eine Mischung aus SPD-Programm und -Parteitagsbeschlüssen liest. Die GAL fordert Rücknahme der Sozialkürzungen, Beschäftigungsprogramm, Ausstieg aus der Atomenergie und Maßnahmen zur Demokratisierung. Sie bot folgerichtig an, nach der Wahl einen SPD-Minderheiten-Senat zu unterstützen, wenn dieser eine »grundlegende Kurswendung« vollziehe. Ein keineswegs unsittliches Angebot, das letztlich auf die Fortsetzung der Politik des im vergangenen Jahr zurückgetretenen Hans-Ulrich Klose zielt.

Zitat

»1O00 Polinnen, Damen/Mädchen, Fotoinform. mit Einladeformular sendet gegen 2,50 Rückporto Elise Söder, Journalistin, Polonia Kontakt', S 70106 Örebro ... «

Aus dem »Hamburger Abendblau«

RADIKALAUER

Von Winfried Thomsen

Uns geht's zu gut. Zu allem Überfluß wollen wir jetzt auch noch eine atomwaffenfreie Zone.

Achtung, Bundesregierung. Vor Gebrauch stürzen

Der Zeitpunkt für eine Genehmigung der Fusion Springer Burda ist wirklich sehr ungünstig. Dabei hätte Graf Lambsdorff das Geld gerne genommen

London schickt seine Flotte zu den Falklands. Wäre es nicht besser, die Teams von Oxford und Cambridge ruderten nach Helgoland?

Helmut Schmidt bleiben nur fünf Prozent seiner Zeit zum Denken. Und das, obwohl er überhaupt keine Zeit hat.

Die Ausländer sollen nun ja zurück in ihre Heimat. Wie wär's, wenn die US-Army mit gutem Beispiel voranginge?

Washington kämpft für die Menschenrechte. Wie immer ohne Gewehr.

Rechtspflege á la Kiep: Vor dem Gesetz sind alle reich.

Warum ist von Ronald Reagan immer nur der Kopf zu sehen? Weil sich Helmut Schmidt vor ihn gestellt hat.

Für Franz Josef Strauß sind die USA kein Ausland. Sondern Bayern in den Grenzen von 1937.

Gewiß, der Kollege Pfeiffer hat Steuervorteile erlangt. Sollte er etwa Nachteile in Kauf nehmen?

Gewerkschaftsbeiträge sind auch nur eine Variante des Bausparens.

Helmut Schmidt hinterläßt uns eine Rakletenlücke, die ihn ersetzt.

Konkret 06/82, S. 13

Warner Poelchau

Itzehoer Landrecht

Nachrichten

»Bitte lassen Sie mich gehen.« Markus Mohr wollte sich nicht auch noch die Begründung anhören müssen für das Urteil, das das Itzehoer Landgericht über ihn und den Mitangeklagten Michael Duffke gefällt hatte: Drei Jahre für den jugendlichen Mohr und fünfeinhalb für Duffke. Dazu mehrere tausend Mark Kosten. Doch der Vorsitzende Richter Selbmann will gleich im Gerichtssaal mit der Resozialisierung beginnen: »Sie bleiben, auch Sie müssen sich den Verfahrensregeln beugen.« Erst als Markus Mohr gegen die Regeln verstößt und auf den Richtertisch klettert, darf er in seine Zelle gehen.

Er hatte zusammen mit 100.000 anderen AKW-Gegnern an der verbotenen Demonstration gegen das Kernkraftwerk Brokdorf teilgenommen. Nach 55 Verhandlungstagen hielt das Gericht für erwiesen, daß er derjenige sei, der damals einen Polizisten im Wassergraben mit dem Spaten auf den Helm geschlagen hat. Michael Duffke soll der mit dem Knüppel gewesen sein.

Schon zu Beginn der Verhandlung hatte Markus Mohr - nach U-Haft wegen Mordversuchs und nach einer beispiellosen Hetzkampagne der Staatsanwaltschaft - gesagt: »Dieses Gericht wird ohnehin nur das zur Kenntnis nehmen, was es gegen mich verwenden kann.« Und Richter Manfred Selbmann, der in jedem Verhandlungssaal eine Atmosphäre feudalen Obrigkeitsstaats aufkommen läßt, bemühte sich während der gesamten Verhandlung, den Beweis dafür anzutreten.

· Die Öffentlichkeit schloß er vom ersten Verhandlungstag an unter massivem Polizeieinsatz regelmäßig aus, zum Schluß sogar für die gesamte Beweisaufnahme.

· Kritische Presse ließ er erst wieder zu, als er vom Bundesverfassungsgericht dazu aufgefordert wurde.

· Eine Zeugin, die eine belastende Aussage widerrief - sie sei bei der Vernehmung zu nervös gewesen, da sie von der Polizei vor allen Kollegen aus der Kantine geholt wurde - wies er zurecht: >Ach verstehe gar nicht, warum man da nervös wird. Zeugenpflicht ist doch eine bürgerliche Ehrenpflicht.«

Schon kaum noch ins Gewicht fielen da die anfangs heimlichen Tonbandaufnahmen des schwerhörigen Richters und die vorverurteilende Bestellung eines psychiatrischen Gutachters für Michael Duffke.

So machte Selbmann auf seine Art andere Prozeßbeteiligte überflüssig. Staatsanwalt Widuwilt, dem man nicht vorwerfen kann, intensiv Entlastendes ermittelt zu haben, wurde als Verfolger nicht gebraucht. Daß er im Urteil trotz seines schon harten Antrages - zwei Jahre mit Bewährung -, der angeblich erst auf Druck des Oberstaatsanwalts und der Kieler Landesregierung zustande kam, vom Gericht noch übertroffen wurde, geht auch nicht auf sein Konto.

Die Verteidiger verweigerten - nach staatsanwaltlicher Pressekampagne und Selbmanns Gebaren - ihre Mitwirkung an dieser Inszenierung nach dem Itzehoer Landrecht. Sie hie ten eine Plädoyers, da Verurteilungswille und Zwang zu offensichtlich seien. Und der Vertreter der Jugendgerichtshilfe - er hatte im Falle des Tatnachweises vier Wochen Jugendarrest für Markus Mohr für angemessen gehalten - meinte nach dem Urteil: »Ich hätte genausogut eine Stunde zum Fenster rausreden können.«

Zur Begründung für das horrende Strafmaß führte Selbmann aus: Von einem Widerstandsrecht gegen AKW's könne keine Rede sein, Polizisten schützten immer die Demonstration und das Demonstrationsrecht. Bei anderem Vorgehen drohe der Demokratie der Untergang, die »Anarchie«. Deshalb müsse »jedem klargemacht werden, daß er nicht mit dem Kopf durch die Wand kommt, sondern daß die Wand immer stärker ist«.

Konkret 06/82, S. 14

Lottemi Doormann

Selber Schuld?

Sollen die Frauen nicht gegen Diskriminierung, sondern gegen ihren »inneren Schweinehund« kämpfen? Scheitert die Emanzipation, weil Frauen faul, bequem und immer noch blöde genug zum Kinderkriegen sind? Sind frauenfeindliche Witze »aufklärerisch«?

In Männerwitzen sind Frauen eitel, dumm und böse: »Die Fahrschülerin sagt zu ihrem Fahrlehrer: 'Ich fahre bei Rot an, Grün steht mir so schlecht.'« Oder: »Ein Ehemann berichtet seinen Freunden: 'Meine Frau ist wirklich reinlich. Sie ist die einzige in Berlin, die den Müll säubert, bevor sie ihn wegwirft.'« Oder: »Manche Frauen sind wie Zigaretten. Zuletzt sammelt sich das Gift im Mund an.«

Daß solche Witze frauenfeindlich sind, ist nach 14 Jahren Frauenbewegung ein alter Hut. Aber daß in der verächtlichen Herabsetzung zugleich ein »aufklärerisches Moment« stecke - auf diese pikante Idee ist erstmals Frigga Haug, Hochschullehrerin und Redakteurin der linken Zeitschrift »Das Argument«, gekommen. Die zitierten Witze lieferten ihr das Anschauungsmaterial für eine neue Theorie der Frauenunterdrückung, die unter dem originellen Titel »Frauen - Opfer oder Täter?« Einzug in die Frauenbewegung hielt. Frigga Haugs Kernthese: Frauen stimmen freiwillig Schritt um Schritt ihrer Unterdrückung zu; insofern sind sie nicht Opfer, sondern Täter.

Die »Täterschaft« der Frauen leitet die Westberliner Psychologin von der Familienrolle der Frauen ab. Jeder wüßte, erklärt sie, daß Ehe, Familie und Mutterschaft Frauen in Abhängigkeit und Unterdrückung bringen und ein Hemmschuh für ihre Entwicklung sind. Wie kommt es dann, fragt sie, daß Frauen trotzdem Mutterschaft und Ehe wünschen? Eine andere Wahl sei möglich, sie würden nicht dazu gezwungen, schon gar nicht mit Gewalt. Und folgert daraus: »Indem sie Mutterschaft und Ehe in dieser Weise wollen, zumindest heimlich wünschen und irgendwo anstreben, willigen die Frauen freiwillig in ihre Unterwerfung ein.«

Die Alternative zur selbstgewählten Unterdrückung ist für Frigga Haug die Lohnarbeit. Aber Lohnarbeit würden Frauen nicht wählen, weil sie die häusliche Unterwerfung »bequemer« finden - »man muß nicht so früh aufstehen«, »man kann über seine Zeit selbst verfügen«. Demgegenüber bedeute Lohnarbeit Anstrengung; und das »Risiko« des Lernens, der Entwicklung, der Veränderung würden Frauen scheuen, weil sie sich vom »Wohlleben hier und jetzt« bestechen ließen und weil sie den »Anspruch auf Nichtanstrengung« in ihrer Persönlichkeitsstruktur verfestigt hätten.

Schon das kleine Mädchen, behauptet Frigga Haug, habe im Erziehungsprozeß Schritt um Schritt in seine »Nicht-Entwicklung«, in seine »niedrigere Handlungsfähigkeit« eingewilligt. Mädchen »wollen nicht so viel lernen... da sie ja doch heiraten«; besonders die Naturwissenschaften und Politik »mißfallen ihnen, da sie ja nicht vorhaben, die Welt in so großem Maßstab zu verändern« und »das Begreifen und Verändern gesellschaftlicher Strukturen zu ihrer Sache zu machen«.

Mit einem Satz: Schuld an ihrer Unterdrückung sind die Frauen selbst.

Ist Benachteiligten und Unterdrückten nicht schon immer eingeredet worden, sie wären »selbst schuld«? Versichern nicht auch die Arbeitgeber, sie wären natürlich für Gleichberechtigung, »aber Frauen wollen es ja gar nicht anders; wenn man ihnen eine Chance gibt, kommen sie eines Tages und sagen, sie kriegen ein Kind«? Halten uns Emanzipationsgegner nicht immer wieder vor, wir seien »selbst schuld« an der. ungleichen Rollenverteilung und der Diskriminierung der Frauen, »denn schließlich erziehen die Frauen ja die Kinder«?

Erinnert sei an Esther Vilar, die in ihren Bestsellern Mitte der siebziger Jahre der Frauenbewegung entgegenhielt, daß Frauen gar nicht unterdrückt und ausgebeutet würden, sondern in Wirklichkeit selbst die Ausbeuter seien. Als Beweis führte sie wie Frigga Haug das »Wohlleben« der Frauen an, »die ihre Tage unter paradiesischen Bedingungen in einer komfortablen Vorortvilla verbringen, in Gesellschaft von Kindern, Hunden, anderen Frauen und, ausstaffiert mit Zweitwagen, Fernsehapparat und allen möglichen Haushaltsgeräten«, die die Männer für sich arbeiten lassen, weil sie selbst dazu zu »bequem« sind. »Die Frau will nichts lernen«, tönte die Vilar fast gleichlautend, »da Heirat immer bedeutet, daß der Mann die Frau versorgt, und da die meisten Frauen noch vor der Pubertät entscheiden, daß sie später heiraten werden«. Und weiter: »Daß die meisten berufstätigen Frauen in untergeordneten Positionen arbeiten, ist ... der Arbeitsscheu der weitaus meisten Frauen zuzuschreiben, die nur vorübergehend arbeiten wollen und sich daher schon von vornherein schlecht oder überhaupt nicht ausbilden lassen.«

Die verächtlichen Frauenbilder, die Vorstellung von der freiwilligen Entscheidung des autonomen Individuums, von der Alternative zwischen Wohlleben und Arbeit / Lernen teilt die »Sozialistin« Frigga Haug durchaus mit der Emanzipationsfeindin Esther Vilar. Mit dem einen Unterschied: Sie verspricht den Frauen Befreiung, wenn sie nur aufhören, sich selbst aus Bequemlichkeit freiwillig zu unterwerfen.

Hätte sich die »Täter«-Theorie ein Mann ausgedacht, ein Aufschrei der Empörung wäre durch die Frauenbewegung gegangen. Der jahrelangen Anführerin und Vordenkerin des Westberliner »Sozialistischen Frauenbundes« (SFB) aber wird die ausdrückliche »Provokation« nicht nur verziehen, sondern sie wird sogar lustvoll aufgegriffen wie ein Rettungsanker in Not. Zuerst von ihrer Gefolgschaft, dem Frauenbund, der sich »anfangs wütend sträubte« (Frigga Haug), dann von immer mehr frauenbewegten Kreisen an den Universitäten, aber auch innerhalb der Gewerkschaften, der SPD und in Gruppen der Demokratischen Fraueninitiative. Etliche Publikationen beschäftigen sich mit dem »Opfer-Täter«-Konzept, das Frigga Haug inzwischen zu dem »Entwurf einer Theorie weiblicher Sozialisation« (»Frauenformen«) ausgebaut hat. Wie sie die eigenen Genossinnen des »Sozialistischen Frauenbunds« überzeugen konnte, erzählt Frigga Haug so:

»Wir waren zusammen beim Skilaufen und hatten beschlossen, am nächsten Morgen einen gemeinsamen Ausflug zu machen, also sämtliche Frauen, ob Könner oder Anfänger, zusammen loszuziehen. Die Uhrzeit war mit 9 Uhr nicht übermäßig früh angesetzt. Von den neun Anfängerfrauen kam eine zu diesem Treffpunkt. Die Begründungen der anderen lauteten am Abend: man hätte es zu anstrengend gefunden; man hätte sich nicht so beim Frühstück beeilen wollen. - Wir beschlossen daraufhin, einen Satz in dem geplanten Buch (Frauenformen), in dem es bisher hieß, daß Frauen teils auf Entwicklung freiwillig verzichten, weil es ihnen zu anstrengend sei, und in dem das Wort 'freiwillig' gestrichen werden sollte, so zu ändern, daß jetzt 'freiwillig' fett gedruckt werden sollte und die Anstrengungslosigkeit ergänzt um den Satz, daß sie sich nicht beim Frühstück so abhetzen wollen.«

Steilen wir uns vor, die Frauen hätten ihre Freunde und Männer in den Skiurlaub mitgenommen. Sie hätten sich zu besagtem Ausflug verabredet, aber nur ein Mann hätte es gebracht, pünktlich zu der Ski-Übung zu erscheinen, weil die anderen keine Lust hatten aufzustehen (abends zu lange gesoffen), weil sie sich vor ihrer Freundin (Könnerin) nicht blamieren wollten oder weil ihnen ein ausgiebiges Urlaubsfrühstück am Morgen doch verlockender erschien. Welchen Satz hätte Frigga Haug dann in die »Frauenformen« aufgenommen? Daß auch Männer ihrer Nicht-Entwicklung und Unterdrückung freiwillig zustimmen?

Vielleicht habe ich dieses Beispiel ja nur gebracht, um von der

Frauenproblematik abzulenken. Die Haug-Anhängerinnen werfen mir nämlich vor, ich hätte »vereinfachte Denkmuster« und fühlte mich durch die »Täter«-Thesen »so bedroht«. Seitdem weiß ich, was mit mir los ist, und versuche jetzt übungshalber, meiner Täterschaft mutig ins Auge zu blicken: daß ich mich also von Kindesbeinen an selbst unterdrücke. Daß ich geheiratet und zwei Kinder bekommen habe, um mich freiwillig zu unterwerfen. Daß ich immer noch nicht befreit bin, weil mir das Risiko der Veränderung zu anstrengend ist.

Das alles habe ich natürlich bereits als kleines Mädchen beschlossen. Denn ich hätte ja auch nein sagen können, als sie mir eine Puppe zu Weihnachten schenkten, und stattdessen einen Elektronik-Experimentierkasten für meine Persönlichkeitsentwicklung fordern können, hätte nicht einzuwilligen brauchen in die elterlichen Prügel für den zerrissenen Rock, sondern mein Recht auf höhere Handlungsfähigkeit durchpowern können. Und dem Lehrplan für Mädchen in der Volksschule hätte ich auch nicht zuzustimmen brauchen. Aber nein, ich wollte lieber Handarbeitsunterricht als Arbeitslehre, weil ich sowieso nicht vorhatte, Lohnarbeiterin zu werden. Und schließlich hätte ich mich - so eine Sozialwissenschaftlerin ironisch - »als Baby mit anderen Babys zusammentun, meine Mutter unter Druck setzen und sagen können: Wir lehnen es ab, rosa Klamotten zu tragen, denn das ist geschlechtsspezifische Sozialisation, und wir wissen, was dann kommt, Kleidchen und nicht dreckigmachen ... «

Nachdem ich mir einmal klargemacht hatte, wie ich vom Kinderwagen bis zum Kinderkriegen Schritt um Schritt in meine Unterdrückung eingewilligt hatte, begriff ich die Hoffnung, die in dieser Theorie steckt. Wenn ich es selbst bin, die meiner Befreiung im Weg herumsteht, wenn ich der Täter meines Opfer-Seins bin, dann kann ich das freiwillig auch wieder ändern. Dabei will Frigga Haug helfen.

Um aus der Unterdrückerei herauszukommen, verordnet sie kollektive »Erinnerungsarbeit«: Indem Frauen Stücke ihrer Geschichte aufschreiben, in der Gruppe diskutieren und anschließend mehrfach umschreiben, sollen sie ihren »freiwilligen Zustimmungen« auf die Spur kommen und lernen, »ihre eigenen Persönlichkeiten umzubauen« und »ihre Gefühle zu verändern«. Genüßlich malt Frigga Haug mit ihrer Anhängerschar in den »Frauenformen« aus, wie einige unverbesserliche Unterdrückte die »Fackelträger« der neuen Botschaft der »Anmaßung« bezichtigen:

»Als die Fackelträger in das Schneckengehäuse der Finsternis eindrangen, ahnten einige der dort hausenden Wesen, daß es nicht nur angenehm sein würde, vieles jetzt sehen zu müssen, und sie riefen den zagend sich Aufrichtenden, von der Helle noch Geblendeten zu: Sehet doch diese Fackelträger an, wie sie keuchen und ihre Hände zittern und wie unangemessen ihre Anmaßung, ihr Voranschreiten brächte ihnen einen Vorsprung, den sie Euch noch aufzuholen auffordern. Bei all diesen Unannehmlichkeiten schlagen wir Euch vor, lieber das Licht Finsternis zu nennen und die gewohnte Dunkelheit Licht.«

Aber die in der Finsternis hausenden Wesen, erklären Frigga Haug und ihre Jüngerinnen, bleiben lieber in den bequemen »Ebenen« der »Unwissenheit« und der »unwürdigen Verhältnisse«, weil das Denken »Leistung und Risiko« ist: »Gewöhnt

an wenige Gedanken und unterdrückt in ihren Gefühlen, scheint den Vielen (Frauen) der Reichtum der Gedanken und Gefühle verwirrend und im Grunde nur gradlinige Vermehrung der Unlust, die aus der Sparsamkeit beim Umgang mit Gedanken und Gefühlen resultierte ... «

Kein Wort brauchte man über diese Heilslehre, die vor Peinlichkeit und elitärem Stellvertreterbewußtsein strotzt, zu verlieren, grassierte sie nicht als wissenschaftlich verbrämte »Theorie weiblicher Sozialisation« im Lande, würde sie nicht in den Frauenseminaren der Unis fleißig studiert und in linken Blättern diskutiert. Die »Täter«-Theorie, scheint mir, beutet auf fatale Weise das Bedürfnis der Frauen nach selbsttätiger Veränderung aus. Sie verspricht die Machbarkeit der Befreiung hier und jetzt, wenn ich nur lerne, meine subjektiven Schwierigkeiten in den Griff zu kriegen - unter radikalem Ausschluß der tristen Wirklichkeit fehlender Lehrstellen für Mädchen, ungleichen Lohns, miserabler Arbeitsbedingungen, weggesparter Kindereinrichtungen, steigender Frauenarbeitslosigkeit.

Die Frage, wer denn eigentlich ein Interesse an der Frauenunterdrückung hat, woher sie kommt, weshalb alle Frauen »bequem« sind und die Männer nicht, und mit welcher Perspektive Frauen sich überhaupt verändern, befreien sollen, wenn es sich doch in den unwürdigen Verhältnissen »wohlleben« läßt, wird nicht einmal gestellt.

Die Haugsche Botschaft verschweigt, daß Unterdrückung etwas mit Herrschaft zu tun hat, daß es ein massives ökonomisches Interesse der kapitalistischen Gesellschaft an der Ausbeutung und Diskriminierung von Frauen gibt, das sich auch in den »weiblichen« Tugenden der Opferbereitschaft, Anspruchslosigkeit und Emotionalität *ideologisch* widerspiegelt.

Stattdessen werden alle Probleme einfach in die Psyche jeder einzelnen Frau verlegt, in ihre »falschen« Wünsche, Gefühle und Verhaltensweisen. Damit erscheinen sie als individuell lösbar. Das klingt verführerisch und macht Hoffnung in einer Zeit, da die Hürden auf dem Weg zur Emanzipation wachsen.

»Freilich bin ich lieber Täter als Opfer, lieber Hammer als Amboß«, schreibt eine Frau im »Marburger Weiberblatt«. »Wenn ich mich als Frau zwangsläufig als Opfer begreife, Opfer der Männer, der gesellschaftlichen Verhältnisse, was bleibt mir dann zu tun? Abschaffung der Männer oder Umsturz der gesellschaftlichen Ordnung? Aber das erste ist Schwachsinn, und für das zweite braucht es langen Atem. *Da gibt mir der Täterstandpunkt Hoffnung für heute.* Ich als Subjekt der Geschichte und der eigenen Geschichte, als Handelnde, Bewegende, so gefalle ich mir besser denn als hilfloses Opfer.«

Anders gesagt: Ich suche mir für meine individuelle Existenz einfach das schönste Etikett aus - und schon bin ich aus der Larve der objektiven Verhältnisse geschlüpft und ein subjektiv befreiter Schmetterling. Eine andere Frau freut sich, daß der Täterstandpunkt mit der Vorstellung aufräumt, »daß wir ein Blatt Papier sind, auf das die Erfahrungen eingeprägt werden«. Es »berührt mich stark«, hebt eine dritte hervor, »daß wir nicht Knetmasse sind, in die Stempel eingedrückt werden«.

Unterdrückung setzen diese Frauen gleich mit »passivem Opfersein«; um sich als handelndes Subjekt zu fühlen, akzeptieren sie sich lieber als freiwillige Täter ihrer Unterdrückung, als gesellschaftliche Unterdrückungsstrukturen überhaupt noch wahrzunehmen, *aktiv zu bekämpfen* und *dabei auch sich selbst zu verändern.*

Ute Holzkamp-Osterkamp, namhafte Vertreterin der »Kritischen Psychologie«, wendet gegen das Haugsche Konzept ein: »Die Aussage, daß diejenigen, die sich unterwerfen, nicht nur Opfer, sondern auch Täter sind, ist entweder banal oder falsch. Banal insofern, als die Unterwerfung natürlich immer von den Individuen selbst mitvollzogen wird, ja gerade der Erhaltung ihrer Handlungsfähigkeit innerhalb fremdbestimmter Verhältnisse dient. Falsch, wenn aus der Tatsache, daß die Menschen die Unterwerfung selbsttätig praktizieren, die Schlußfolgerung gezogen wird, daß sie das 'freiwillig' tun. Genauso gut könnte man den Lohnarbeitern die Verantwortung dafür anlasten, daß sie ihre Arbeitskraft verkaufen: Täten sie es nicht, gäbe es keine Ausbeutung mehr.«

Zweifellos ist Selbstveränderung notwendig, um emanzipatorische Veränderungen in unserem Leben überhaupt durchsetzen zu können. Wenn aber die persönlichen Veränderungsansprüche nurmehr in unsere Köpfe, in unsere Psyche in unser Verhalten verlagert werden, bleiben sie folgenlos. Zu lernen z.B., »meine Ablehnung der Anstrengung gegenüber abzulegen«, wie eine Studentin den Täterstandpunkt verteidigt, die an schönen Frühlingstagen lieber spazierengeht als am Schreibtisch zu sitzen, bedeutet dann die Illusion, daß die spezifische Benachteiligung der Frauen in dieser Gesellschaft (die Hochschulen nicht ausgenommen) weggeht, wenn sie nur hartnäckig genug ihren »Schweinehund« bekämpft.

Da lassen die Leitsprüche der bürgerlichen Leistungsgesellschaft »Jeder ist seines Glückes Schmied« und »Wer will, der kann« freundlich grüßen. Schließlich stehen »fast alle Berufe den heranwachsenden Mädchen offen«, belehrt uns die Herausgeberin der »Frauenformen« wie jeder wohlmeinende Arbeitgeber. Und wenn sie trotzdem keine Lehrstelle finden, haben sie sich nicht genug angestrengt, das ist logisch. Oder, anders gesagt: Wenn »Frauenunterdrückung für den Kapitalismus nicht funktional« ist, wie Frigga Haug in ihren Seminaren den Studentinnen beibringt, dann folgt daraus erstens, daß Frauenbefreiung im Rahmen der bestehenden Verhältnisse möglich ist, und zweitens, daß es an den einzelnen Frauen selber liegen muß, wenn sie immer noch unterdrückt sind.

Die Antwort der Frigga Haug auf die Frauenfrage lautet: Entweder selbstgewählte Unterdrückung in der Familie oder Befreiung durch Lohnarbeit. Wobei die Abwegigkeit dieser Alternative noch dadurch unterstrichen wird, daß die Familie einerseits der Ort des Wohllebens sein soll, so daß man sich fragt, warum Frauen ihn dann eigentlich verlassen sollen, während andererseits fremdbestimmte, ungleich bezahlte Lohnarbeit Frauen eine Befreiung bringen soll, die sich auch die besserbezahlten Lohnarbeiter noch nicht ertrotzt haben - es sei denn, man nimmt an, sie wären mit den Unternehmern gleichberechtigt.

Als Befreiungsperspektive mutet der neue »dritte Weg« Frauen wiederum ein Halb-Leben zu, den angeblich notwendigen Verzicht auf Kinder und Familie als Voraussetzung der Emanzipation. »Naturbeherrschung« nennt sie das und fragte »Ist denn die Natur der Frauen dermaßen unbeherrscht, oder können sie ihre Natur so wenig regulieren, daß diese Natur zum Inhalt ihres Lebens werden muß?... Müssen Frauen Kinder in so einer großen Anzahl bekommen, daß ihr gesamtes Leben davon erfüllt und beherrscht ist?«

Die Realitätsferne dieser absurden Frage ist typisch für die gesamte »Opfer-Täter«Theorie. Die Grundfragen des Lebens: das Bedürfnis nach Nähe, Liebe, Partnerschaft, der Wunsch, Kinder zu haben, und wie Zusammenleben und Arbeit beschaffen sein müssen, damit Frauen, Männer und Kinder gleichberechtigt miteinander leben können, werden abgeschnitten und denunziert als »falsche« Wünsche. Die Verächtlichkeit, mit der Haug und ihre Schülerinnen in den »Frauenformen« weibliche Verhaltensweisen als »eigentümlich« und »unmenschlich« abbilden, verrät ein gehöriges Maß an uneingestandener Frauen-Verachtungwas an weiblichen Fähigkeiten in den fremdbestimmten Lohnverhältnissen nicht gebraucht werden kann - weg damit. Nicht die Verhältnisse sollen sich ändern, sondern wir uns ihnen anpassen. Weiblichkeit erscheint als Synonym für Minderwertigkeit. Hatten wir das nicht schon immer?

Der ersten Frauenbewegung um die Jahrhundertwende hielt der dänische Sozialökonom Wieth-Knudsen 1908 entgegen: »Die Mängel und Schwachheiten, die der Frau besonders in geistiger Hinsicht anhaften, sind nicht Folgen ihrer Unterdrückung durch den Mann, sondern umgekehrt die eigentliche Ursache, warum sie sich dem Mann zu allen Zeiten und innerhalb aller Rassen mehr oder weniger freiwillig untergeordnet hat.« Da brauche ich »Natur« nur durch »Struktur« zu ersetzen, um bei Frigga Haug zu landen: »Es muß in der Struktur der Frauen liegen, daß sie auf Entwicklungsperspektiven verzichten und sich stattdessen auf Mann und Kinder konzentrieren« - die alte Frauenfeindlichkeit in modischem Gewande.

Natürlich steckt in jeder noch so abwegigen Theorie ein Körnchen Wahrheit. Übermäßige Ängstlichkeit (die meist - was die »Täter«-Botschaft verschweigt - mit überschätzten Leistungserwartungen und uneinlösbaren Leistungsansprüchen gekoppelt ist), Anpassungsverhalten, Bequemlichkeiten, Zurückstecken gegenüber dem Partner, die Höherbewertung momentaner Beziehungsansprüche gegenüber langfristigen Arbeitsperspektiven - wer kennt das nicht. Daß es einen (durchaus ungleichen) Handlungsspielraum gibt, in dessen Rahmen wir verantwortlich sind für das, was wir tun oder lassen, bevorzugen oder vernachlässigen - wer wollte das bezweifeln.

Nur - woher sollen die Veränderungen kommen? Durch Umerziehung unserer Wünsche, Träume und Unzulängkeiten in den neuen Sektenzirkeln? Durch Weinkrämpfe verunsicherter Frauen, die nicht so schreiben, fühlen und denken, wie Frigga Haug und ihre Nachbeterinnen es erwarten?

Ich bin davon überzeugt, daß wir unsere Subjektivität nur in dem Maße entfalten können, wie wir unsere *vorhandenen* Wünsche und Träume verbinden mit denen anderer und sie gemeinsam gegen beschränkende Strukturen durchsetzen. Dies heißt auch, zu den in kapitalistischen Verhältnissen unvermeidlichen Unzulänglichkeiten der eigenen Person bewußt zu stehen und gerade die Erfahrung persönlicher Defizite zum Ausgangspunkt verändernden Handelns zu machen - statt dem Trugbild einer vermeintlich möglichen individuellen Vervollkommnung aufzusitzen, wie eine(r) angeblich perfekt (nach wessen Maßstab?) sich zu verhalten, zu denken, zu fühlen, zu funktionieren habe.

Ein Körnchen Wahrheit steckt auch in der Haugschen Diagnose der weiblichen Familienrolle, jedenfalls soweit es um die Abhängigkeit und Entwicklungsbeschränkung der Frau durch ein lebenslanges, isoliertes Hausfrauendasein geht. Aber weshalb ist es falsch, sich »insgeheim doch eine glückliche Familie« zu wünschen? Ist Familie nur denkbar als lebenslange Aufopferung und Gefangenschaft der Frau? Muß aus der Mutterschaft der Frau zwangsläufig (Frigga Haug: »Schließlich bekommen die Frauen die Kinder«) ihre alleinige Verantwortlichkeit für Kindererziehung und Haushalt folgen? Ist das Jawort die Einverständniserklärung, künftig jeden anderen Lebensinhalt e Mann und Kinder aufzugeben und sich dem kapitalistisch-patriarchalischen Rollendiktat freiwillig zu unterwerfen?

Kernpunkt der Frauenunterdrückung ist doch nicht, ob Frauen sich eine Familie und ein, zwei Kinder wünschen, sondern daß sie je nach den Profitinteressen des Kapitals zwischen Haus und Fabrik hin- und herrangiert werden, daß ihnen die mit der Reproduktion der Gesellschaft verbundenen Aufgaben weitgehend privat aufgebürdet, gleiche Ausbildungs- und Berufschancen vorenthalten und öffentliche Erziehungseinrichtungen so knapp und dürftig wie möglich gehalten werden.

Daß Frauen verweigert wird, Beruf und Kind(er) zu vereinbaren, daß sie in »Krisenzeiten« als erste ihren Arbeitsplatz verlieren und mit einer auf die jeweilige Konjunkturlage abgestimmten Weiblichkeitsideologie erpreßbar gemacht werden. Von dieser Diskriminierung sind - mehr oder weniger - alle Frauen betroffen, ob sie nun Kinder und Familie »wählen« oder nicht.

Frauen haben die Wahl? Das sagen auch die Arbeitgeber. Es sind nicht die vermeintlich »defizitären Kompetenzen« der Frauen, die ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt mindern, egal welche »Wahl« sie auch treffen und mit welcher Auszeichnung sie Schule und Ausbildung abgeschlossen haben mögen. Es ist nicht die Intensität, die Frauen in Beziehungen einbringen, die sie zu Leichtlohnarbeiterinnen und zwangsweise freigesetzten Hausfrauen macht. Es sind die Kalküle des Kapitals, das auf die profitable Indienstnahme der Frauen als kostenlose Erzieherinnen *und* billige Hilfsjobberinnen je nach Bedarf nicht verzichten will. Und nicht die Unterdrückung der Frau bedarf einer psychologischen Erklärung in der weiblichen Persönlichkeitsstruktur, sondern umgekehrt die Tatsache, daß es Frauen dennoch gelingt, den vielfältigen Formen subtiler und direkter Gewaltanwendung zu trotzen, sich gegenüber den frauenfeindlichen Strukturen der Männerwelt zu behaupten.

Die Frauenbewegung spiegelt das Nichteinverständnis der Frauen mit ihrer Ausbeutung, Funktionalisierung und Demütigung wider. Sie läßt sich nicht auf eine Therapieveranstaltung angeblich »unfähiger«, »anstrengungslosem, von »falschen« Gefühlen heimgesuchter Frauen reduzieren - obwohl wir auch gegenseitige Unterstützung, von Männerdominanz unbehinderte Freiräume brauchen (und in Frauengruppen finden), um subjektive Schwierigkeiten anzugehen, neue Verständigungsformen zu erproben und Kraft zu schöpfen für die alltäglichen privaten und politischen Kämpfe. Unsere Krise ist nicht die der Nichtanstrengung, der Halbherzigkeit »zu wollen oder wieder auch nicht«, der Inkompetenz, der Beziehungsüberwältigung, sondern die der permanenten Doppelbelastung, der Ignoranz und Lächerlichmachung: nämlich der Infragestellung unserer Kompetenz qua Geschlecht - und seien wir doppelt so qualifiziert und fähig wie der Kollege. Das ist es, was jene schäbigen Witze, die für Frigga Haug die Wirklichkeit des Frauenlebens »aufklärend« widerspiegeln, nur zu krass ausdrücken.

Ein letztes Körnchen Wahrheit schließlich steckt in dem Argument der »Täter«-Thesen, daß Empfängnisverhütung und Babynahrung die Frauen von Mutterschaft und Stillen als lebenslange Naturaufgabe befreiten. Hinzuzufügen wäre, daß es auch die ungeteilte patriarchalische Familie nicht mehr gibt: Die Trennung von Wohn- und Arbeitsstätte, die durch die industrielle Produktion hervorgebrachte Notwendigkeit der Frauenerwerbstätigkeit, die wirtschaftliche Bedeutungslosigkeit heutiger Hausarbeit, aber auch die ungünstigen Erziehungsbedingungen in der Isolation der Kleinstfamilie stellen - objektiv gesehen - die traditionelle Rolle der Nur-Mutter-und-Hausfrau in radikaler Weise in Frage.

Was folgt daraus? Für Frigga Haug die freiwillige Wahl der Frauen, sich von Mutterschaft und Familie als Unterdrückungsinstitution zu befreien. Für mich, daß Frauen heute andere Lebensansprüche entwickeln können als ihre Großmütter, z.B. erstmals die Möglichkeit, *selbstbestimmte* Mutterschaft mit einer eigenständigen Entwicklungsperspektive durch lebenslange Berufstätigkeit zu verbinden, Erziehungsaufgaben gemeinschaftlich zu organisieren, in gleichberechtigter Verantwortung von Vätern und Müttern.

Die Frage der Mutterschaft und neue Formen familiären Zusammenlebens aber in die Strategien der Veränderung nicht einzubeziehen, heißt nicht nur, die »Normalität« der Lebenssituation der meisten Frauen auszuklammern, sondern auch, einen Teil der Frauenidentität zu verleugnen. Für mich ist das im Kern frauenfeindlich: Es bedeutet, spezifische Frauenfähigkeiten, die *auch* etwas mit unserem Körper zu tun haben, nicht mehr wahrzunehmen, geringzuschätzen, auszutreiben.

An der Zeit ist es allerdings, jene angeblich mit der Mutterschaft verbundenen beschränkenden Konsequenzen: zu Hause bleiben zu müssen, für die Kinder »immer dazusein«, endlich abzuschaffen und mit dem Vorurteil aufzuräumen, es sei gut für die Entwicklung der Kinder, wenn ihre Mütter auf die Welt außerhalb der vier Wände verzichten. (40 Prozent aller Lohnarbeiter sind Frauen. Von denen sind wiederum knapp die Hälfte verheiratet und Mütter - Tatsachen, die die »Täter«Ideologie schlicht ignoriert.)

Daß Mutterschaft und Eigenständigkeit der Frauen zusammengehen können, daß Männer andererseits Sozialisations- und Erfahrungsdefizite haben, die mit der »Nur-Ernährer-Rolle« zusammenhängen und einer Nicht-Entwicklung bestimmter Fähigkeiten entsprechen, beginnen immer mehr Frauen und Männer zu begreifen.

Die Aufgabe der Frauenbewegung ist heute weniger denn je, wie Haugs »Täter«-Botschaft behauptet, komplementäre Instanz zur Angleichung an männliche Fertigkeiten und Beschränkungen in dieser Gesellschaft zu sein. Sie ist unsere kollektive Chance, den sozialen Herausforderungen der 80er Jahre standzuhalten und *gleiche Rechte zu* erkämpfen - als Voraussetzung. dafür, daß wir mehr gewinnen als den Status quo der männlichen Tugenden und Verkümmerungen, mehr als nur die Hälfte des Kuchens einer frauen-, kinder- und menschenfeindlichen Gesellschaft.

Konkret 06/82, S. 25

Otto Köhler

Der häßliche Deutsche: Vorderkiep und Hinternanyi

Klaus von Dohnanyi, Walther Leisler Kiep

Letztes Jahr noch schien es, als seien beide Teile selbständig, jeder sozusagen eine Person für sich. Marlies Heinrich, die Chefastrologin des »Hamburger Abendblatts« ging damals so weit, von der Existenz zweier Wesen zu sprechen, an deren Unterscheidbarkeit sie freilich selbst zweifelte: »Hamburgs Damen ahnen, was auf sie zukommt: die Qual der Wahl. Keine Party ohne Smalltalk über diese beiden Herren, zwei Gentlemen, zwei Frauentypen, die Ratlosigkeit in die weiblichen Herzen senken. Wem die Gunst erweisen, wen in einem halben Jahr erküren?«

Inzwischen hat sich das Problem gelöst. Wenn Hamburgs Damen und Herren am 6. Juni an die Wahlurne treten, ist eine Qual der Wahl - soweit es dabei um das Amt des Bürgermeisters geht - längst ausgestanden. Es gibt nur noch einen Kandidaten: Walther Klaus von Kiepnanyi. Sein Vorderteil wurde von der CDU und dem Versicherungskonzern Gradmann & Holler aufgestellt, sein Hinterteil kandidiert - seltsamerweise auf der Liste der SPD - für die in Hamburg regierende HEW. Wo immer Kiepnanyi in diesen Tagen wahlkämpft, ist er in seiner Doppelexistenz ungeteilt. Und wenn er in der Gänsemarktpassage um die Stimmen der Einzelhändler und im Festsaal des Atlantic-Hotel um die Gunst des Bundesverbands der Deutschen Industrie buhlt, dann hat er sich mit seinem liberalen Wurmfortsatz Brunnstein sogar zu einer stets dienstbaren Dreifaltigkeit erweitert.

Natürlich sind so neue Probleme entstanden. Kiepnanyis Hinterteil, das ohne Zweifel etwas intelligenter ist als sein Vorderteil, hat dies bereits erkannt und legt Wert auf die Feststellung, daß er sich von sich unterscheide: »Es sind ja die Medien, die immer verbreiten, wir seien uns ähnlich, nur weil der eine oder andere einen Nadelstreifen trägt. Wenn diese scheinbare Übereinstimmung nicht immer herausgestellt würde, wären wir besser dran. In Wirklichkeit sind wir sehr unterschiedlich.« Gegenüber der »Welt am Sonntag« ging das Hinterteil sogar so weit zu behaupten, es teile »keine Interessen« mit dem Vorderteil: »Motorrad und Porsche auf der einen Seite und Lyrik und Museen auf der anderen Seite ist ein weiter Weg. Ich kann mir nicht vorstellen, daß wir sehr viel Gedankliches teilen könnten.«

Obwohl ihm die reichlich verschwitzten hygienischen Vorstellungen seines Vorderteils auf den Nerv gehen müssen - das Vorderteil geht mit Badehose in die eigene Heim-Sauna! - ist diese Profilneurose des Hinterteils schwer verständlich. Denn ihm sind Bilanzen immer noch wichtiger als Gedichte und ihre Verfasser. Als im September Hoffmann & Campe sein 200jähriges Verlagsjubiläum feierte, traktierte das Hinterteil in seiner Festansprache Heinrich Heine, den größten Autor des Verlags, durch Ignorieren wie einen toten Hund und würdigte stattdessen die unternehmerische »Privatinitiative« der jeweiligen Verlagsherren.

Immerhin, Kiepnanyi von hinten macht sicherlich einen besseren Eindruck als Kiepnanyi von vorn. Denn seit Januar hat das Vorderteil endgültig sein Gesicht verloren, und es sieht nicht so aus, als ob es das je wiederfinden würde. Zwar war es schon lange als Schatzmeister der CDU in die Spendenaffäre verwickelt, aber es hielt sich so sorgfältig bedeckt, daß es nie selbst als der Ganove auftreten mußte. »Ich bin der Spendenganove«, erklärte Dr. Uwe Lüthje, der Generalbevollmächtigte des Vorderteils, nachdem einige der juristisch dubiosen Finanzierungspraktiken des Generalbevollmächtigers ans Licht gekommen waren. Und Ende letzten Jahres, als die ermittelnden Staatsanwälte in den Chefetagen der Großkonzerne Bettelbriefe mit Kiep-Unterschriften fanden, die zur Steuerhinterziehung aufforderten, welch großartigen Einfall hatte der Spendenganove da? Das Vorderteil habe nie selbst die Bettelbriefe unterschrieben, sagt Lüthje, das alles habe ein Unterschriftenautomat getan.

Doch seit Januar hilft auch der beste Automat nicht mehr. aus dem Schlamassel. Denn da enthüllte der »Spiegel«, wie großartig das Vorderteil während seiner Zeit als niedersächsischer Finanzminister Regierungsamt und private geschäftliche Interessen aufeinander ab: zustimmen vermochte. Ihm gehören nämlich Anteile des zwei größten bundesdeutschen Versicherungsmaklers Gradmann & Holler, dem es selbst einige Zeit als geschäftsführender Gesellschafter vorstand. Und so begab es sich daß »auf wundersame Weise« (»Spiegel«) Gradmann & Holler Geschäfte mit Firmen tätigen konnten, die Wünsche an den Finanzminister hatten oder von ihm als Aufsichtsrat kontrolliert wurden.

Für die in Not geratene Textilfirma Povel beispielsweise organisierte der Finanzminister Landesbürgschaften und Kredite. Darauf kündigte Povel seinem langjährigen Versicherer Gerling und schloß stattdessen einen Vertrag mit der Firma des Finanzministers ab. Und als der VW-Konzern, in dessen Aufsichtsrat der Finanzminister saß, zur Ausschaltung fremder Makler eine eigene Versicherungsgesellschaft gründete, wen beteiligte er da aus unerklärlichen Gründen? Richtig: die erfahrene Versicherungsmakelei Gradmann & Holler.

Das Vorderteil war wütend, als diese und andere schöne Geschäfte seiner Firma bekannt wurden. Es kündigte sofort eine Gegendarstellung an, doch die wollte und wollte beim »Spiegel« nicht eintreffen. Denn um sie »hieb- und stichfest« zu machen, wurde sie von CDU-Juristen einige Male überarbeitet. Als sie endlich doch noch kam, warf der »Spiegel« sie

ungerührt in den Papierkorb. Sie war so dürftig ausgefallen, daß kein Gericht sich dazu bereit fand, ihren Abdruck auch nur einstweilen anzuordnen.

Trotzdem kandidiert das Vorderteil ungeniert weiter. Denn es hält die Hamburger für schmierig, als seien sie von McDonalds: »Die Bereitschaft, mit der mir Menschen entgegenkommen, das Vertrauen, das mir entgegengebracht wird, der Zuspruch zu den bevorstehenden Wahlen in Hamburg hat bei mir die Sorge etwas behoben, daß diese gegen mich laufende Kampagne eine wesentliche Beeinträchtigung der Glaubwürdigkeit meiner Politik bewirken könnte.«

Wo das Vorderteil ungehemmt in die eigene Tasche wirtschaftet, arbeitet das Hinterteil lediglich aus gesamtwirtschaftlichem Verantwortungsbewußtsein für das schöne Große Geld und gegen die Partei, die es aufgestellt hat. Kiepnanyis Hinterstück versicherte vor seiner Amtsübernahme im letzten Juni feierlich, es wolle sich an den Parteibeschluß halten, der gegen den Ratschlag der Hamburger Elektrizitätswerke (HEW) den Ausstieg aus Brokdorf verlangte. Jetzt lief das Hinterteil von den Sozialdemokraten zur HEW über, die den Wiedereinstieg in Brokdorf sofort mit einer Dividendenerhöhung auf zehn Prozent feierte.

So kommts, daß am 6. Juni in Hamburg für den Bürgermeisterposten der Hansestadt nur noch der Einheitskandidat Kiepnanyi von CDU und HEW zur Wahl steht. Und um die Verwirrung zu vollenden: Sozialdemokraten, die ihre Parteitagsbeschlüsse durchsetzen wollen, wählen diesmal GAL.

Konkret 06/82, S. 26

Karl Unger

Die ungarische Krankheit

Die Preise in Ungarn werden zügig auf Weltmarktniveau gehoben, die Löhne sind davon noch weit entfernt. Das staatliche Amt für Material und Preise erklärt das so: »Da drei ungarische Arbeiter in einer Stunde soviel produzieren wie ein westdeutscher in der gleichen Zeit, muß man deren Löhne addieren und schon hat man ein viel höheres Niveau.« Statistisch ist das korrekt

Der Zug, der von Wien nach Budapest fährt, hat den klangvollen Namen»Wiener-Walzer«. Er beschwört jenen Teil der gemeinsamen Vergangenheit der beiden Städte, den Karl Kraus ironisch »diese große Zeit« nannte; in der die besseren Herrschaften aus Wien zum Kaffee nach Budapest fuhren und dabei jahrzehntelang ihre Augen verschlossen vor der Agonie von seiner Gnaden Kaiser und König Franz Josefs Donaumonarchie. Während die übrige Welt mit dem Säbel rasselte, tanzte man in Wien und Budapest wie immer und forderte »Gott erhalte unsern Kaiser« und »Komm' Tzigane, komm' Tzigane, spiel mir was vor«. Der Vorhang fiel 1918, und siebenundzwanzig Jahre später wurde die Bühne endgültig abgeräumt.

Damals stand Ungarn am Rande des Bankrotts. Die jahrhundertelange Ausplünderung durch die Habsburger, der Terror des Horthy-Regimes und die Verwüstungen des zweiten Weltkrieges hatten es dahin gebracht. Die internationale Presse hatte Ungarn in den zwanziger Jahren nur das Land der drei Millionen Bettler genannt, und was sonst noch weltweit bekannt war , war die ungarische Krank heit: die Tuberkulose, genannt morbus hungaricus.

Dann kamen Bodenreform und Verstaatlichung, der Eiserne Vorhang und schließlich der Oktober 1956. Danach war es jahrelang still um Ungarn, die Kontakte zur kapitalistischen Außenwelt schienen abgebrochen. Aber nun reisen sie wieder, vor allem die Österreicher, die das ohne Visum tun können. Der Kellner eines Wiener Hotels wurde schwärmerisch, als die Rede auf Ungarn kam: »Die schönen Pußta-Mädel, und so billig.« Dann gab er noch einen preiswerten Tip: Zahnersatz. Das war kein Scherz. Im Fahrstuhl des mondänen Hotel Thermal auf der Magaretheninsel in Budapest finden sich neben Hinweisen auf Thermalkuren auch kostengünstige Angebote für Zahnbehandlung. Und die Österreicher kommen in Scharen, denn das ist für sie besser und preiswerter als die Krankenkassenbehandlung im eigenen Land.

Während in Budapest der Tzigane Touristen und Einheimischen wieder aufspielt, schütteln marxistische Ökonomen verwundert ihr Haupt. Denn wie die Ungarn ihre Wirtschaft organisieren, läßt sich schwer mit den Dogmen sozialistischer Wirtschaftstheorie in Einklang bringen. (Siehe auch Winfried Wolf: »Gulaschkommunismus mit Appetitzügler«, Seite 36)

Auf den ersten Blick unterscheidet sich das Straßenbild von Budapest kaum von dem westlicher Hauptstädte. Nirgends sind Schlangen zu sehen, in den Schaufenstern findet sich ein reichhaltiges Warenangebot: Von Farbfernsehern heimischer Produktion über japanische Stereoanlagen bis hin zu Import-Jeans. Die Geschäfte sind voll, und die Menschen kaufen. Der augenblickliche Schlager des gehobenen Konsums ist das Farbfernsehgerät ' Bis vor kurzem konnte es auf Raten gekauft werden, doch seit die Nachfrage so groß geworden ist, daß Videoton mit der Produktion nicht nachkommt, bekommt man es nur noch gegen bar. Das Geld scheint vorhanden, obwohl der Durchschnittsverdienst bei 4.700 Forint liegt und ein solcher Apparat rund 28.000 Forint kostet.

Es ist diese Fülle des Warenangebots, die nicht nur die Touristen, sondern auch westliche Journalisten beeindruckt. Vom ARD-Magazin »Plus-Minus« bis zur »Wirtschaftswoche« wird das ungarische Modell als Vorbild für die sozialistischen Staaten gepriesen.

Doch an der Peripherie der Hauptstadt, auf dem Használteikk Piac, dem täglichen Gebrauchtwarenmarkt, findet man eine ganz andere Situation. Hier ist plötzlich die Armut greifbar. Meist ältere Menschen sind es, die hier ihre Waren auf dem Boden ausbreiten: gebrauchte Kleidung, gebrauchte Möbel. Daß es Armut in Ungarn gibt, wird von der Regierung nicht bestritten. György Aczel, der stellvertretende Ministerpräsident, sieht sie vor allem als Problem der nichtintegrierten Zigeuner, der Rentner und der kinderreichen Familien. Die Mindestrente beträgt 1.660 Forint, das ist gerade soviel, wie ein Anzug kostet.

Nach einer Schätzung des unabhängigen »Komitees gegen die Armut« sollen rund eine halbe Million Menschen unter dem Lebensminimum vegetieren. Sie bilden ein Konfliktpotential, das die ungarischen Politiker fürchten. So warnte ZK-Mitglied Imre Györi vor einer weiteren Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage, da dies zu einer konservativen Politik und dem Ende des Reformgeistes führen könnte.

Ein wesentliches Element des »Reformgeistes« ist, daß sich jeder selbst hilft, um den Konsumstandard zu erreichen, den er für unverzichtbar hält. Maria beispielsweise tut dies in der Bar des Hotel Royal. Sie ist 35 Jahre alt, vom Beruf Krankenschwester und verdient 6.000 Forint. Damit muß sie für sich und zwei Kinder aufkommen, denn seit acht Jahren ist sie Witwe. Da sie wegen ihres richtigen Berufs täglich um fünf Uhr aufstehen muß, kann sie nicht jede Nacht in die Hotelbar kommen, aber das Farbfernsehgerät, der Stereoturm, die Waschmaschine und all die anderen Konsumwünsche

wollen bezahlt sein. Bei einem Tarif von 200 Mark und den halbbetrunkenen Westtouristen, denen die sexuelle Gier ins Gesicht geschrieben steht, lassen sich die finanziellen Probleme schon lösen.

Prostitution ist ein Phänomen, das kaum jemanden erregt. Es ist wichtig, sein Geld zu verdienen. Wie man das tut, interessiert die Öffentlichkeit nicht. Typisch dafür ist die Antwort des beliebten Journalisten János Szilágyi in seiner monatlichen Rundfunksendung auf die Klage einer »Professionellen«, daß keine Gewerkschaft ihre Interessen vertrete: Ich finde gut, daß es so etwas in unserem Land gibt, aber helfen kann ich ihnen nicht.

Das Lob kommt eindeutig von der falschen Seite. In einem Ungarn gewidmeten Report beschrieb die »Wirtschaftswoche« Paradiesisches: »In Ungarn gedeiht die Wirtschaft, leidet die Bevölkerung nicht unter Versorgungsmangel, blüht der Außenhandel. Dabei ist auch Ungarn ein kommunistisches Land.«

Die offiziellen Zahlen über die ungarische Wirtschaft zeigen jedoch ein düsteres Bild. Der 1980 zu Ende gegangene Fünfjahrplan konnte nicht erfüllt werden. Obwohl im neuen Plan bereits wesentlich geringere Ziele angestrebt werden, zeigten sich schon im ersten Jahr Schwierigkeiten.

Das Grundproblem der ungarischen Wirtschaft ist die nahezu vollständige Abhängigkeit vom Import an Rohstoffen und Energie. Jedes Prozent Wirtschaftswachstum erfordert einen zweiprozentigen Anstieg des Außenhandels. Die Möglichkeiten, Rohstoffe und Energieträger im Rahmen des RGW zu beziehen, sind nicht so schnell gewachsen, wie es den ungarischen Bedürfnissen entsprach. Daher muß ein immer größerer Teil auf dem kapitalistischen Weltmarkt beschafft werden. Heute werden rund 50 Prozent des Bruttosozialprodukts über den Außenhandel realisiert.

Bei dieser starken Abhängigkeit vom Weltmarkt mußte der Preisanstieg für Erdöl zu einem ökonomischen Schock werden. Durch die verschlechterten Austauschverhältnisse in den Jahren 1973 bis 1979 hätte Ungarn seine Ausfuhren um ein Fünftel erhöhen müssen, um die notwendigen Importe wenigstens konstant halten zu können. Ungarische Ökonomen vergleichen diese materiellen Verluste mit den Auswirkungen der Schlacht von Mohacs, der entscheidenden Niederlage gegen die Türken im Jahre 1526.

Der Ölpreisschock traf Ungarn aber nicht völlig unvorbereitet. 1968 hatte eine Wirtschaftsreform stattgefunden, die das Planungssystem flexibler machte und Marktelemente einführte. In den fünfziger und sechziger Jahren hatte das Land einen Aufschwung in schnellem Tempo vollzogen. Als Ergebnis entstanden große Konzerne, die sich nur sehr schwerfällig veränderten Marktbedingungen anpassen und deshalb mit eine Ursache von Versorgungsmängeln sind. Die »Reform des Wirtschaftsmechanismus«, wie sie offiziell heißt, sollte den hohen Zentralisierungsgrad und die damit verbundene »Tonnenideologie« bei der Planerfüllung beseitigen. Nicht mehr administrative, sondern ökonomische Mittel sollten in der volkswirtschaftlichen Planung dominieren. Das zentralistische Planungssystem wurde durch einen von Angebot und Nachfrage geregelten Markt ergänzt, und an die Stelle bürokratischer Entscheidungen trat das Prinzip der Privatinitiative.

Diese völlig vom System des materiellen Interesses durchdrungene Reform fand sofort ihre Kritiker. Sie warnten vor allem vor den ideologischen Folgen des »Kühlschrank-Sozialismus«, wie sie das Reformkonzept bezeichneten. Eine völlig auf Konsum orientierte Gesellschaft müsse zwangsläufig zur Herrschaft des Kleinbürgertums führen.

Dem hielten die Reformer die unbestreitbaren ökonomischen Erfolge entgegen. Noch Mitte der sechziger Jahre waren rund sieben Prozent des Nationaleinkommens als unverkäufliche Ausschußerzeugnisse vergeudet worden. Die nun auf Marktbedürfnisse ausgerichtete Produktion hatte dieses Problem beseitigt und auch die Umgestaltung der Produktionsstruktur beschleunigt, so daß sich die Exportmöglichkeiten für Ungarn wesentlich verbessert hatten.

Der Forint wurde schrittweise konvertibel gemacht. Das erleichterte nicht nur die Handelsbeziehungen zum Westen, sondern erhöhte auch die Effizienz der Betriebe. Der Bevölkerung brachte es aber ständige Preiserhöhungen. Zwar sei es in Ungarn aus historischen Gründen leichter, die Preise zu erhöhen, als das Warenangebot zu verknappen, meint Frau Jolán Ritter vom staatlichen Amt für Material und Preise, der Hochburg der Reformer, aber ganz zu Ende gehen wollten die den Weg dann doch nicht. Den Erdölpreisschock voll an die Verbraucher weiterzugeben, hielten die Reformer aus politischen Gründen nicht für opportun. So existieren neben den Produktionspreisen, die dem Weltmarktniveau entsprechen, noch die Verbraucherpreise, die zu 45 Prozent garantiert sind.

Nicht antasten mochten die Reformer auch die Garantie des Arbeitsplatzes. Ineffektive Betriebe wurden nicht geschlossen, da Arbeitslosigkeit die Folge gewesen wäre. So herrscht im Land chronischer Mangel an Arbeitskräften, und manchmal muß das Militär in der Produktion aushelfen. »Es wäre schön«, sagt der Chefingenieur der Kecskeméter Konservenfabrik, »wenn die Soldaten sich nur noch damit beschäftigen würden.«

Aber am Recht auf Arbeit wird nicht gerüttelt, obwohl die Arbeitsdisziplin gering ist und Janos Kadar auf dem letzten Parteitag im März 1980 darauf hinwies, daß der Arbeitslohn kein Entgelt für die Anwesenheit am Arbeitsplatz sei.

Die wirtschaftliche Zukunft des Landes sieht hart aus. »Es gibt eben nur eine Weltwirtschaft« klagt Jolán Ritter, die Beraterin des führenden Reformökonomen Bela Csikos-Nagy, »daher wirken. sich die Krisen des Kapitalismus auch auf uns aus. Vielleicht sogar stärker, als auf manches kapitalistische Land.« Der bis 1985 konzipierte Fünfjahrplan trägt dieser Tatsache Rechnung. Sein Ziel ist, den Lebensstandard von 1980 beizubehalten. Eine Parole, die mehr einem Sozialdemokraten wie Helmut Schmidt entspricht als einem Kommunisten wie Kadar.

»Wenn heute bei uns Wahlen nach westlichem Muster wären, dann bekäme Kadar 70 Prozent der Stimmen.« Diesen Satz kann man überall in Ungarn hören. Janos Kadar ist der beliebteste Politiker des Landes, und wenn Regierungsbeschlüsse auf Kritik stoßen, dann sieht die Bevölkerung die Schuld bei seinen schlechten Ratgebern. Natürlich gibt es auch Systemkritiker, aber sie sind kaum mit dem zu vergleichen, was in anderen sozialistischen Ländern Dissidenten genannt wird. »Unser System ist nicht sozialistisch«, sagt István* und scherzt, »aber Sozialismus ist das, was seit 1917 nicht existiert.« Daß die Bevölkerung Janos Kadar liebt, zieht auch er nicht in Zweifel und hat eine einfache Erklärung dafür: »Sie hungern nicht - und das ist eine großartige Sache für Ungarn.« Seiner Meinung nach wird vorhandene Unzufriedenheit über die vom System geförderte private Initiative kanalisiert. Die Nation sei zwar total verschuldet, alles werde, wenn nur möglich, auf Raten gekauft, aber jeder habe vor sich die Fata Morgana, reich zu werden. Was von der offiziellen Propaganda auch bewußt gefördert werde. Politische Repression existiere kaum. Intellektuelle Kritiker würden zwar ihre Privilegien verlieren, aber Berufsverbote oder das Verbot von Auslandsreisen seien selten.

Für die Zustimmung zum herrschenden System sind diese Auslandsreisen wichtig. Allein im ersten Halbjahr 1981, noch vor den großen Ferien, waren über 200.000 Magyaren im kapitalistischen Ausland. Über 600 Mark stehen dafür jeder Person pro Jahr zu Verfügung, hinzu kommt noch Valuta für die Treibstoffkosten. Für Reisen in die sozialistischen Staaten können sogar 10.000 Forint beansprucht werden. Und bei Besuchen dort lernen sie etwas kennen, was es bei ihnen nicht gibt: Versorgungsengpässe und Schlangen in den Geschäften. Stolz und nicht zu unrecht bezeichnen sie sich selbst als die Schweiz des Sozialismus.

Das alles trägt zur Zufriedenheit bei, aber auch, wie István meint, zur politischen Lethargie. Eine autonome Oppositionsbewegung wie die Solidarität in Polen sei in Ungarn nicht nur unmöglich, sondern auch nicht notwendig. »Die Solidarität wollte das erkämpfen, was ihr in Westdeutschland habt, die Sozialpartnerschaft. Das haben unsere Gewerkschaften aber schon erreicht.« Seit 1976 haben die gewerkschaftlichen Vertrauensleute in den Betrieben größere Mitspracherechte. Auf sozialpolitischem Gebiet läuft ohne ihre Zustimmung nichts, in Lohnauseinandersetzungen ist die Haltung der Gewerkschaft kämpferischer geworden. Auf ihrem letzten Kongreß im Dezember 1980 scheuten sich die Delegierten auch nicht, die staatliche Wirtschaftspolitik massiv anzugreifen, da die ständigen Preiserhöhungen eben zu Lasten der Arbeiter gingen. Sándor Gáspár, der Generalsekretär der ungarischen Gewerkschaften, warnt immer wieder davor, sich auf die Rolle als »Befehlsempfänger« zu beschränken, denn wenn die Gewerkschaften nicht »auf die Gestaltung der Politik Einfluß nehmen, dann wird oder zumindest könnte dies früher oder später in einen gesellschaftlichen Konflikt führen«.

Was István am ungarischen Modell kritisiert, ist, daß der Marxismus zum Ritual erstarrt sei: »Bei uns herrscht der Kathedersozialismus, die Ideologie ist der Schmuck des Systems, sonst nichts.« Seiner Meinung nach denkt die Masse kleinbürgerlich und fürchtet sowohl den Kapitalismus als auch den Sozialismus. Da sie aber letzteren und seine Grenzen kennt, hat sie sich mit diesem System abgefunden. Für ihn haben die Reformen von 1968 diese Entwicklung forciert, aber dennoch verteidigt er sie. Die einzige Alternative wäre ein Sieg der Konservativen, und das würde das Ende des Liberalismus im politischen Bereich bedeuten.

Solchen Analysen würde Ferenc Németh entschieden widersprechen. 33 Jahre ist er alt, seit 1970 Parteimitglied, und vor einem Jahr wurde er Sekretär des Parteikomitees von Kecskemét, einer 100.000 Einwohner zählenden Stadt am Rande der Pußta. Németh gehört zu der neuen Parteigeneration, für die nicht nur der Kapitalismus, sondern auch der Oktober 1956 ferne, unwirkliche Vergangenheit ist. Er ist überzeugt, daß die achtundsechziger Reformen für den ungarischen Sozialismus der richtige Weg waren: »Man muß für sein Geld auch etwas bekommen.«

Wenn einer heute keine Wohnung hat und noch bei seinen Eltern leben muß, obwohl er bereits verheiratet ist, dann interessiert ihn nicht, daß es vor dreißig Jahren noch schlimmer war, sagt der Parteisekretär. Solange immer noch wirtschaftliche Mängel und Schwierigkeiten auftreten, kann es auch nicht die Gefahr einer apolitischen Konsumorientierung geben. Wenn Jugendliche sich hauptsächlich für Espressos und Discos interessieren, dann kann das nicht antisozialistisch sein, meint Ferenc Németh, denn der Sozialismus wolle doch die Lebensbedingungen der Menschen immer weiter entwickeln. Dafür ist eben auch die Privatinitiative sehr wichtig.

Weder in Kecskemét noch sonst in Ungarn findet sich im Straßenbild die Präsenz der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei. Transparente und Losungen fehlen. »Unsere Partei braucht keine Losungen und Transparente. Das persönliche Gespräch mit den Menschen ist viel wichtiger. Wir wollen, daß alle Menschen offen ihre Meinung sagen können. Aber auch ‚die Partei sagt ganz offen, was wir erreicht haben, was wir nicht erreicht haben und was wir nicht tun können, weil uns das Geld dazu fehlt.« Dann, nach einer kleinen Pause, sagt der Parteisekretär: »Wahrscheinlich sind die

anderen Methoden auch gut, aber wir brauchen sie nicht.« Stolz verweist er darauf, daß die USAP seit Herbst im Kecskemét Diskussionen mit über 30.000 Menschen über die Probleme der Stadtentwicklung geführt hat. Selbstverständlich ist für ihn auch, daß Nicht-Mitglieder mitherangezogen werden: »Wir sind nicht immer die Klügsten.«

Sinkende Reallöhne auf der einen Seite, zunehmender Konsum auf der anderen. Des Rätsels Lösung heißt »Schattenökonomie«. Es gibt kaum einen Ungarn, der nicht einen zweiten Beruf hat. Anders als durch Schwarzarbeit ist das Lebensniveau nicht zu halten. Seit 1. Januar ist vieles von dieser illegalen Schwarzarbeit legalisiert worden. In Industrie und Handwerk dürfen Privatpersonen nun Produktionsmittel besitzen und Gewinne erwirtschaften. Bei der ersten Auktion, bei der diese Betriebe vom Staat zu pachten waren, fanden sich für mehr als die Hälfte sofort Interessenten, obwohl das Startkapital bar auf den Tisch zu legen war und Kredite nicht gewährt wurden.

Was die Ungarn zu dieser »Annäherung an die Marktwirtschaft« bewog, sind nach Aussagen von Frau Ritter zwei Gründe: »Zum einen können wir die Versorgung im heutigen Rahmen nicht mehr sichern, wenn wir der Privatinitiative nicht mehr Spielraum geben, und zum anderen haben wir bisher damit nur positive Erfahrungen gemacht. «

Warum, da gibt es für Jolán Ritter eine einfache Erklärung: »Wenn Konsumanreize vorhanden sind, dann sind die Leute auch willig zu arbeiten.«

Sándor Tóth von der Lenin-LPG in der Nähe Kecskeméts hat das auch erkannt: »Wenn man mehr haben will, muß man mehr leisten. Mit dem Acht-Stunden-Tag ist der Wohlstand nicht erreichbar.« Für ein neues Auto müßte er zehn Jahre sparen, mit den Gewinnen aus dem Privatland kann er es sich schon nach drei Jahren leisten. 5.000 Forint verdient er in der LPG, mit seiner Privatwirtschaft macht er jährlich das Doppelte an Gewinn. Dafür arbeitet er auch am Wochenende, und ein Teil seines Urlaubes ist ebenfalls dafür eingeplant. Und manchmal geht er in die LPG, um sich ein bißchen auszuruhen. Daß es dem ungarischen Bauern noch nie so gut gegangen ist wie heute, bestätigt auch sein Schwiegervater, der als Kind reicher Bauern groß wurde. Nur manchmal, wenn er an seine Kinder denkt, befällt Sándor Tóth eine gewisse Beklemmung: »Ihre Ansprüche sind bald nicht mehr erfüllbar.«

Die immer weitere Ausdehnung des Privatsektors scheint niemandem ideologische Probleme zu verursachen, denn das sozialistische Eigentum, so ist ständig zu hören, werde nicht angetastet. Für ideologische Fragen waren Wirtschaftswissenschaftler nie zuständig, warum sollte das in Ungarn anders sein. Die Parteiführung sucht ihre Probleme pragmatisch zu lösen. Das hat schon Züge eines Tanzes auf dem Vulkan.

---

* Name von der Redaktion geändert

Konkret 06/82, S. 38

András Hegedüs

Wenn zweimal die Ernte ausfällt...

KONKRET-Interview mit Ex-Ministerpräsident András Hegedüs*

KONKRET: Ungarn, so sagt man, geht seinen eigenen Weg. Wo liegt der Unterschied zu den anderen sozialistischen Staaten?

Hegedüs: Um die ungarische Situation zu verstehen, muß man das Phänomen des »Kadarismus« verstehen. »Kadarismus« ist nicht nur der liberale politische Kurs der Reformen zwischen 1963 und 1971 bzw. seit 1976, er ist auch ein reales gesellschaftliches Phänomen. Die Menschen suchen die Möglichkeit, besser und freier zu leben, und die Macht in Ungarn gibt ihnen diese Möglichkeiten. Der Marxismus hatte hierzulande immer schon eine aufklärerische Attitüde, und die politische Führung weiß, daß ideologische Losungen keinen Konsens zwischen Macht und Masse herstellen. Das ist auch eine der Lehren, die aus dem Oktober 1956 gezogen wurden. Der politische Kurs kann zwar wieder repressiv werden, aber das gesellschaftliche Phänomen des »Kadarismus«, das heißt die freie persönliche Entfaltung im gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereich ist nicht mehr zu beseitigen, ohne den Konsens zwischen Macht und Masse zu zerstören.

KONKRET: Was macht diesen Konsens aus?

Hegedüs Das ist ganz einfach: Die Macht hat den Menschen die Möglichkeit gegeben, besser zu leben. Sie hat zwar nicht so plump wie Bucharin** gesagt Bereichert Euch«, aber praktisch dieselbe Politik betrieben.

KONKRET: Bucharin hat - so scheint es - auch bei der Wirtschaftsreform Pate gestanden. Ist die massive Förderung der Privatinitiative nicht ein gewaltiger Schritt auf dem Weg zum Reformismus?

Hegedüs: Privatinitiative gibt es auch in anderen sozialistischen Staaten, in der DDR beispielsweise. Dort erscheint sie jedoch wie ein notwendiges Übel, ein Rest des Kapitalismus. Bei uns ist sie - nach offizieller Meinung - ein wichtiger Faktor für die dynamische Wirtschaftsentwicklung. Ich fände es besser, wenn nicht individuelle Unternehmen gegründet würden, sondern Assoziationen freier Produzenten, wie Marx das nennt. Die Situation ist schwierig: Einerseits muß die Privatinitiative gefördert werden, um die bürokratische Verkrustung aufzubrechen. Andererseits muß die Zunahme an Marktelementen in unserer Wirtschaft kritisiert werden. Denn hier liegt auch die Ursache für die immer größer werdende wirtschaftliche Kluft zwischen den verschiedenen Gruppen unserer Gesellschaft. Aber wenn ich nur die Armut kritisiere, dann unterstütze ich die Tendenz zur Gleichmacherei und damit die stalinistische Fraktion innerhalb der Bürokratie.

KONKRET: Ohne die »Schattenökonomie« scheint Ungarns Wirtschaft nicht funktionieren zu können?

Hegedüs. Das gilt auch für Italien, dort würde ebenfalls die Wirtschaft zusammenbrechen. Da ist kein großer Unterschied zwischen Kapitalismus und Sozialismus.

KONKRET: Eine sozialistische Wirtschaft ist ja bereits zusammengebrochen. Könnte sich die polnische Entwicklung in Ungarn wiederholen?

Hegedüs: Nein, dazu ist der Konsens zwischen der Macht und der Masse zu gut. Oberflächlich ist die Wirtschaftliche Lage sehr gut, wesentlich besser als in den anderen sozialistischen Staaten. Die Inflationsrate ist gering, das Warenangebot ausgezeichnet. Aber wenn zwei Jahre lang die Ernten in der Landwirtschaft schlecht ausfallen, dann könnte dies zu einer ökonomischen Krise führen. Und jede ökonomische kann in eine politische Krise übergehen. Aber ich glaube, wir haben die große Chance, ohne Krise unseren Weg weiterzugehen. Und der beinhaltet auch den immer weiteren Abbau der monolithischen Struktur von Partei und Staat.

---

* András Hegedüs geh. 1922, tritt in die illegale KP ein, wird nach , 945 Leiter der Landreform in zwei Bezirken, 1951 Landwirtschaftsminister, 1955 Ministerpräsident, der Oktoberaufstand 1956 zwingt ihn zur Emigration nach Moskau, 1958 Rückkehr und Arbeit als Wissenschaftler, 1973 aus der USAP ausgeschlossen, lebt heute als »autonomer Sozialist« und Rentner in Budapest.

** Nikolai Bucharin, sowjetischer Politiker, geh. 1888 in Moskau, dort hingerichtet 1938, war der führende Vertreter der bolschewistischen Wirtschaftsordnung

Konkret 06/82, S. 39

Winfried Wolf

Die planlose Planwirtschaft

Wie Ungarns Kommunisten mit Reformpolitik ihr Land in die Kapitalistische Krise führen

Parteichef Janos Kadar wurde in Bonn mit offenen Armen empfangen. »Ein Kommunist hat gelernt«, so die Frankfurter allgemeine Erkenntnis. Ob »FAZ«, »Handelsblatt« oder »Zeit« - die Korrespondenten und zumal Spezialisten auf den Wirtschaftsseiten zeichnen seit Jahren ein rosa und Sympathie erheischendes Bild von Kadar, dem Land, das er vertritt, und insbesondere der ungarischen Wirtschaft.

Lassen wir die banale Frage beiseite, aus welcher Ecke dies Lob denn kommt (immerhin: die Herren könnten ja mal irren); blättern wir aber doch kurz drei oder vier Jahrgänge in denselben gut informierenden und bestinformierten Organen zurück. Und siehe da: Damals waren es Gierek, Polen und die Wirtschaft dieses Landes, die in denselben Blättern als besonders lobenswertes und leuchtendes Beispiel in einem ansonsten düsteren Landstrich hervorgehoben wurden. Inzwischen steht Polen faktisch vor dem Staatsbankrott, von den blühenden Handelsbeziehungen blieben humanitäre Hilfe und das Ausquetschen von Zins und Tilgung durch die Westbanken übrig. Nichts gegen Partnerwechsel; die Spekulation auf das kurze Gedächtnis sollte jedoch mißtrauisch machen.

Zweifellos - die Aufbauleistungen in Ungarn sind gewaltig. Und erst recht ist der allgemein hohe Lebensstandard unbestritten (er ist übrigens in der DDR quantitativ höher; allerdings ist nirgendwo im RGW-Block das Angebot reichhaltiger, der Mangel überschaubarer als in Ungarn). Für unsere Fragestellung ist jedoch weniger der Blick in die Vergangenheit und nur beschränkt der Hinweis auf die Gegenwart von Aussagekraft. Entscheidend erscheint die *Dynamik* der wirtschaftlichen Entwicklung, die *Stimmung* und Gesinnung derjenigen, die den verstaatlichten gesellschaftlichen Reichtum produzieren und drei Jahrzehnte nach der Befreiung vom Joch des Privatkapitals doch zumindest den Embryo des neuen Menschen abgeben sollten.

Und hier ist die Fehlanzeige total: »Das sozialistische System ist in Erstarrung geraten. Nach den Thesen von Marx und Engels hatte man sich die Produktionsverhältnisse des Sozialismus als einen Weg zur absolut freien Gesellschaft vorgestellt. Die Trägheit des Systems aber hat im Gegenteil bewirkt, daß die Menschen ihr Schicksal nicht mehr selbst in die Hand nehmen.« Diese Aussage des Nationalökonomen, früheren ZK-Sekretärs und wegen zu großer Reformfreudigkeit geschaßten Rezsö Nyers läßt sich belegen, Satz für Satz.

Lassen wir hier dahingestellt, inwieweit diese Gesellschaftsordnung ein »sozialistisches System« verkörpert - sicher ist, daß es »in Erstarrung geraten« ist. Seit 1979 weist selbst die offizielle Statistik kaum mehr ein Wachstum des Volkseinkommens auf; inoffiziell gehen diejenigen, die um die reale Inflationsrate wissen oder diese im eigenen Geldbeutel verspüren, von Stagnation und realen Rückgängen aus. Dies gilt erst recht für die Reallöhne, deren Rückgang seit 1979 kaum bestritten wird. Auch für 1982 spricht Imre Györi vom ZK der *Sozialistischen Arbeiterpartei Ungarns (USAP)* offen von einem neuerlichen gückgang der Realeinkommen 1982. Peter Renyi, ebenfalls ZK-Mitglied der USAP, meint, in der Industrie habe es »gewisse Übertreibungen« gegeben; es seien entsprechende »Umgruppierungen« erforderlich. Nur ein Drittel der Betriebe arbeitete rentabel, ein weiteres könnte durch Investitionen auf Vordermann gebracht, ein letztes Drittel jedoch müßte, »eigentlich« geschlossen werden. Alle Verantwortlichen fürchten *in* Folge dieser »Erstarrung« soziale Unruhe.

Und zwischen vielen Zeilen ist die Angst herauslesbar, die ungarischen Arbeiter könnten »polnisch reden«; so wenn seit Sommer 1980 die »Selbständigkeit der Gewerkschaften« hervorgehoben, diesbezüglich »Fehler in der Vergangenheit« eingestanden, einer weiteren »Ausbreitung der sozialistischen Demokratie« das Wort geredet und die »hervorragende Zusammenarbeit mit den Kirchen « unterstrichen werden. - Die so reden, sind Parteichef Kadar, Ministerpräsident Lazar und Gewerkschaftschef Gaspar.

Die Feststellung, daß die »Menschen ihr Schicksal nicht mehr selbst in die Hand nehmen«, ist für den politischen Bereich zutreffend und im wirtschaftlichen zu modifizieren. Ganz allgemein geht seit längerer Zeit die politische Aktivität in Partei und Gewerkschaften zurück; der *Rückzug ins Privatleben* ist gegenwärtig der wohl wichtigste Charakterzug in allen ungarischen Gesellschaftsschichten - die berühmt-berüchtigten rund 200 kritischen Intellektuellen und eine neu entstandene linke Opposition, die insbesondere in studentischen Kreisen Fuß faßte, ausgenommen. Die wirtschaftliche kehrseite des allgemeinen Privatisierungsprozesses ist die Entwicklung einer enormen halblegalen und illegalen, aber geduldeten Nebenwirtschaft. 18 Prozent der landwirtschaftlichen Anbaufläche wird von Feierabendbauern bestellt, die damit rund 40 Prozent des Inlandbedarfs decken; 90.000 private Handwerker erarbeiten schon 50 Prozent aller Dienstleistungen. Der private Nebenverdienst für die im staatlichen Sektor Beschäftigten wird zunehmend zur Regel.

Die Partei reagiert auf diese Situation eher hilflos denn nach Plan. Eine erste simple Maßnahme ist die, daß seit drei Jahren der gesellschaftliche *Akkumulationsfonds* reduziert wird und zum Teil sogar absolut rückläufig ist. Ein solcher Rückgang

der Investitionen im verstaatlichten Sektor stellt eine Umverteilung zum Konsumgütersektor und in den Export dar und hat das Ziel, den erreichten Lebensstandard zu erhalten bzw. eine ausgeglichene Handelsbilanz zu erzielen. Das mag als kurzfristige Maßnahme, zum Beispiel zur Behebung von Verzerrungen oder in schweren Krisenzeiten, sinnvoll sein. Längere Zeit betrieben muß sich dies rächen: der Maschinenpark veraltet; Ausschuß- und Ausfallquoten steigen; die Wettbewerbsfähigkeit - gerade auf dem Weltmarkt - sinkt... und all das schlägt letztlich auch auf den Lebensstandard selbst zurück.

Die seit 1980 betriebenen neuen » W*irtschaftsreformen«* verbinden drei Elemente:

· *Erstens soll* in Zukunft mehr der Markt und der einzelbetriebliche Gewinn anstelle des Plans zum Regulator werden. Eine entsprechende Preisreform (wettbewerbsfähige, am Weltmarkt orientierte Preise) wurde 1980 eingeleitet; zwei Drittel der Industrie sollen bereits auf dieser Basis arbeiten. Die völlige »Monetarisierung von Ungarns Wirtschaft«, auch gegenüber dem kapitalistischen Westen, ist das Ziel - so Staatssekretär Csikos-Nagy.

· Zweitens wird der wirtschaftliche Privatisierungs- (und z. T. Reprivatisierungs-) Prozeß fortgesetzt. Dabei geht es nicht allein um kleine Geschäfte, Kneipen etc., die privat geführt werden können (was sinnvoll ist). Seit 1. 1. 1982 sind auch Betriebe mit bis zu 100 Beschäftigten, privat führbar (im Exportgeschäft und im Ausland tätige ungarische Privat-Betriebe haben schon bis zu 1.000 Beschäftigte).

· *Drittens wird* die Öffnung Ungarns zum kapitalistischen Weltmarkt verstärkt betrieben.

Diese »Reformen« sind keine Strategie gegen Erstarrungserscheinungen - im Gegenteil: sie werden die Auflösungstendenzen der ungarischen Wirtschaft verstärken.

»Monetarisierung« heißt, daß anstelle des bürokratisch-zentralistischen, das heißt unflexiblen Plans, bald Markt und Profit dominieren sollen. Die Folge wird eine verstärkte Ungleichheit - bei Löhnen und der regionalen und branchenmäßigen Entwicklung - sein. Konsequent gehen einzelne Planer davon aus, daß eine »gewisse Arbeitslosigkeit« wohl unvermeidbar sei. Gesellschaftlich langfristig entscheidende Investitionen werden vernachlässigt, kurzfristig »rentable« favorisiert werden.

Die *wirtschaftlichen Privatisierungsprojekte* gehen in dieselbe Richtung. Darüberhinaus müssen sie die Tendenzen zur Individualisierung und zum Rückzug ins Privatleben fördern und die für den Kapitalismus kennzeichnenden Elemente der Entsolidarisierung und Anonymität verstärken - was gerade in Ungarn (wo die halboffizielle Zahl von einer halben Million unter dem Existenzminimum lebenden Menschen genannt und die welthöchste Selbstmordrate angegeben wird) verheerende Folgen haben muß. Von einem so ausgeweiteten privaten Sektor werden Auflösungstendenzen in Richtung des verstaatlichten ausgehen. Die neue Regelung, wonach Einzelpersonen und Gruppen nach der offiziellen Arbeitszeit Geräte ihrer staatlichen Betriebsstätten benutzen oder ausleihen können, um in privater Regie Dienste bereitzustellen oder zusätzliche Erzeugnisse zu produzieren, ist kennzeichnend hierfür: warum nicht acht Stunden Schlendrian zu staatlich garantiertem Lohn, wenn die staatlich sanktionierte »Schattenwirtschaft« am Abend guten Zusatzverdienst bringt?

Die größte Gefahr geht jedoch von Ungarns verstärkter *Orientierung auf den kapitalistischen Weltmarkt* aus.

· Heute schon gehen über die Hälfte der ungarischen Exporte in den Westen. Da die Exporte insgesamt rund 50 Prozent am ungarischen Volkseinkommen haben, wird mit 25 Prozent Anteil der Westexporte am ungarischen Volkseinkommen ein extrem hoher und für ein RGW-Land einmaliger Abhängigkeitsgrad vom kapitalistischen Weltmarkt eingegangen. Wie im Fall Polens Anfang der 70er Jahre scheinen sich Ungarns Planer nicht vorstellen zu können, daß für sie diese Märkte plötzlich durch eine noch schärfere kapitalistische Krise verschlossen sein könnten.

· 40 Prozent der ungarischen Westexporte sind *Agrarprodukte.* Gerade hier sind besonders leicht Einbrüche möglich - durch Protektionismus, Preisverfall usw. Schon im Zeitraum 1974 - 80 verschlechterten sich Ungarns terms of trade - das Verhältnis von Import- zu Exportpreisen um 20 Prozent.

· Die Westorientierung brachte Ungarn bisher eine Verschuldung bei Westbanken von 7 Milliarden US-Dollar ein. Das entspricht, pro Kopf gerechnet, schon der West-Schuld der VR Polen im Jahr 1978. Die entsprechenden Zins- und Tilgungszahlungen machen die Erfolge in Ungarns Handelsbilanz wieder zunichte - in der Zahlungsbilanz klaffen Jahr für Jahr beträchtliche Defizite.

Ungarns Bürokratie versucht mit dieser Politik den Teufel mit Beelzebub auszutreibem Dies kann, ähnlich wie zuvor in Polen, in einem wirtschaftlichen Desaster enden. Der Zeitpunkt, wann dies offenkundig wird, ist weitgehend vom Imperialismus bestimmbar; die Mitgliedschaft Ungarns im *Internationalen Währungsfonds (IWF)* mag kurzfristig einen zusätzlichen Kredit- und Handelsspielraum gewähren - sie kettet jedoch gleichzeitig das Land enger an den Westen.

In der kleinen Ökonomie der Volksrepublik Ungarn findet sich die entscheidende Erklärung des Dilemmas *aller* nicht-kapitalistischen bürokratisierten Gesellschaften: bis in die 70er Jahre hinein wiesen diese Gesellschaften generell ein relativ

hohes wirtschaftliches Wachstum auf - trotz des bürokratischen Machtmonopols und der starren Wirtschaftslenkung, wegen der Existenz eines - wenn auch noch so beschränkten - wirtschaftlichen Plans. Je entwickelter, das heißt je arbeitsteiliger die gesellschaftliche Produktion jedoch ist, desto krasser treten die Schwächen dieser starren, ausschließlich von oben bestimmten Planwirtschaft zutage, desto gravierender fallen Fehlplanungen ins Gewicht (die wachsende Korrumpierbarkeit der bürokratischen Kaste selbst und die abnehmende »Opferbereitschaft« der Arbeiterklasse ergänzen dies). Der einzig realistische Ausweg wäre die Etablierung einer demokratischen und flexiblen Planung. Das hieße jedoch nichts anderes als die Beseitigung der Herrschaft der Bürokratie und die Errichtung einer sozialistischen Demokratie - was aus naheliegenden Gründen nicht von dieser herrschenden Kaste selbst erwartet werden kann, wogegen sich diese mit Zähnen, Klauen und notfalls einem Militärputsch zur Wehr setzt.

Die »Lösung« der Bürokratie selbst ist eine »Flucht nach vorn« auf den kapitalistischen Weltmarkt, in (Teil-)Privatisierung und Westverschuldung. Und es sind nicht allein Faktoren, die auf Landes-Ebene in dieser Richtung, wirken – es sind die Auflösungserscheinungen des RGW *insgesamt,* die in diese Richtung drängen: wenn es immer weniger einen gemeinsamen Wirtschaftsblock der osteuropäischen Länder und der UdSSR gibt, wenn die. UdSSR ihr Öl an ihre RGW-Partner gegen Westdevisen, wenn in der Folge Ungarn seinen Weizen an die UdSSR ebenfalls gegen Dollars verkauft, wenn der Handel im Ostblock heute fast nur noch auf bilateraler Basis erfolgt (und bilateral ausgeglichen sein muß), dann stimmt natürlich, daß es »nur *einen* Weltmarkt gibt« - so Ungarns Chefplaner Csikos-Nagy - und daß dieser *kapitalistische* Weltmarkt letztlich die Ökonomien Osteuropas bestimmt, wenn nicht im Würgegriff hält. Wie weit das im Fall des Wirtschaftswunderlands Ungarn heute schon reicht, illustriert eine Relation, die Ungarns Planer nennen: um unter den gegebenen Bedingungen Ungarns Volkseinkommen um ein Prozent zu erhöhen, ist eine Steigerung von Ungarns Westimporten um rund 1,5 Prozent erforderlich! Was heißt: jedes weitere Wirtschaftswachstum muß mit einer nochmals höheren Abhängigkeit Ungarns vom kapitalistischen Weltmarkt erkauft werden.

Konkret 06/82, S. 44

Jürgen Saupe

Rätsel für die Bundesanwälte

Die Affäre Strauß-Tandler-Langemann weitet sich aua: Neue Papiere dokumentieren Alleingänge der CSU-Regierung gegen den Internationalen Terrorismus. Aufgetaucht sind auch geheim Aussagen des ehemaligen Arbeitgeberpräsidenten Schleyer. Er war 1977 von Terroristen entführt, verhört und schließlich ermordet worden. Dr. Langemannm zitiert aus den Vernehmungen. Für die Bundesanwälte entstehen immer neue Rätsel

Nun weiß man, wieviel der deutschen Justiz Herr Ministerialdirigent Dr. Hans Langemann wert ist. Auf 300.000 Mark - eingetragen als Grundschuld auf seine Villa im Münchner Millionärsviertel Grünwald - wurde die Kaution für CSU-Mitglied Langemann festgesetzt, und schon war der bayerische Sicherheitschef aus der Untersuchungshaft in Stadelheim entlassen.

Wenn es nur einmal mehr darum ginge, im sogenannten Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland ein Beispiel von Klassenjustiz zu konstatieren, es würde das Papier nicht lohnen. Aber im Fall Langemann ist es wieder einmal anders.

Als Hans Langemann unter dem Decknamen Dr. Lückrath noch Operationschef des strategischen Dienstes im Bundesnachrichtendienst (BND) war, verfügte er zeitweise über 32 verschiedene Personalpapiere, die alle sein Lichtbild trugen. Im Agenten-Netz der BND-»Operation EVA« trug er in aller Bescheidenheit den französischen Allerweltsnamen Jacques Dupont. Das ist Historie. Gegenwart ist, daß die Bundesanwaltschaft bei der Durchsuchung des Langemann-Hauses in München immerhin 19 Ausweispapiere des Hans Langemann fand, die bei der vorangegangenen Hausdurchsuchung den Kollegen aus dem Bayerischen Innenministerium sicher ganz zufällig entgangen sind. Die Dokumente beweisen, daß Langemann es verstanden hat, sich bis in die Gegenwart hinein bei diplomatischen Vertretungen der Bundesrepublik im Ausland illegal Ausweispapiere zu beschaffen. So war *eine* Quelle für Langemann das Deutsche Generalkonsulat in Marseille. Trotzdem müssen die Haftrichter ja wohl bei Langemann keine Fluchtgefahr mehr gesehen haben.

Von der gleichen Schlichtheit der Erkenntnis zeugt auch die Kautionshöhe. Langemann ist eben nicht nur der bayerische Ministerialdirigent mit noch immer voll bezahlten 9.000 Mark Monatseinkommen. Er ist auch der Sohn aus einer begüterten Familie in Nordrhein-Westfalen und Besitzer eines Millionen-Anwesens an der französischen Riviera. Langemann verfügte auch nach seinem offiziellen Ausscheiden aus dem BND noch über Konten von Tarnfirmen des Nachrichtendienstes. So unterhielt die in Bonn etablierte BND-Firma Middle East Trading & Consulting Company GmbH - sie ist inzwischen liquidiert worden - in Zürich bei der Schweizerischen Bankgesellschaft unter der Nummer . .30 ein Konto mit mehreren Hunderttausend Schweizer Franken, auf das Langemann Zugriff hatte. Das ist nur ein Beispiel dafür, wie reichhaltig die BND-Mittel sein können und wie lächerlich für Hans Langemann eine 300.000 Mark Kaution ist.

Sie eröffnen aber zugleich Verdunklungsmöglichkeiten. Auch wenn die Bundesanwaltschaft bei der Durchsuchung des Langemann-Hauses einen großen Teil von dessen Dokumenten beschlagnahmt hat (auch diese waren wunderbarerweise den Beamten des bayerischen Innenminister Gerold Tandler entgangen) - woher glaubt die Justiz eigentlich zu wissen, daß diese Dokumente und Filme und Tagebücher und Notizen alles waren? Ein Mann wie Langemann, der akribisch Post und Akten hortet, der Visitenkarten von Jesuiten-Patern, die für den BND tätig wurden, ebenso aufhebt wie von Call-Girls, denen er Politiker zuführte, soll nichts mehr besitzen?

Ein Beispiel. Als die Münchner »Abendzeitung« unter Hinweis auf den Herrn Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß meldete, daß dieser sich in eine Nebenstraße der Prinzregentenstraße habe chauffieren lassen, kam aus dem Strauß-Umfeld eine Dementi-Erklärung. Strauß habe dort seine Schwiegereltern wohnen und besuche diese natürlich gelegentlich. Das mag ja sein. Aber: Wohnen diese Schwiegereltern seit Oktober 1976, als von dieser nächtlichen Freizeitgestaltung des CSU-Chefs bei Langemann zu lesen war, in einem Appartement-Haus in der Zaubzerstraße Nr. 13, 2. Stock mit dem Namen Schmölcke an der Tür.

18 Kalenderbücher und sechs Ringhefte mit Aufzeichnungen lagern bei der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe. Dort tut man sich schwer, alles zu verstehen. Denn BND-Agent Langemann tarnte selbst in seinen Privat-Notizen noch mit List, aber immerhin interessant.

Einige Beispiele: Unter dem 3.7.1964 notierte sich Langemann: »ccm auf Kinderjagd«. - Fünf Tage später hält Langemann fest: »Renger - Lonc. - Wehner, BND sieht Verheiratung gern«. Gemeint ist hiermit die Verehelichung der späteren Bundestagspräsidentin Annemarie Renger mit dem jugoslawischen Staatsbürger Loncarevic, der vom BND als Nachrichten-Dienstmann Titos angesehen wurde. Die Ehe - inzwischen ist Loncarevic tot - hatte lange Zeit zu Gesprächen und Beratungen im BND geführt, in die von der SPD auch Wehner und vom BND Langemann eingeschaltet waren.

Und am 16.9.1964 notiert sich Langemann: »273 in Israel. Zünder!« Hinter solchen Kürzeln stecken weltpolitisch brisante Operationen. »273« war im BND General Langkau, der Chef des strategischen Dienstes. Er hielt für Gehlen und die Bundesregierung den Kontakt zu Israel, wie es auf der anderen Seite BND-Vizepräsident Worgitzky zu Ägyptens Präsident Nasser tat. Und aus der Langemann-Notiz geht hervor, daß im BND-Doppelspiel in Nahost die Deutschen zu dieser Zeit spezielle Waffen an die Israelis lieferten. Ein Thema, das KONKRET noch detailliert schildern wird.

Wie auch immer: ob intime Hinweise, wie die »Kinderjagd«, ob privat-politische Dinge wie die Ehe von Frau Renger oder militärisch-politische Dinge wie bundesdeutsche Waffenlieferungen an Ägypten - alles ist in Langemanns Aufzeichnungen zu finden. Über alles ist dieser Mann informiert und hat Material darüber. Trotzdem hat man ihn auf freien Fuß gesetzt. Trotzdem - oder gerade deshalb? - hat sich über Monate hinweg die Münchner CSU-Regierung vor ihren Sicherheitschef gestellt.

Dabei könnte bei genauem Aktenstudium im Münchner Innenministerium am Odeonsplatz und wohl auch in der Staatskanzlei längst die Erkenntnis gedämmert sein, was im Freistaat von Franz Josef Strauß ein Sicherheitschef alles tut, wenn der Tag lang ist.

Ein Beispiel: Unter dem Aktenzeichen »GR - I F - 479/77 geh.« schreibt am 30. November 1977 Dr. Langemann »Über den Herrn Amtschef dem Herrn Staatsminister - nur persönlich - vorgelegt« dem damaligen Innenminister Dr. Alfred Seidl einen Brief zum Thema »Internationaler Terrorismus; hier: Besondere Abwehrmaßnahmen«.

Vorausgegangen ist dem Brief - wie Langemann exakt festhält - schon ein mündlicher Vortrag beim Minister. Der Inhalt des 13-Seiten-Briefes kurz gefaßt: Eine ausländische Kontaktperson Langemanns mit dem Decknamen Paulus (»Petrus« hatten die beiden Christ-Sozialen Seidl und Langemann aus Pietätsgründen geändert), die schon für verschiedene US-Geheimdienste und auch den BND gearbeitet habe, mache einen Vorschlag, wie man dem internationalen Terrorismus begegnen könne. Es gebe da eine »regional auf Bagdad zu fixierende, zentrale Aktionseinheit«, die von neun Personen aus unterschiedlichen arabischen Ländern geleitet werde. Darunter Abu Daoud, ein Kuweiti, ein Libyer usw. Die Gruppe bediene sich der »Kommandos«. »Paulus« will nun in Erfahrung gebracht haben, was die Gruppe aus Bagdad alles plane. Darunter eine »Eleven-Strike«Operation in Europa. Geplant seien Flugzeuganschläge »namentlich gegen die Bundesrepublik Deutschland, Somalia, Jordanien und Ägypten«, aber auch »Terroranschläge in Serie gegen deutsche und österreichische Banken«, weiter »Terroranschläge mit dem Hauptziel der Liquidierung gegen deutsche Einzelpersonen aus Kapital, Gewerkschaft und Politik«. Dann nennt Langemann: den Bundespräsidenten (damals Scheel), den Bundeskanzler »insbesondere aber F. J. Strauß, selbst, der ehemalige Finanzminister Alex Moeller«. Auch seien Anschläge gegen deutsche Auslandsvertretungen geplant. Die zeitliche Planung für »Eleven-Strike« betrage zwei Jahre. »Paulus« schlägt vor, die »Aktions-Einheit« zu unterwandern. »Konspirative Penetrierung des Aktionskerns« traue sich der Gewährsmann von »Paulus« zu. Dazu brauche er etwa eine »taktische Zeit von neun Monaten«.

Zum Verfahren schlägt »Paulus« vor, »nur eine einzige deutsche Verbindung« zu seinem Gewährsmann zu installieren - was natürlich Langemann wäre - da »soweit der Themenkreis arabischer Terrorismus in Frage stehe, sowohl das Bundeskanzleramt wie auch das Bundesministerium des Innern durchlässig seien, worüber nur mündlicher Vortrag angezeigt ist«. (Bayerns Untersuchungsausschuß kann ja Herrn Ex-Minister Seidl mal fragen, was ihm Herr Langemann mündlich vorgetragen hat.) Und dann kommt »Paulus« über Langemann zum Knackpunkt: 5 bis 7 Millionen soll die Operation kosten. »Eine niedrigere Summe sei einfach unseriös und man brauche erst gar nicht anzufangen« zitiert Langemann seinen »Paulus«. Die finanzielle Größenordnung bezieht »Paulus« aus einer Information aus Somalia. Der somalische General Suleiman soll im Mogadischu-Fall von Bundesminister Wischnewski zehn Millionen Mark als Bestechungsgeld erhalten haben.

Der Mann, den Langemann erst »Petrus« und später »Paulus« nennt, den als »renommierten Publizisten aus Paris ägyptisch-jüdischer (!) Herkunft« seinem Minister vorführt, ist Simon Malley. Malley ist Herausgeber des Magazins »Afrique Asie«, das vornehmlich Dritte-Welt-Themen behandelt und die Tarnung für Malley's Agenten-Reisen bildet.

Das Geschäft gegen den Terrorismus, das Malley über Langemann den Bayern andiente, war auch für Malley nicht um Gottes Lohn. Im Herbst 1977 hat Langemann nach eigenen Angaben gegenüber Freunden seiner »Kontaktperson« Malley aus Steuergeldern immerhin 4.500 Mark bezahlt.

Ob diese Themen-Bandbreite von einem Landtags-Untersuchungsaussehuß in Bayern geprüft werden kann, muß man wohl bezweifeln. Ein solcher mag klären, ob Landesbankpräsident Dr. Ludwig Huber die Wahrheit sagte, als er seinen Umgang mit Langemann als »sehr formell« bezeichnete und dabei sowohl Besuche in der Privatwohnung von Langemann vergaß als auch gemeinsame Reisen. Im Spielbanken-Untersuchungsausschuß in den 50er Jahren in Bayern sind Politiker der damaligen »Bayern-Partei« wegen geringerer Unkorrektheiten ins Gefängnis gewandert.

Schon jetzt ist das Thema »Teheran« für die Münchner zu heikel. Schon jetzt hat sich das Bundeskanzleramt - Herr Ritzel - in München eingeschaltet, um die Geschäfte von Siemens und KWU mit den Persern zu retten. Wenn es um Millionen-Geschäfte geht, funktioniert die »Große Koalition« Schmidt / Strauß. Entgegen landläufiger Meinungen ging es beim Teheran-Komplex, wo Langemann, sein Ex-BND Agent »M.« und die Ex-BND-Agenten Bauer (Siemens) und von Loewenfeld (KWU) einen persischen Staatssekretär aus dem Iran holten, nicht nur um Bestechung. Es ging um wesentlich mehr. Nun will die KWU gerade jetzt mit den Persern wieder ins Geschäft kommen. Ist es wirklich ein bayerisches Thema, ob ein persischer Staatssekretär mit BND-Hilfe ausgeschleust wurde?

Und ist es wirklich noch ein bayerisches Thema, wenn Hans Langemann in seinem Bemühen, für seinen Ministerpräsidenten und CSU-Vorsitzenden Strauß das Thema Lockheed abzusichern, sich nicht nur der Falttage-Bücher im Entführungsfall Schleyer versichert, sondern auch die Abschriften der Video-Bänder mit den Schleyer-Vernehmungen durch das RAF-Kommando Siegfried Hausner ausschlachten konnte.

Zur Erklärung: Als Arbeitgeber-Präsident Hanns Martin Schleyer im Herbst 1977 entführt wurde, ist er vor seiner Ermordung durch die RAF offenbar wochenlang vernommen worden. Die Verhöre wurden teilweise auf Video-Film aufgenommen. Einige der Filme wurden der Bundesregierung und dem BKA zugespielt. Mit ihnen befaßte sich der sogenannte »Krisenstab« in Bonn, zu dem auch Strauß gehörte. Dort wurde letztlich über das Schicksal von Schleyer entschieden. Die RAF versuchte damals, Schleyers Wissen und Leben gegen die Freilassung der Häftlinge von Stammheim - Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan-Carl Raspe, Irmgard Moeller u.a. - einzutauschen. Das mißlang bekanntlich. Bonn opferte Schleyer, die GSG 9 befreite in Mogadischu die als Geiseln entführten Lufthansa-Passagiere und in der Nacht nach Mogadischu wurden in Stammheim Baader, Ensslin und Raspe tot, Irmgard Moeller schwer verletzt gefunden.

Damit war die Schleyer-Entführung aber nicht zu Ende. Die RAF verschickte Video-Kassetten mit Begleitbriefen an Polit- und Wirtschaftsprominenz in der Bundesrepublik. Das liest sich - in den KONKRET vorliegenden Langemann-Papieren - dann so:

»es ist für uns keine frage der moral, wenn wir bestimmten wünschen nachkommen, die der gefangene h.m. schleyer für den fall seiner exekution geäußert hatte. vielmehr gehen wir davon aus, daß der exekutierte unter seinesgleichen persönliche feinde besaß, die uns jetzt interessieren. mit größter aufmerksamkeit werden wir deshalb verfolgen, was SIE aus den beigefügten aussagen h.m. schleyers machen und dann entscheiden, ob wir IHNEN weitere bandkopien und -abschriften zustellen. identifikation: kassette

kommando siegfried hausner raf«

Und in den Kassetten kommt dann Hanns Martin Schleyer zu Wort. Posthum. Aus seinen »Vernehmungen« durch die RAF geht hervor, daß nicht nur Schleyer im Besitz von Belegen darüber war, wohin die Lockheed-Schmiergelder gegangen sind. Es wird auch klar, daß Dritte solche Belege besaßen, daß diese Erkenntnisse gehandelt wurden und wer diese Dokumente heute besitzt.

Die in den Langemann-Papieren enthaltenen Namen erhellen nicht nur die politische Szene nach dem Tod von Schleyer in der Bundesrepublik, sie machen auch deutlich, was Erpressung und Korruption in der Politik der Bundesrepublik bedeuten. Die Langemann-Papiere - sie lagen dem Nachrichtenhändler Ferenczy, dem BND und dem Münchner Innenministerium vor - enthalten nicht nur diese brisanten Namen, sondern auch Sachverhalte, die reif für den Staatsanwalt sind.

Ein Beispiel: Der sogenannte Selbstmord des Pegulan-Fabrikanten Fritz Ries - Kompagnon von Frau Strauß, Spezi von F. J. Strauß, Helmut Kohl und Schwiegervater von CDU-Biedenkopf - bedarf einer Untersuchung. Schleyer, mit dem Ries im Dritten Reich zusammen jüdische Betriebe »arisiert« hat, hat dazu auf den Video-Bändern Angaben gemacht. Auch über die Spendengelder der Wirtschaftsverbände für die einzelnen Parteien packte er aus.

Derlei Informationen können nicht, in einem Bonner Krisenstab durch die Solidarität der Demokraten unter den Teppich des Vergessens gekehrt werden. Sie können auch nicht im bayerischen Landtag durch die CSU vermauschelt werden. Sie gehören in einem - öffentlichen - Untersuchungsausschuß geklärt, den der Deutsche Bundestag zu installieren hat.

Das hat freilich Bayerns Innenminister Gerold Tandler nicht im Sinn gehabt, als er jüngst diese Forderung erhob. Tandler, den die Strauß-Regierung in der BND-Affäre Langemann mit dem Münchner Spezialteil als Ballast über Bord werfen will, hat wohl eher daran gedacht, einen Nebenkriegsschauplatz aufzumachen, um sich und Strauß zu entlasten. Es wird ihm nicht gelingen. Dafür steht noch zuviel in den Langemann-Papieren. KONKRET berichtet weiter.

Konkret 06/82, S. 48

Werner Heine

Laßt Euch den Ofen nicht klauen...

Ein Jahrhundert lang waren die Hochöfen des »Schalker Verein« Arbeit und Loben für die Kumpel. Jetzt ist der letzte Ofen explodiert und 900 Männer verlieren Ihren Arbeitsplatz

Der alte Mann kramt im Regal und legt eine Handvoll Bücher auf den Tisch. Die roten Einbanddeckel enthalten Ehrenurkunden. »Für 25-jährige Mitgliedschaft(k bedankt sich die SPD. Die Ehrung für 40 Jahre in der IG Metall hat noch Otto Brenner unterschrieben, beim 50. Jubiläum war es der Eugen Loderer. »Eine von Willy Brandt habe ich auch noch«, sagt Albert Kircher. Dann setzt er sich wieder und erzählt: »Gestern abend war ich in der Kneipe. Furchtbar. Die streiten sich. Da fragt einer den andern « warum trifft es mich und nicht dich?«

Albert Kircher wohnt in Bulmke-Hüllen, einem Stadtteil von Gelsenkirchen mit 29.000 Einwohnern. Wenn er das Stück Landgrafenstraße runtergeht bis zur Wanner Straße, steht er vor einem Zaun, der ein riesiges, ödes Industriegelände umschließt. Hinter Baumgruppen und alten Werkhallen ragen in der Ferne drei mit Aufbauten und Rohrleitungen bewehrte Türme empor - die Hochöfen der Thyssen Schalker Verein GmbH. Die beiden letzten sind seit Jahren kalte Ruinen, der erste in der Reihe, Ofen IV, ist dabei, eine zu werden.

Das für Ofen IV, den letzten Hochofen im Revier zwischen Duisburg und Dortmund, kam im Januar vom Aufsichtstat des Schalker Verein. Der Ofen, der bis dahin das flüssige Eisen für die Gießerei und Schlacke für die Mineratwolle-Produktion des Werks lieferte, hatte zuletzt Verluste gebrach - etwa fünf der 30 Millionen Mark, die der Schalker Verein den Thyssen-Konzern 1981 kostete - bei 300 Millionen Mark Umsatz. Jedenfalls hatte das die Geschäftsleitung den Betriebsräten vorgerechnet. Die Stillegung des Ofens trifft 900 der 2200 Menschen, die beim Schalker Verein arbeiten, unmittelbar - durch Entlassung. Etwa 150 von ihnen gehen vorzeitig in Rente, 450 werden in den Betrieben der Thyssen AG in Duisburg wieder unterkommen. Und 300 werden arbeitslos sein in einer Stadt, die mit 11,5 Prozent Arbeitslosen ohnehin schon hoch über dem Durchschnitt von 9,7 Prozent im Ruhrgebiet und 8,5 Prozent im Land Nordrhein-Westfalen liegt.

Die 900 Kündigungen, von denen rund 400 ausgesprochen sind - die letzten werden erst in drei Jahren erfolgt sein -, kamen nicht aus heiterem Himmel. Sie sind das Ergebnis von Verhandlungen zwischen Geschäftsführung und Betriebsrat, festgelegt im sogenannten Interessenausgleich, der nach dem Betriebsverfassungsgesetz stattfinden soll, wenn die Unternehmensleitung eine Betriebsänderung mit Nachteilen für die Beschäftigten Plant.

Das hatte Thyssen reichlich getan. Ende Januar letzten Jahres war der Ofen IV nach seiner Instandsetzung gerade wieder angeblasen worden, als schon das Gerücht durchs Werk lief: Der Ofen wird stillgelegt. Ende April bestätigte die Geschäftsleitung gegenüber dem Betriebsrat eine Zeitungsmeldung über die Stillegung. Die Kollegen im Betrieb und die Familien zu Hause begannen den Kampf um Ofen IV.

Alle Voraussetzungen schienen günstig. Der Schalker Verein hat als Unternehmen der Montanindustrie die paritätische Mitbestimmung im Aufsichtsrat. Auf der Arbeitnehmerbank sitzt dort, als der Kampf beginnt, der Gelsenkirchener Oberstadtdirektor Meya, SPD, dessen Partei auch den Oberbürgermeister Werner Kuhlmann stellt. Kuhlmann hat als ehemaliger Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei die allerbesten Verbindungen zur DGB-Spitze, zu Ministerpräsident Rau und zu Bundeskanzler Schmidt.

Die Repräsentanten der Gelsenkirchener CDU stehen ebenfalls hinter der Forderung des Betriebsrats, und wenn deren Verbindungen zu ihrer Parteispitze auch nicht so bedeutend sein mögen, so wissen sie sich doch einig mit einem Höheren: »Vor wenigen Tagen hat der Papst die Sozialbindung des Eigentums betont«, schreiben die CDU-Ortsvereine von Bulmke und Hüllen an den Thyssen-Konzern. Neben den Parteien macht die IG Metall mobil. 98 Prozent der Kollegen im Betrieb sind organisiert. Und dann sind da vor allem die Frauen von Bulmke-Hüllen, die sofort beschließen: Wir lassen unsere Männer nicht allein in diesem Kampf.

Gertrud Bischoff, 52, ist von Anfang an dabei. Ihr Mann Julius, 53, arbeitet seit 39 Jahren als Dreher im Werk. Sie weiß, daß sein Einkommen noch für eine Weile gesichert sein wird, weil er als Betriebsrat unkündbar ist. Aber was soll aus den anderen werden? Sie sagt: »Wenn man sich nicht wehrt, auch wenn's nichts nutzt, dann machen die da oben mit einem, was sie wollen.« Sie schließt sich der Frauengruppe an, die seit dem Sommer 1981 regelmäßig in der Gastwirtschaft Nachbarschulte in der Skagerrakstraße tagt.

»Das war schwer zu Anfang«, sagt sie. »Keine von uns war vorher mal auf der Straße zum Demonstrieren. Ich hatte solche Hemmungen.« Für's Demonstrieren hat Gertrud Bischoff Transparente gefertigt, und gegen die Hemmungen ist sie zur Volkshochschule gegangen. Dort hat sie mit anderen an einem Seminar über das Thema »Frauen können mehr« teilgenommen. Ende Juni, als der Aufsichtsrat tagte, stand sie dann mit 200 Frauen am Tor 1 in der Wanner Straße und sang: »Auf uns könnt ihr bauen, laßt euch den Ofen nicht klauen.«

Die Frauen verteilten Aufkleber und Protestplakate mit der Aufschrift »Thyssen Schalker Verein muß weiterleben« auf der Straße und in den Geschäften, bei Ärzten und in Kirchen. Pastor Dieter Heisig von der Pauluskirche in Bulmke organisierte noch im Sommer einen ökumenischen Straßengottesdienst. Seine Predigt handelte von der Klage des Propheten Micha über die Gewalttätigen und Verstockten: »Wehe denen, die Schaden zu tun trachten und gehen mit bösen Tücken um auf ihrem Lager, daß sie es früh, wenn's licht wird, vollbringen, weil sie die Macht haben. Sie reißen Äcker an sich und nehmen Häuser, welche sie gelüstet; also treiben sie Gewalt mit eines jeden Hause und eines jeden Erbe.« Für Pastor Heisig war das eine neue Erfahrung, »zu vermitteln, daß die Kirche auf der Seite der Schwächeren steht«.

Wer in diesem Konflikt am Ende die Schwächeren sein würden, begann sich abzuzeichnen. Oberstadtdirektor Meya legte sein Aufsichtsratsmandat nieder und nahm stattdessen lieber ein neues Mandat bei einer anderen Thyssen-Tochter an. Später sagte er, er habe an einer aussichtslosen Sache nicht auch noch mitwirken wollen.

Diese Freiheit hatten die Kumpels vom Werk nicht. Ihrem Betriebsrat wurde langsam klar, daß selbst die paritätische Mitbestimmung kein Garant für die Abwehr einer Unternehmerentscheidung ist. Denn das Kapital am Schalker Verein hält zu 100 Prozent die Thyssen Industrie AG in Essen. Deren Aufsichtsrat entscheidet nach dem Mitbestimmungsgesetz von 1976 mit der doppelten Stimme seines Vorsitzenden Dieter Spethmann. Und der ist im Hauptberuf Chef der Konzernmutter Thyssen AG und in der Lage, mit seinem Aufsichtsrat einen Aufsichtsratsbeschluß des Schalker Verein aufzuheben.

Dieser mußte aber erstmal richtig ausfallen, und dazu brauchten die Arbeiter aus Bulmke-Hüllen die Stimme des »neutralen Mannes«, des Wirtschaftsprüfers Willy Köppen aus Witten. So kam es, daß Köppen einen tausendfachen Weihnachtswunsch nach Hause geschickt bekam. »Ich bange um den Arbeitsplatz meines Mannes/Vaters beim Schalker Verein. Bitte denken Sie daran, daß das Schicksal unserer Familie auch in Ihrer Hand liegt«, stand auf den Karten aus Gelsenkirchen.

Am 13. Januar sollte dann die Entscheidung fallen. Am Abend zuvor versammelten sich Tausende zu einem Schweigemarsch, der mit einem Gottesdienst in der Pauluskirche begann. Dort saß OB Kuhlmann einträchtig mit Kommunisten auf der Kirchbank, als die erste Fackel für den Zug an den Altarkerzen entzündet wurde.

Früh am nächsten Morgen fuhren 60 Frauen mit ihren Kindern nach Essen, wo im obersten Stock des Thyssen-Hauses der Aufsichtsrat des Schalker Verein beriet. Hannelore Omay nahm ihren sechsjährigen Sohn mit. »Der spielte da an den Knöpfen beim Empfangspult rum. Aber die Pförtner haben nichts gesagt. Die hatten wohl Angst. Die hatten die Aufzüge gesperrt.« Beim stundenlangen Warten vor den Fahrstuhltüren sangen die Frauen »Keiner schiebt uns weg ... « und »Die Bosse wollen uns bescheißen, woll'n den Ofen IV abreißen, wir woll'n Antwort klipp und klar, heut und nicht im nächsten Jahr.« Hannelore Omay: »Wir haben gedacht, wenn wir kräftig singen, dann geht das denen auf die Nerven.«

Während die Frauen sangen, kreisten oben zwei Charterflugzeuge mit Spruchfahnen um das Hochhaus. »Wir wußten, eine Demonstration auf der Straße hätten die nicht bemerkt. Das hatten wir ja schon im Oktober gesehen, als wir mit 1500 Mann vom Werk nach Essen gefahren waren«, sagt der Betriebsratsvorsitzende Wirtz.

Schließlich kam der Aufsichtsratsvorsitzende Dr. Bartels zu den Frauen runter in die Halle hörte sich ihre Resolution an, bedankte sich artig und verschwand wieder. Die Frauen fuhren zurück zum Werktor 1. Dort hatten sich in der großen Werkhalle die Arbeiter versammelt, die Arbeit ruhte seit der Frühschicht. Die Männer und Frauen aus Bulmke-Hüllen warteten den ganzen Tag. Abends, kurz nach, sieben, gab IG-Metall-Sekretär Werner Schreiber mit dem Funkgerät aus Essen die Entscheidung durch - das Ende des Ofens.

»Das war tragisch«, berichtet Hannelore Omay, »die Männer haben geweint. Eine Frau aus unserer Gruppe, die immer mit ihren drei Kindern dabei war, ist fast zusammengebrochen. Die hat immer geschrien: Das dürfen die doch nicht machen!«

Aber die dürfen, auch wenn Werner Kuhlmann für den 26. Januar nochmal zu einer Großkundgebung auf dem Hauptmarkt aufruft, zwei Tage bevor der Spethmann-Aufsichtsrat zum letztenmal den Ofen IV auf der Tagesordnung hat, auch wenn inzwischen 20.000 Unterschriften und Solidaritätsadressen aus der ganzen Bundesrepublik gesammelt sind.

Am 27. Januar findet der Betriebsratsvorsitzende Hermann Wirtz spät abends, als er von Essen nach Hause kommt, unter der Tür durchgeschoben einen Brief des obersten Chefs Spethmann. Darin steht, was die Menschen in Bulmke-Hüllen seit dem »heute journal« aus dem Fernsehen wissen: Die Entscheidung wird nicht revidiert. Und nicht nur das. Wirtz und sein Betriebsrat sollen die »getroffene Entscheidung mittragen«, sonst bestehe die »große Gefahr«, daß »alle Arbeitsplätze des Schalker Verein in Gelsenkirchen verlorengehen«. Sie müssen auch noch nachtreten.

Der Kampf um den Ofen ist verloren, ein Sozialplan muß aufgestellt werden. Aber war es nur das? »Der Hochofen war ein gewisses Herzstück von uns«, sagt Albert Kircher, der Mann vom Jahrgang 1910.

Mit 14 Jahren hat er beim Schalker Verein angefangen. Der Handwerkerlohn lag damals bei 72 Pfennig die Stunde, ein Former in der Gießerei kam auf 1, 10 Mark. Sein Vater arbeitete im Werk wie alle Väter seiner Mitschüler in Hüllen. Weil der Vater alter Gewerkschafter war, bekam der Sohn zum Eintritt in sein Arbeitsleben das Gewerkschaftsbuch so

selbstverständlich mit »wie die Konfirmanden das Gesangbuch«. Und weil der Junge nun im Deutschen Metallarbeiterverband war, gab es bei der Einteilung durch den Vertrauensmann gleich Arbeit für eine Mark.

Vor 1933 war Albert Kircher Kommunist »wie alle hier«. Dann marschierte auch durch Hüllen ein SA-Sturm, aber der bestand nur aus 17 Mann. »Das war der Mittelstand, Gastwirte und Geschäftsleute gingen in die Partei.« Wer wie Kircher hart arbeitete, wurde politisch in Ruhe gelassen. Seine Frau Emmi suchte er sich in der Nachbarschaft. Das gab es nicht anders. »Wer von auswärts kam, konnte hier kein Mädchen freien.« Die beiden Söhne kamen 1935 und 1942. Albert, der ältere, ist schon seit vier Jahren tot, und Herbert ist jetzt auch schon 25 Jahre beim Schalker Verein, als Fräser.

1938 verbrannte der Vater im Werk. 1943 mußte Kircher in den Krieg, zur Marine. Als er aus der Gefangenschaft wiederkam, ist er gleich von Wattenscheid zu Fuß nach Hüllen. »Das war die Solidarität, wie man so sagt.« Die Häuser der Werksiedlung waren ebenso zerstört wie die Betriebe und Hochöfen auf dem Gelände. Emmi war evakuiert, »man stand wieder da«. In den Ruinen des Zementwerks, seiner alten Arbeitsstätte, traf er den jetzt ehemaligen SS-Mann Bogartz wieder. Der war nun Betriebsleiter.

1953 wurde Kircher in den Betriebsrat gewählt und dann immer wieder, bis zu seiner Pensionierung 1972. Wenn Albert Kircher sein Leben lang morgens zum Werk ging, »dann ging man zu Freunden«.

Wie Albert Kircher denken viele in Bulmke-Hüllen. Das Werk war nie nur Arbeitsplatz, eher ein Partner für's Leben. Die heute dort arbeiten, sind im statistischen Mittel 43 Jahre alt und 21 Jahre im Betrieb. Die Kapitaleigner seit der Gründung vor 110 Jahren kamen und gingen, der Name des Werks änderte sich immer wieder - aber doch nur der Vorname. Hintendran stand immer Schalker Verein. Es gab gute und schlechte Geschäftsjahre, einmal sogar eine Dividende von 50 Prozent. Ging es längere Zeit gut, folgte ein Krieg.

Aber wenn die Kinder Arbeit suchten, fand sich immer ein Platz. Heute werden noch insgesamt 120 Lehrlinge ausgebildet, keiner davon wird übernommen. Oder man heiratete in den Betrieb ein. Der Hildegard S. hatte der Vater immer eingeschärft: Such dir fürs Leben was Ordentliches. Da nahm sie einen vom Werk, und der Papa war stolz. Jetzt, nach einem Vierteljahrhundert, hat ihr Mann die Kündigung in der Tasche. Sie sagt: »Wenn das mein Vater noch erlebt hätte.« Hildegard S. fühlt sich jetzt alleingelassen.

»In Hüllen ist jetzt jeder dem andern sein Deubel«, sagt Gertrud Bischoff. Sie hat durch die Solidarität in der Frauengruppe neue Freundschaften gefunden. Aber die Solidarität in der Siedlung ist weg, seit die Geschäftsleitung die selektiert, die dableiben dürfen. Der Bauschlosser Walter Rechenhofen, 54, muß gehen. Er fängt demnächst in Duisburg an, den neuen Arbeitsplatz hat er schon besichtigt. Morgens um sechs muß er dort anfangen. Der Bus vom Werk geht um fünf Uhr. Wenn er den verpaßt, verliert er ein oder zwei Stunden, bis er mit öffentlichen Verkehrsmitteln in Duisburg ist. Das sind 13,50 Mark die Stunde, und darauf kann er weiß Gott nicht verzichten. Umziehen kommt nicht in Frage. Er kennt auch keinen Kollegen, der das wollte. In seinem Alter nochmal ganz neu anfangen? »Das dauert Jahre, bis man einen neuen Bekanntenkreis hat.«

Im Werk wird die Stimmung immer gespannter. Neulich mußte er in der Rohrgießerei aushelfen. Da haben die Kollegen ihn schief angeguckt, »als wollte ich ihnen die Arbeit wegnehmen«. Walter Rechenhofen weiß nicht einmal, wer nun schlechter dran ist - die, die gehen oder die, die bleiben. In seiner Halle, wo jetzt noch 30 Mann arbeiten, bleiben ganze fünf. Ob das von Dauer sein wird? Die Kollegen rechnen sich noch vier oder fünf Jahre aus. »Das war es«, sagt Walter Rechenhofen, »das Kapital hat gewonnen.«

Wird das politische Folgen haben? Er bekommt rote Flecken am Hals. »Ich bin Facharbeiter. Ich habe die SPD gewählt, seit ich wählen darf. Aber das ist nun vorbei. Das kann ich nicht mehr. Die sollen nicht in eine Regierung gehen, wo sie Gesetze machen, die sie nicht mehr verantworten können.« Was er bei der nächsten Wahl machen wird, weiß er noch nicht. Auf keinen Fall wählt er CDU oder FDP. »Ich bin nicht Unternehmer und nicht Mittelstand.«

Walter Rechenhofen hat alle Demonstrationen mitgemacht. Wie den meisten seiner Kollegen ist ihm nie der Gedanke gekommen, daß seine Bereitschaft, für den Arbeitsplatz zu kämpfen, denen da oben bei Thyssen nicht immer nur Ungelegenheiten brachte. Es hätte ja auch anders ausgehen können. Vielleicht hätte der Druck der Belegschaft sogar ausgereicht, die Regierenden in Bonn und Düsseldorf zur Bereitstellung öffentlicher Mittel für das Unternehmen zu zwingen. Wie war es denn 1980 gelaufen?

Damals kündigte Thyssen Investitionen für 200 Millionen Mark an, wenn 70 bis 80 Millionen Mark Steuergelder dazukämen - für eine Verlagerung des Gelsenkirchener Gußstahlwerks auf das Gelände des Schalker Verein. Die Subvention sollte - soweit waren die Verhandlungen bereits gediehen - aus dem Städtebauförderungsgesetz kommen. Weil der jetzige Standort des Stahlwerks dann in einen Grüngürtel verwandelt worden wäre. Es kamen dann aber nur 30 Millionen Mark zusammen, und Thyssen verlor kein Wort mehr über Investitionen.

Im Betriebsratsbüro und bei der Ortsverwaltung der IG Metall wundert man sich heute noch, warum wohl die erste Ankündigung der Ofenschließung im April 1981 genau eine Woche nach der Ankündigung neuer Produktionen und einer »geplanten« Aufstockung der Belegschaft um 800 Mann erfolgte. Hatte Thyssen das Spiel nur wiederholen wollen, oder sollten mit Zuckerbrot und Peitsche und der kalkulierbaren Kampfkraft der Kumpels öffentliche Gelder erst angelockt werden?

Wenn es um Tricks geht, trauen die Arbeiter vom Schalker Verein der Geschäftsleitung eine Menge zu. Der Interessenausgleich sah die Stillegung des Ofens für Mitte September dieses Jahres vor. Stattdessen kam in der Nacht zum 5. März, kurz vor dem Anstich, der große Knall. Der Donner einer schweren Explosion hallte durch das ganze Revier, noch in Bochum wachten die Leute auf. Eine Mauer unten im Ofen war geborsten, und 200 Tonnen glühendes Eisen und Koks waren in ein Kühlbecken geschossen. Der Ofen war zerstört.

Geschäftsleitung und Kripo erklärten umgehend, daß »Fremdverschulden« auszuschließen sei. Auch in Bulmke-Hüllen glaubt niemand ernsthaft an eine sabotierende Hand. Andererseits - war es nicht merkwürdig, daß niemand verletzt wurde, weil keiner in der Nähe war? War der Ofen nicht gut versichert gewesen, und hatte er nicht jeden Monat Verluste gemacht?

In Bulmke-Hüllen machte eine alte Geschichte erneut die Runde. Vor ein paar Jahren gab es im Schalker Verein den Direktor Meier. Der war felsenfest von der Wirtschaftlichkeit des Ofen IV überzeugt. Um das zu untermauern, sammelte der Direktor persönlich Unterlagen für eine Studie. Wochenlang kraxelte er auf dem Ofen rum. Eines Tages war er verschwunden, dann fanden sie seine Leiche im Ofengrund. Zwanzig Meter darüber ist eine enge, lange Scharte im Gemäuer. Da kann eigentlich niemand durchfallen, es sei denn... Nach dem 5. März hieß es: »Der Ingenieur Meier ist aufgestanden und hat gedroht.«

Der Sozialplan ist inzwischen in Kraft. Wer nach Duisburg geht, bekommt für zwei Jahre den alten Lohn garantiert. Bei vorzeitiger Pensionierung ab 56 Jahren gibt es eine Ausgleichszahlung bis an den letzten Nettolohn. Wer einfach nur die Kündigung hat, bekommt eine Abfindung, bei älteren Kollegen können das bis zu 40.000 Mark sein. Es hätte alles noch schlimmer kommen können.

Jetzt, wo nichts mehr zu kämpfen ist, bleibt die Angst vor der Zukunft und manchmal der Neid auf den, den es vielleicht nicht so schlimm getroffen hat. Aber das wird eines Tages auch nur Station auf dem Weg ihres Widerstands sein. Das, was Albert Kircher »unser Herzstück« nennt, wartet auf den Abbruch in ein, zwei Jahren.

Der Betriebsrat Achim Wagner ist neulich nochmal zum Ofen IV gegangen, ganz nahe ran. »Er ist noch warm«, sagt er, »ich habe an die Wand gespuckt. Er zischt noch .«

Konkret 06/82, S. 54

Gegendarstellung

Zu dem Artikel »Die neue Strauß-Affäre« in »Konkret« vom 25.3.1982

1. Unrichtig ist die Behauptung, ich sei »- neben Devisenschiebungen mit gefälschten Dollars -« in den Jahren 1971 und 1974 mit dem Handel von Rauschgift befaßt gewesen.

Richtig ist vielmehr, daß ich mit Derartigem mich zu keinem Zeitpunkt befaßt habe.

2. Unrichtig ist die Behauptung, daß ich mich u a. mit dem Handel von Embargogütern befaßt habe.

Richtig ist vielmehr, daß ich große wesentliche Firmen, z.B. Hersteller von Computern, Kraftfahrzeugen und Handelshäuser für Obst vertreten habe.

Rosenheim, den 9.4.1982

Simon Goldenberg

Anmerkung der Redaktion:

Gegendarstellungen müssen nach dem Hamburger Pressegesetz abgedruckt werden, wenn sie gewissen Formvorschriften genügen. Der Abdruck einer Gegendarstellung sagt somit nichts über ihren Wahrheitsgehalt aus.

Die Behauptungen von KONKRET (4182) aber Simon Goldenberg sind- und auch als solche unschwer zuerkennen - Zitate aus einem Brief, den am 8. Juli 1977 der Präsident des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz, Dr. Hans Ziegler, an den damaligen bayerischen Innenminister Dr. Alfred Seidl gerichtet hat. Simon Goldenberg taucht aber auch in anderen KONKRET vorliegenden Dokumenten im Zusammenhang mit Rauschgiftgeschäften auf. Wir werden sie zu gegebener Zeit veröffentlichen.

Interessant ist an der Gegendarstellung des Simon Goldenberg, was sie nicht enthält. Simon Goldenberg dementiert nicht, in Ostberlin Kontaktperson östlicher Nachrichtendienste gewesen zu sein. Er dementiert auch nicht seine Kontakte zu dem Ostberliner Schwarzhändler Herschel Libermann alias Wischnewski. Aus KONKRET vorliegenden Dokumenten aus dem Bayerischen Staatsministerium des Inneren geht ferner hervor, daß Goldenberg auch in der Bundesrepublik nachrichtendienstliche Kontakte hatte und dabei auch Informationen über Personen aus Ostberlin weitergegeben hat. Dieser Grenzgänger, seine Kontakte zu den Gebrüdern März aus Rosenheim und über diese zu Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß werden den Untersuchungsausschuß des Bayerischen Landtags beschäftigen. Ein Thema durchaus nicht nur am Rande könnte dann auch sein, warum der Herr Ministerpräsident Strauß bei Paris-Besuchen in einer Wohnung des Josef Goldenberg, Bruder von Simon Goldenberg, zu nächtigen pflegt.

Konkret 06/82, S. 55

Ulf Engberg

Konkret-Extra: Will Reagan den III-Weltkrieg

Siebenunddreißig Jahre »Frieden durch Abschreckung« sind genug; jetzt müssen die friedensverwöhnten West-Europäer mal wieder aufgeschreckt werden. Die Glaubwürdigkeit der »Gefahr aus dem Osten« könnte ja sonst dem Generationswechsel zum Opfer fallen. Damit die alte Gefahr auch der jungen Generation erhalten bleibt, läßt Ronald Reagan die Kalte-Kriegs-Politik der Fünfziger Jahre wieder aufleben. »Neo-Konservatismus« nennen das die einen, »Primitivismus« die anderen. Daß mehr dahintersteckt als ein erneuter Wiederbelebungsversuch alter Ängste, zeigt ein Vergleich programmatischer Äußerungen der Reagan-Administration mit geheimen Regierungsplänen aus der Zeit von 1945 bis 195 1. In den Regierungspapieren, die nach dreißigjähriger Sperrfrist jetzt der Geschichtsschreibung zugänglich sind, war von »Abschreckung« nie die Rede. Angriff mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln lautete die Parole der Roll-Back-Politik, denn: »Die Niederschlagung der Kräfte des sowjetisch gelenkten Weltkommunismus ist für die Vereinigten Staaten lebenswichtig. Dieses Ziel kann durch eine defensive Politik nicht erreicht werden.«
Revolutionäre Durchbrüche in der Waffentechnik geben den amerikanischen Militärs die Aussicht auf »offensive Politik«. In einer vergleichenden Analyse beschreibt Ulf Engberg, welche Bedeutung die »Revolution« in der Waffentechnik für die amerikanische Politik hat und welche Folgerungen sich aus dem Vergleich von damals und heute schließen lassen.

Wie viele tyrannische Regime sind denn überhaupt zusammengebrochen - wenn nicht durch Niederlagen im Krieg?

Eugene Rostow, Abrüstungs-Beauftragter des US-Präsidenten Ronald Reagan

Fragen wie diese machen Angst. Denn Tyrannei ist böse und jeder Mensch guten Willens hofft auf ihren Zusammenbruch. Wenn nun diese Hoffnung nur durch Krieg erfüllt werden kann... »Wir wollen das ganz gewiß nicht tun«, sagt Eugene Rostow. Warum dann die Frage?

Die Irritation ist allgemein. Millionen Demonstranten in Bonn, Rom, Paris, Brüssel und Amsterdam fühlen die Bedrohung die da aus Washington kommt. Sozialdemokratische und sozialistische Politiker sind verunsichert, versuchen Deutungen. Dann und wann fällt das Wort vom »Westernhelden« Reagan, vom »neo-konservativen Aufbruch« der USA ist die Rede, von »Kreuzzügen« für Gott und Amerikas Größe, vom letzten Stündlein des Weltkommunismus. Genaues weiß man nicht.

Sollte man aber. Anhand wenig bekannter und vergessener Zitate und Fakten zur politischen Gegenwart der USA und zu ihrer Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg kann belegt werden, daß und warum die »Führungsmacht des freien Westens« zum Krieg treibt.

Neo-konservativ - was ist das?

George F. Kennan, einst US-Botschafter in Moskau und einer der maßgeblichen Pioniere des Kalten Krieges, hat die mit Reagan an die Macht gekommene politische Strömung so charakterisiert:

Diese Neo-Konservativen waren einst in ihrer Mehrzahl Liberale, die eher dazu neigten, sich von den Ausbrüchen des amerikanischen Chauvinismus zu distanzieren. Seit dem Nahost-Krieg von 1973 jedoch haben sie sich aus Gründen, die ich nicht zu durchschauen vermag, in Fragen der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen zu fanatischen Falken entwickelt.

Daß Kennan die Gründe nicht durchschaut, liegt daran, daß er zwar den Zeitpunkt dieser Wandlung richtig angibt, nicht aber das Ereignis: 1973 ging der US-Krieg gegen Vietnam verloren, am 1. Mai 1974 zog der Vietkong in Saigon ein. Was solch ein Krieg für Gesellschaft und Wirtschaft der USA bedeuten mußte, analysierte 1969, auf seinem Höhepunkt, der Soziologie-Professor Jules Henry von der Universität St. Louis:

Damit ein Sozialsystem für den Krieg mobilisiert werden kann, was eine Mobilisierung zur Höchstleistung bedeutet, muß es strukturelle Formen haben, Institutionen, die sich, wenn nötig, schnell zu einem Kriegssystem zusammenfügen und integrieren lassen.

Die strukturelle Form, die ein Höchstmaß an Integration und Kriegsleistungsfähigkeit garantiert, ist der Konzern:

Die United States Steel Corporation, die (bereits) 1965 ein Viertel der gesamten Stahlproduktion in den USA erzeugte, ist ein integrativ strukturierter Konzern, der nicht nur zahlreiche stahlerzeugende und -verarbeitende Fabriken besitzt und betreibt, sondern auch Eisen- und Kohleminen, Kalksteinbrüche, Eisenbahnen, Hafenanlagen, Handelsschiffe und Frachter. In weitverzweigten Betrieben in den Vereinigten Staaten stellt sie Tausende von Produkten her, deren Sortiment von kaltgewalztem Stahl bis zu Fertighäusern, Zement, schweren Geschützen, Erzeugnissen der Atomenergie, Bestandteilen und Abschußrampen von Atomraketen, Panzerplatten usw. reicht. Ihre 18 Direktoren waren 1962 mit dem Management von

85 anderen Gesellschaften verbunden..., und diese Verschachtelungen umfaßten 20 Banken und Finanzinstitute, 10 Versicherungsgesellschaften und 54 Industrie- und Handelskonzerne.

Der Krieg in Vietnam hat diese Form der Konzentration verschärft und den Mittelstand, die mittleren und kleinen Unternehmen und Gewerbetreibenden, an den Rand des Ruins gebracht - und zugleich in einen existenziellen Konflikt mit sich selbst: Einerseits fühlte er sich von der Übermacht der Konzerne bedroht, andererseits war der Glaube an die *Freiheit der Konkurrenz,* die zu dieser Bedrohung führte, zugleich die ideologische Basis seines eigenen Geschäfts. In dieser Lage flüchtete sich der Mittelstand in ein *moralisches Konzept der Freiheit,* das sich nicht mehr an der sozialen und ökonomischen Wirklichkeit messen lassen mußte. Waren die tatsächlichen Feinde der wirklichen (materiellen, wirtschaftlichen) Freiheit unangreifbar, so bot die moralische Freiheit fast unbegrenzte Auswahl der Feinde: Der Staat (mit seiner Sozialpolitik, die so viel Steuern kostet), die Schwarzen, die Arbeitslosen, die Homosexuellen, die Linken, die Kommunisten.

Ronald Reagans politisches Programm - weniger Staat, mehr Rüstung - ist sozusagen der »psychosomatische« Ausdruck dieser Stimmung. Materiell läßt Reagan den Mittelstand immer weiter verkommen - Die Hochzinspolitik stärkt die sich aus Eigenkapital finanzierenden Monopole und treibt die mittleren und kleinen Unternehmen in die Unselbständigkeit oder in den Konkurs -, ideell befriedigt er alle seine Sehnsüchte: er läßt die faulen Nigger hungern und rüstet zum Kampf gegen den Erzfeind des American way of life. Norman Birnbaum, Wahlkampf-Berater Edward Kennedys und zeitweilig Mitglied des Nationalen Sicherheitsrats, definiert diesen »Neo-Konservatismus« als »strikten Primitivismus«:

Er sieht die Vereinigten Staaten als eine so makellose Gesellschaft, daß jede Kritik an ihnen eine Blasphemie von kosmischen Ausmaßen ist. Andererseits verkörpert der »Kommunismus« alles Übel in der Welt - einschließlich der derzeitigen Wellen kultureller Unruhen und sozialer Revolution. Konkret wird die Sowjetunion für negative Ereignisse überall verantwortlich gemacht (manchmal sogar für Entwicklungen in Amerika, die den Primitivisten abstoßend erscheinen).

Ronald Reagan, der Führer der Bewegung, schrieb 1978 einem jungen Landsmann, der von ihm wissen wollte, was es denn heiße, Amerikaner zu sein:

In unsere Hände hat Gott das Schicksal einer bedrängten Menschheit gelegt.

Und Richard V. Allen, Reagans Freund und Sicherheitsberater (bis herauskam, daß er schon für eintausend Dollar zu haben war), formulierte in seiner Münchner Dissertation:

Ob immer genug Platz auf der Welt sein wird für die beiden Systeme von Kapitalismus und Kommunismus, kann nur die Geschichte selbst entscheiden. Ernste Friedensangebote müssen ständig geprüft werden; aber »Frieden« auf der Basis des kommunistischen Wortverständnisses ist eine Unmöglichkeit.

Die Arbeit wurde von den Münchener Professoren als »zu apologetisch, zu vordergründig antimarxistisch und zu 'flott'« abgelehnt. In den USA hingegen dankte die republikanische Elite vor den Primitivisten ab. Beispielhaft der »intellektuelle« Henry Kissinger.

Wir wenden uns Ronald Reagan als dem Treuhänder unserer Hoffnungen zu.

Und so spricht der Treuhänder der amerikanischen Hoffnungen, der den US-Völkermord in Vietnam heute für eine »noble Sache« hält:

Auf alle Fragen gibt es einfache Antworten.

Im Mittelpunkt unserer Botschaft sollten fünf einfache, vertraute Worte stehen: Familie, Arbeit, Nachbarschaft, Freiheit, Frieden.

Können wir daran zweifeln, daß nur eine göttliche Vorsehung dieses Land, diese Insel der Freiheit, hierher gesetzt hat als eine Zufluchtstätte für alle diejenigen in der Welt, die sich danach sehnen, frei zu atmen?

Die Sowjets haben keine Moral, weil sie nicht an ein Leben nach dem Tod und nicht an Gott glauben.

Es gibt keinen Widerspruch (zwischen Politik und Religion). Ich meine, daß Regierungsgebäude etwas von der moralischen Kraft ausstrahlen sollten wie unsere Kathedralen und Kirchen, unsere Tempel.

»Selbst wenn man durch Ronald Reagans tiefste Gedankengänge watet, macht man sich nicht mal die Knöchel naß«, meinte Reagans Parteifreund Peter Behr aus Kalifornien. Doch in den Wellen einer stürmischen Religiosität gehen Kritikaster wie dieser schnell unter.

Gottes Volk

Die amerikanische Religion ist der Calvinismus, die Lehre des Reformators Johannes Calvin (1509 - 1564), deren Wirkungen Norman Birnbaum so beschreibt:

Amerika ist eine Nation, in der selbst Katholiken und Juden dazu angehalten wurden, wie Calvinisten zu denken und zu handeln. Unser Calvinismus ist, endlich!, schwächlicher geworden - aber er ist immer noch unser wichtigstes gemeinsames Kulturerbe, vielleicht unser einziges. Der amerikanische Calvinismus und die amerikanische Sentimentalität haben sich zu einer populären Gotteslehre verbunden, die unser grobschlächtiger Ersatz für eine Philosophie der Geschichte ist.

Calvinismus ist der Glaube, daß ein persönlicher Gott das Gute und das Böse auf dieser Welt vorherbestimmt hat. Die Guten, durch Gottes »Gnadenwahl« Ausgezeichneten, sind an ihrem Erfolg zu erkennen, die Bösen an ihrem Scheitern. Der ideologische Kern dieser Lehre, die die Menschheit in Gute und Böse einteilt, ist von gleicher Struktur wie die Rassentheorie des Faschismus. Das fiel zuerst dem vor Hitler in die USA emigrierten Soziologenteam des »Frankfurter Instituts für Sozialforschung« (Adorno, Horkheimer, Marcuse) auf, als sie die Anfälligkeit der US-Gesellschaft für den Faschismus untersuchten:

Doch gibt es Grund genug, unsere Ergebnisse über Religion, so spärlich sie auch sein mögen, sorgfältig zu prüfen, denn der erhebliche Anteil amtierender oder früherer Pfarrer an der Verbreitung faschistischer Propaganda in den USA und die unaufhörliche Verwendung von Religion als Propagandamittel läßt darauf schließen, daß der allgemeine Zug zu religiöser Indifferenz durchaus keinen Bruch zwischen religiöser Überzeugung und unserem Hauptproblem (Anfälligkeit für Faschismus) bewirkt hat.

So ist es mehr als ein Ausdruck von Geschichtslosigkeit, wenn der US-Präsident Ronald Reagan fünfunddreißig Jahre nach dem Tod jenes anderen Führers, der sich tausend Jahre lang täglich auf die »göttliche Vorsehung« berief, seine Nation wissen läßt:

Ich glaube seit langem, daß es einen göttlichen Plan gibt, der dieses Land einem Volk von besonderer Bestimmung überschrieben hat.

Und die Sowjets, die nach Reagans Urteil »lügen und betrügen«, »nicht an Gott glauben« und »zu jedem Verbrechen bereit« sind, gelten in dieser Weltsicht als die »ewig Verdammten«. US-Professor Jules Henry, dessen Spezialgebiet die Beziehung von Wahnsinn und allgemeinen gesellschaftlichen Bedingungen ist, hat die Kongruenz von faschistischer und calvinistisch-neokonservativer Ideologie eindringlich beschrieben:

Die Bedrohung durch das Böse lähmt das Denken, aber sie erzeugt auch einen sozialen Zusammenhalt..., und die Gruppe, die sich an der Macht befindet, behält sich das Recht vor, den Feind zu bestimmen. Diese Bestimmung wird dann zu einem Teil des Sozialsystems: die Kinder in der Volksschule erhalten Unterricht über den Widersacher,- die Massenmedien rufen seinen Namen mit der nötigen Vehemenz aus,- der Feind geht in das Rechtssystem ein und wird endlich auch der wirtschaftlichen Struktur einverleibt. Er nimmt den Charakter des Unentrinnbaren an, und der Zweifel an seiner Existenz zieht die uralten Sanktionen nach sich. In den Vereinigten Staaten heißt der Feind Kommunismus. Eingegangen in Volksschullesebücher und soziologische Abhandlungen, erstarrt in Entscheidungen des Obersten Bundesgerichts und Fahneneiden, obendrein noch gefestigt durch Handelsembargos gegenüber kommunistischen Ländern, hat das Schreckgespenst des Kommunismus die grundlegenden Eigenschaften des Aberglaubens eines primitiven Stammes. Mit der Wahnvorstellung der »kommunistischen Gefahr« wird die Grundtendenz des Menschen ausgenutzt, einen Teil des Universums als böse zu kennzeichnen, und zwar, um das amerikanische Volk kriegswillig zu machen.

Der gerechte Krieg

Gott ist mit uns gegen den Gottseibeiuns. Wann immer er in eine neue Schlacht gegen die Ungläubigen zieht, geht Ronald Reagan erstmal in die Knie:

Ich bekenne, daß ich mich ein wenig gescheut habe, das vorzuschlagen, was ich jetzt vorschlagen werde - aber ich scheue mich eher, es nicht vorzuschlagen: daß wir unseren Kreuzzug beginnen, gemeinsam vereint in einem kurzen stillen Gebet.

Das Wort (Crusade = Kreuzzug) ist gut gewählt. Es signalisiert in seiner sentimentalen Deutung die Befreiung heiliger Stätten von der Herrschaft ungläubiger Untermenschen, und bedeutet zugleich in seiner historischen Wirklichkeit, daß die hehren religiösen Ziele nur eine Camouflage für koloniale, imperiale Interessen sind. Reagans Kreuzzug soll den unschuldig unter der Knute des kommunistischen Systems darbenden Sowjetbürgern endlich die wahre Freiheit bringen - und die freien Waren, damit sie, wie der Präsident sagt, nicht mehr »in allen Restaurants das gleiche Menü« aufgezwungen bekommen, ihre Zähne nicht länger »nur mit einer Sorte Zahnpasta« bürsten und es sich gefallen lassen müssen, daß ein Regierungsmitglied ihren unschuldigen Kindern »bei der Schulabschlußfeier mitteilt, wo sie sich am nächsten Morgen zur Arbeit zu melden haben«. Denn Amerikaner sein heißt, nach Reagan, daß »wir im Kollektiv zu Hilfe kommen werden, wenn das Individuum und seine Unverletzlichkeit« oder »seine gottgegebenen Rechte verletzt werden«.

»Kriege«, so schrieb Ronald Reagan am Ende des Vietnam-Kriegs 1973 der Schülerin Carrie Palmer, hätten die USA stets nur geführt, »um anderen zu helfen, Schwächeren, deren Freiheit bedroht war«. Wer die Geschichte der amerikanischen Kolonial- und Imperial-Kriege von Wounded Knee bis Da Nang so wertet, wie empfänglich muß der für jene »Botschaft an

die amerikanische Regierung« sein, die der US-Stratege Keith Payne zusammen mit seinem Kollegen Colin S. Gray im Sommer 1980 in der angesehenen Zeitschrift »Foreign Policy« (Heft 39) unter dem Titel: »Victory is possible« publizieren durfte.

Ironischerweise ist es üblich geworden zu behaupten, daß Theorien, die davon ausgehen, daß der Krieg überlebt werden kann, politisch und moralisch unakzeptabel sind. Sicherlich kann es niemandem wohl bei der Behauptung sein, daß eine Strategie, die Millionen sowjetischer Bürgertöten würde und eine strategische Antwort herausforderte, die wiederum -zig Millionen amerikanischer Bürger das Leben kosten würde, politisch und moralisch akzeptabel sein soll. Es ist jedoch der Mühe wert, sich die sechs Richtlinien für die Anwendung von Gewalt in Erinnerung zu rufen, die die katholische Kirche in ihrer Doktrin vom »gerechten Krieg« bereitgestellt hat: Gewaltanwendung ist erlaubt, wenn es sich um eine gerechte Sache handelt; wenn eine gerechte Absicht zugrunde liegt; wenn eine reelle Erfolgschance besteht; wenn im Erfolgsfalle eine bessere Zukunft zu erwarten ist, als ohne Gewaltanwendung der Fall ewesen wäre; wenn das Ausmaß der Gewalt zu den erstrebten Zielen oder dem bekämpften Mißstand in einem angemessenen Verhältnis steht; und wenn mit der Entschlossenheit gekämpft wird, Zivilisten zu schonen, sofern eine vernünftige Chance dazu besteht. Diese Richtlinien beinhalten eine Botschaft für die amerikanische Politik.

Die Botschaft kam an. Bei seiner Anhörung vor dem außenpolitischen Ausschuß des Senats formulierte Reagans Außenminister Alexander Haig seine Version vom gerechten Krieg:

Und ich glaube, es ist höchst wichtig, daß wir unser Hauptaugenmerk immer darauf konzentrieren, welches die Lebensinteressen der Vereinigten Staaten und des amerikanischen Volkes sind. Wenn wir nur die Aufrechterhaltung des Friedens, so lebenswichtig diese ist, zum Grundsatz und zum Kern all unserer politischen Überlegungen machen, dann fürchte ich, daß wir damit Umstände herbeiführen könnten, die zur praktischen Folge haben müßten, zur Zerstörung eben dieses Zieles zu führen, das wir uns selbst gesteckt haben - nämlich des Friedens.

Warum sage ich das? Was ich Ihnen, Senator Baker, wirklich vermitteln wollte und was ich Ihnen gerne als Antwort geben will, ist, daß es Dinge gibt, für die wir Amerikaner bereit sein müssen zu kämpfen, es gibt Dinge, die es wert sind, für sie zu kämpfen. Das müssen wir begreifen.

Was ist nun diese »gerechte Sache«, was sind diese »Dinge«, für die die USA bereit sein müssen zu kämpfen? »Die Freiheit«, natürlich. Aber was für eine Freiheit? Darauf gab ein anderer Präsident der USA, der Vater des Kalten Krieges und politische Ahnherr der Reagan-Administration, Harry S. Truman, 1947 in einer Rede Auskunft:

Gerade heute konzentriert die Welt einen großen Teil ihrer Gedanken und Energien darauf, die Ziele Frieden und Freiheit zu erreichen. Diese Ziele sind in jeder Beziehung mit einem dritten verbunden - mit der Wiederherstellung des Welthandels. Tatsächlich sind diese drei - Frieden, Freiheit, Welthandel - nicht zu trennen.

Nun erfährt man auch, woher Alexander Haig seine Weisheit hat, denn Truman fährt fort:

Es gibt eine Sache, die von den Amerikanern sogar noch höher als der Frieden bewertet wird. Das ist die Freiheit. Glaubensfreiheit, Redefreiheit, unternehmerische Freiheit. Es muß etwas daran sein, daß die beiden ersten dieser Freiheiten mit der dritten verwandt sind.

Ronald Reagan selbst bezeugt, daß es jene Zeit des Kalten Krieges war, die sein politisches Weltbild geformt hat:

Ich war Präsident der Filmschauspieler-Gewerkschaft. Es gab eine Zeit, als die Kommunisten einen Streik anzettelten und versuchten, die Filmindustrie zum Zusammenbruch zu bringen oder sie wirtschaftlich zu kontrollieren. Wir Filmschauspieler standen an der Front, denn solange wir die Streikposten passieren und in die Studios gelangen konnten, konnte die Industrie weitermachen. Die Kommunisten bemühten sich sehr, uns an der Arbeit zu hindern. Uns wurde spät in der Nacht mitgeteilt, wann die Busse kommen würden, die uns zur Arbeit brachten.

Ich erinnere mich, daß ich eines Tages etwas zu spät zu meinem Bus kam - er stand in Flammen, man hatte eine Bombe hineingeworfen. Das war die Zeit des Kalten Krieges, der russischen Expansion. Es war also unausweichlich, daß ich mich mit der Außenpolitik und internationalen Angelegenheiten beschäftigte.

Damals, als Ronald Reagan die russische Expansion vor den Studios von Metro Goldwyn Meyer zum Halten brachte und sich dabei unausweichlich in internationale Angelegenheiten verstrickte, beschrieb ein gemäßigter Kritiker die innenpolitische Situation in den USA so:

Selbst die leiseste Andeutung, daß nicht jeder Russe ein Kannibale sei, reicht hier und heute aus, um sich eine Einkerkerung wegen subversiver Aktivitäten einzuhandeln.

Dahin will Ronald Reagan zurück. Zwei Nachrichten:

Reagans Wahlkampfmanager, Senator Paul Laxalt, machte den Vorschlag, die Bundeskriminalpolizei (FBI) zum Einschreiten gegen »Subversion« zu ermächtigen, die einfach nur als Opposition gegen amerikanische Außenpolitik definiert wurde.

Zu insgesamt sechzig Jahren Gefängnis sind acht Atomwaffengegner von einem Gericht in Norristown (Pennsylvania) verurteilt worden. Den Angeklagten, die einer religiösen Vereinigung angehören, wurde vorgeworfen, im September vorigen Jahres in einer Produktionsstätte für Atomraketen des General Electric-Konzerns gegen die Atomrüstung der USA protestiert zu haben.

Während westeuropäische Außenpolitiker und ihre Mitschreiber an Reagan, Haig und anderen Wortführern der US-Politik immer noch auf Kontinuität, Kooperation, Verhandlungswillen und Friedfertigkeit gerichtete Symptome zu entdecken glauben, macht ein schlichter Vergleich zwischen den Lieblingsfloskeln der Reagan-Crew und dem Vokabular des Kalten Krieges alles klar:

Die sowjetische Regierung muß ihre Anschauungen und ihre Politik ändern. Wenn nicht, dann wird zweifellos der Tag kommen, an dem diese Regierung von der Erdoberfläche verschwinden wird. Der Kreml muß sich entscheiden.

Nein, das war noch nicht Ronald Reagan, das war das Editorial eines Sonderhefts der Zeitschrift »Collier's« unter dem Titel »Der ungewollte Krieg«, vom 27. Oktober 195 1. Originalton Reagan am 12. Januar 1981:

Die Sowjetunion muß ihr Verhalten ändern. Die Russen dürfen nicht mehr wie bisher vorgehen.

Und ist dies nicht Originalton Alexander Haig vor dem Außenpolitischen Ausschuß des Senats, dem er erklärt, warum es Wichtigeres gibt, als im Frieden zu leben?

Wir müssen ohne Rückhalt den Weltfrieden als unser unleugbares Ziel proklamieren. Wir sollten uns friedenswillig zeigen und unsere Ansicht kundtun, jeden Preis, selbst den eines Krieges, zu zahlen, um eine Zusammenarbeit für den Frieden zu erzwingen.

In Wahrheit ist dies ein Zitat aus der Rede des damaligen Marineministers Matthews vom 25. August 1950, vierzehn Tage nachdem US-Präsident Harry S. Truman die See- und Luftstreitkräfte der Vereinigten Staaten in den Korea-Krieg geschickt hatte. Die Rede gipfelte bezeichnenderweise in der »stolzen und volkstümlichen« Aussage: »Wir würden die ersten Friedensaggressoren werden.« *Wir erfüllen nicht nur unser moralisches Recht, sondern unsere moralische Pflicht, wenn wir auf die Übernahme angemessener und erfreulicher Auffassungen vom internationalen Leben überall in der Welt hinarbeiten,*

heißt es in einem Memorandum des Nationalen Sicherheitsrats der USA vom 18. August 1948. Alexander Haig wiederum sagt, daß »die ganze Welt Sache der Nato ist« und:

Wir wollen eine Welt gestalten, in der die amerikanischen Werte sich frei entfalten können. Wir versuchen, eine Welt zu schaffen, in der die notwendigen und gewünschten Änderungen nach anerkannten Normen westlicher Zivilisation vollzogen werden.

Auch die Befreiung kommunistischer Staaten ist wieder Programm - wie einst im September 1949:

Bei dem Bestreben, die sowjetische Herrschaft in den Satellitenstaaten zu beseitigen, sind zwei grundsätzliche Vorgehensweisen denkbar. Die eine ist der Krieg; die andere sind Maßnahmen, die bis an die Schwelle eines Krieges heranreichen.

Das war das Memorandum No. 58 des Nationalen Sicherheitsrats. Und dies ist das Wahlprogramm von Ronald Reagans Republikanischer Partei, 1980:

Die Republikaner bieten ihre anhaltende Unterstützung auch dem kubanischen Volk und den gefangenen Völker in Mittel- und Osteuropa in ihrer Hoffnung auf Selbstbestimmung. Wir stehen ein für die Unabhängigkeit Jugoslawiens. Wir unterstützen die Selbstbestimmung und echte Unabhängigkeit der geknechteten jungen Staaten in Afrika und Lateinamerika, die von der wachsenden Herrschaft der Sowjetunion bedroht sind.

Als echt unabhängig und selbstbestimmt haben damals wie heute alle die Staaten zu gelten, die »Amerikas Interessen und Zielsetzung« dienen (Wahlprogramm der Republikaner). Denn - »von Gott gegebene Rechte des Individuums« hin oder her - schon vor dreißig Jahren gab der US-Außenminister James Francis Byrnes die Parole aus:

Was wir jetzt tun müssen, ist nicht, die Welt für die Demokratie, sondern für die Vereinigten Staaten sicher zu machen.

Und Reagans Partei erklärt, daß sie die Lektion behalten hat:

Wir werden zu dem grundlegenden Prinzip zurückkehren, wonach ein Freund als Freund behandelt wird und derjenige, der sich selbst zu unserm Feind erklärt, als Feind - ohne uns dafür zu entschuldigen.

Wie aber macht man die Welt für die Vereinigten Staaten sicherer? Wie beseitigt man die sowjetische Herrschaft in Osteuropa oder Kuba? Wie bekehrt man die Welt zu den erfreulichen Auffassungen und anerkannten Normen westlicher Zivilisation? Wie begegnet man der Sowjetunion? Im April 1950 riet der Nationale Sicherheitsrat der USA in seinem Memorandum No. 68:

Ohne eine überlegene Anhäufung militärischer Macht... ist eine Politik der Eindämmung, die in Wirklichkeit eine Politik kalkulierten und allmählichen Zwangs ist, nicht mehr als eine Politik des Bluffs.

Das Echo dazu von Alexander Haig, einunddreißig Jahre danach:

Ich hoffe sehr, daß ich neulich hier nicht den Eindruck erweckt habe, ich wolle eine wünschenswerte Überlegenheit in Mißkredit bringen und ich würde sie von mir weisen. Was ich zu erreichen versuchte, war vielmehr, Ihnen den Gedanken nahezubringen, daß wir gemeinsam mit unseren Verbündeten in dieser Triade (strategische Raketen, Mittelstreckenwaffen und taktische Atomwaffen) im weitesten Sinne dieses Begriffs 'unanfechtbar' überlegen sein müssen.

Die Mitglieder des Außenpolitischen Ausschusses des US-Senats sind schließlich nicht Abgeordnete des Bundestags, Delegierte des SPD-Parteitags oder vergleichbare Deppen, denen man das Märchen von der sowjetischen Überlegenheit und von der »Nachrüstung« zur »Wiederherstellung des Gleichgewichts« erzählen kann. Denn die wollten von Haig wissen, ob und mit welchem Erfolg im Zeitalter atomarer Massenvernichtungswaffen Krieg geführt werden kann. Auf solche Fragen antwortete der damalige UN-Delegierte und spätere US-Außenminister John Foster Dulles 1950: *Falls geschlußfolgert wird, daß wir es nicht wagen, eine Position zu beziehen, die auch dann einen Krieg riskiert, wenn unsere eigene Zitadelle der nordatlantischen und amerikanischen Region nicht direkt angegriffen wird, so werden die Katastrophen... nahezu mit Gewißheit eintreten.*

Heute darf Dulles in »Foreign Policy« wieder auferstehen. In ihrer »Botschaft an die Regierung« formulierten Colin S. Gray und Keith Payne:

Es ist unwahrscheinlich, daß ein Atomkrieg ein in sich sinnloses und unwahrscheinliches Ereignis darstellt. Vielmehr wird er wahrscheinlich geführt werden, um die Sowjetunion zur Aufgabe eines gerade erzielten Vorteils zu zwingen.

Und auch die atomare Zielplanung ist keine Erfindung von Gray und Payne:

Die furchterregendste Bedrohung für die Sowjetunion wäre die Zerstörung oder eine schwerwiegende Beeinträchtigung ihres politischen Systems... Wenn es gelänge, die Moskauer Bürokratie zu eliminieren, zu beschädigen oder zu isolieren, dann könnte die UdSSR sich in Anarchie auflösen... Eine kluge amerikanische Zielplanung und Waffenbeschaffung könnte in der Lage sein, der Sowjetunion diese Sicherheit eines politischen Überlebens streitig zu machen. Ist erst einmal die Zerstörung des Sowjetstaates als Kriegsziel festgelegt, so sollten die Verteidigungsexperten einen optimalen Zielplan zur Erreichung des Erstrebten aufstellen.

Auch das haben Reagans strategische Ahnen bereits im August 1948 in Angriff genommen, in der NSA-Direktive des Nationalen Sicherheitsrates vom 18. August:

Die Regierung sieht sich angesichts des politischen Krieges, der gegenwärtig im Gange ist, genötigt, bestimmte militärische Ziele in bezug auf Rußland schon jetzt, zur Friedenszeit, ins Auge zu fassen.

Noch früher, kurz nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges und drei Monate nach dem Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki, erhielt der US-Präsident am 3. November 1945 folgende »Empfehlung des Vereinigten Aufklärungskomitees«, die zugleich zwanzig Atombombenziele in der Sowjetunion benannte:

Sehr effektiv... wird die Vernichtung der wichtigsten Staats- und Verwaltungsämter und ihres Personals sein... Zu den wichtigsten Besonderheiten der Atomwaffen gehörtes, Menschenansammlungen vernichten zu können, und von dieser Besonderheit muß man zusammen mit ihren anderen Eigenschaften Gebrauch machen.

Natürlich sind das alles Erfindungen, denn Reagans Abrüstungs-Unterhändler Eugene Rostow wird doch ein Magazin wie den »Spiegel« nicht anlügen, dem er versicherte:

Niemand spricht von einem Einmarsch in die Sowjetunion oder von einer Vernichtung des Regimes. Die Sowjetunion kann das einfach gar nicht fürchten. Schließlich haben wir das nicht einmal 1945 in Erwägung gezogen, und der einzige, von dem ich weiß, daß er so etwas wollte, war Bertrand Russell, der englische Philosoph.

Demnach muß Russell Mitarbeiter jener Studie für die Vereinigten Stabschefs und für das US-Verteidigungsministerium vom 11. Juli 1949 gewesen sein, in der es hieß:

Der Plan für die strategische Luftoffensive... beinhaltet zwei unterschiedliche Phasen:

a) Eine erste Phase, bestehend aus einer Reihe von Angriffen, hauptsächlich mit Atombomben, auf 70 Zielgebiete (nach gegenwärtigen Plänen sollen diese von der strategischen Bomberflotte in ungefähr 30 Tagen ausgeführt sein).

b) Eine zweite Phase, die auf der Fortsetzung der anfänglichen Angriffe sowohl mit Atombomben als auch mit konventionellen Waffen beruht... Die erste atomare Offensive könnte bis zu 2.700.000 Tote und 4.000.000 Verletzte zur Folge haben, je nach Effektivität der sowjetischen Maßnahmen bei der passiven Verteidigung. Eine große Anzahl von Häusern würde zerstört werden, und die Wohnprobleme für den Rest der 28 Millionen Menschen in den Zielstädten wären maßlos schwierig.

Zusammenfassung. 18... Vom Standpunkt unserer nationalen Sicherheit sind die Vorzüge eines frühen Atomwaffeneinsatzes überragend.

Doch Eugene Rostow lügt nicht, denn das tut ein Mitglied oder Beauftragter der US-Regierung nun einmal nicht, und wenn er es doch tut, dann hat er dafür so gute Gründe, daß ihm trotzdem geglaubt werden muß. Und die amtlichen US-Lügen bestimmen dann jahrelang die öffentliche Diskussion - wie jene Falschmeldung, die die US-Regierung 1960 in die Presse lancierte und die zum Ausgangspunkt eines vielgelobten Buches unter dem Titel »Verteidigung oder Vergeltung - Ein deutscher Beitrag zum strategischen Problem der Nato« wurde.

Der Autor, ein Helmut Schmidt, Hamburg, schrieb darin:

Nach amerikanischen Pressemeldungen betrug die Zahl der einsatzfähigen ICBM (interkontinentalen Atomraketen) im Herbst 1960 zehn für die USA und 30 bis 50 für die Sowjetunion. Es wird nicht bezweifelt, daß die Sowjetunion um das Jahr 1963 über einsatzfähige interkontinentale Raketen in der Größenordnung von 500 Stück verfügen kann. Sie würde damit in die Lage versetzt sein, gegen die auf festen Basis gestützten nuklear-strategischen Streitkräfte der USA einen Überraschungsschlag von entscheidender Wirkung zu führen.

Die Wahrheit über die atomare Überlegenheit der Sowjetunion Anfang der sechziger Jahre enthüllte 1981 einer, der es wissen muß: Daniel Ellsberg, Mitarbeiter an den Operationsplänen für die strategische Kriegsführung unter vier US-Präsidenten, berichtete:

Die Russen verfügten damals in Wirklichkeit lediglich über vier Interkontinentalraketen... Vier Raketen von 1960 bis 1962- gegenüber unseren 3.000 Bombern, 40 Atlas-Raketen und Hunderten sonstiger Raketen hatten sie 190 Bombenflugzeuge. Noch 1961 hatten wir im Hinblick auf die strategische Schlagkraft so etwas wie das Monopol... A Is ich die Kriegspläne der USA im Jahre 1960 und 1961 zu Gesicht bekam, dachte ich, es handle sich in erster Linie um einen Vergeltungsplan. Aber da die Russen gar nicht in der Lage waren, uns zuerst anzugreifen, war es tatsächlich ein Plan zur Ausführung des ersten Schlags... Nach jenem Plan sollten nicht mehr wie noch 1955 mehrere zehn Millionen Menschen umgebracht werden, sondern allein in Rußland und China 325 Millionen Menschen ... Wie viele andere wurde ich belogen. Ich konnte mir einfach nicht vorstellen, daß wir eine solche Überlegenheit besaßen und daß wir tatsächlich mit dem Plan eines Präventivschlags arbeiteten.

Doch unangefochten setzen Ronald Reagan und die Seinen die Tradition dieser Politik fort und lassen ihren Abrüstungsbeauftragten die alten Lügen weiterspinnen. Eugene Rostow:

Nach meiner Meinung läßt sich die sowjetische Aufrüstung und das Muster der sowjetischen militärischen Präsenz und Aktivität nicht unter dem Gesichtspunkt der Verteidigung erklären. Sie leben keineswegs in einer krankhaften Angst davor, eingekreist zu sein... Sie haben mit uns doch seit dem Zweiten Weltkrieg zusammengelebt. Und dazu gehört schließlich auch jene Periode, in der wir über das Atommonopol verfügten. Sie haben uns möglicherweise für dumm gehalten, weil wir es nicht für politische Zwecke genutzt haben.

Wieder gelogen - Daniel Ellsberg, der zu jener Zeit mindestens so viel Einblick hatte wie Rostow, berichtet:

Die Situation schien relativ sicher zu sein - im Hinblick auf eine Invasion oder dergleichen, weil die Waffen nicht eingesetzt zu werden brauchten. Gleichzeitig haben wir jedoch mit ihrem Einsatz gedroht - nicht in Europa, außer in Berlin, sondern in anderen Gebieten, in denen wir wirkliche Kriege führten... Das war damals für die Öffentlichkeit stets ein Geheimnis... Die amerikanische Öffentlichkeit wäre überaus beunruhigt gewesen, hätte sie wirklich gewußt, was unsere Waffen wirklich bedeuten und was wir mit ihnen anstellen. Wir haben sie eingesetzt, nicht zur Abschreckung, sondern in der gleichen Weise wie eine Pistole eingesetzt wird, mit der einen jemand in einer dunklen Seitenstraße bedroht.

Eugene Rostow aber ist der Abrüstungsbeauftragte des US-Präsidenten Ronald Reagan, und er denkt wie der Sonderbeauftragte von Reagans Vorbild Truman, Clark M. Clifford, in einem Bericht über die »Amerikanische(n) Beziehungen zur Sowjetunion« riet er seinem Dienstherrn am 24. September 1946 unter dem Stempel »streng geheim«:

Um also unsere Stärke auf einem Niveau aufrechtzuerhalten, das die UdSSR zu zähmen vermag, müssen die USA auf einen atomaren und bakteriologischen Krieg vorbereitet sein... Jegliche Verhandlungen über Rüstungseinschränkungen sind langsam und vorsichtig zu führen, mit dem ständigen Gedanken daran, daß Vorschläge über das Verbot von Atomwaffen und von Langstrecken-Offensivwaffen die Stärke der USA erheblich einschränken würden.

Wenn nicht wörtlich so doch sinngemäß ist darin die Maxime formuliert, unter der die USA in Wien und Genf über Rüstungskontrolle und Abrüstung verhandeln. Zur Ernsthaftigkeit der Verhandlungen über Rüstungskontrolle hat ein Vorgänger Rostows, der ehemalige Chefunterhändler bei SALT I und heutige CIA-Direktor Gerard Smith, Erhellendes beigetragen:

Diese Erkenntnisse unserer Geheimdienste sind so gut, daß die sowjetischen Unterhändler nur noch zu nicken brauchen.

Warum kommen dennoch keine Vereinbarungen über Rüstungskontrolle zustande? Weil die Sowjets nicht wollen, daß die USA erfahren, was sie eh schon wissen? Smith klärt auf:

Ich halte es für unvorstellbar daß Washington einen Vertrag unterzeichnet, der im Gegenzug Tausenden von Sowjetinspektoren erlaubt, unsere Waffensysteme auszuforschen. So ein Abkommen würde nie durch den Senat gehen.

Daß die USA ihr Waffenarsenal nicht kontrollieren lassen wollen, hat einen guten Grund: Trotz allen Propagandageschreis sind die Amerikaner den Sowjets heute atomar so überlegen, wie sie es zu Ellsbergs Zeiten waren. Zwar scheint die Sowjetunion *quantitativ* aufgeholt zu haben, aber qualitativ hinkt sie um Jahre hinter den US-Amerikanern zurück - und der Abstand wird noch größer. Der saarländische SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine, Mitglied des Bundesvorstandes seiner Partei, über seine Gespräche mit US-amerikanischen Waffentechnikern:

Ich habe keinen getroffen, der bestreitet, daß die Amerikaner auf allen drei Ebenen der strategischen Waffen, bei Bombern, U-Booten und Raketen, technologisch deutlich führen... Die amerikanischen Fachleute gehen davon aus, daß der technologische Vorsprung der USA etwa zehn Jahre beträgt. Dabei führen sie insbesondere in der Technologie der U-Boote, der Satellitentechnik, der Computertechnologie und der Steuerung der nuklearen Sprengköpfe. Entscheidend ist, wie viele Sprengköpfe mit welcher Präzision und Zuverlässigkeit ins Ziel gebracht werden können. Da liegen die Amerikaner vorn, ganz weit vorn... Für mich ist technologisch schon die zehn Jahre alte (US-)Poseidon mit 14 Sprengköpfen besser als die SS 20.

Aber im Unterschied zu vergangenen Rüstungswettläufen (siehe Grafik S. 8) verlassen sich die US-Strategen diesmal nicht nur auf einen befristeten Qualitätsvorsprung von zehn Jahren. Ein »qualitativer Sprung« nach vorn - vergleichbar der Erfindung des Panzers - gibt ihnen die Aussicht, die Sowjets regelrecht abhängen zu können.

Der elektronische David

Als amerikanische Militärtechniker 1976 Gelegenheit hatten, ein Spitzenprodukt sowjetischer Rüstungstechnologie zu begutachten, entpuppte sich die in der westlichen Presse von den Sowjets undementiert zum »Wundervogel« hochgejubelte »MiG-25« (Nato-Bezeichung: »FOXBAT«) als technologischer Anachronismus. Der Abfangjäger des nach Japan desertierten sowjetischen Luftwaffen-Oberleutnants Victor I. Belenko war mit einer Elektronik aus Radioröhren ausgestattet. Diese Technologie der elektronischen Gründerzeit hatten die Amerikaner mit der Erfindung des Transistors im Jahre 1948 (!) bereits hinter sich gelassen.

Der »qualitative Sprung« aber, der die US-Strategen so zuversichtlich stimmt und der der Reagan-Administration den Glauben an eine erfolgreiche Wiederbelebung der »Roll-Back-Politik« der Fünfziger Jahre verleiht, wurde 1969 im Auftrag des japanischen Rechenmaschinen-Herstellers BUSICOM vollzogen. Die Japaner gaben bei der international führenden US-Elektronikfirma INTEL einen weiterentwickelten Schaltkreis für den kommerziellen Markt in Auftrag. INTEL entwickelte daraufhin den als Arbeitsplatz-Killer weltberühmt gewordenen *Mikroprozessor.*

Die herausragenden Eigenschaften dieses etwa 25 mm^2 großen Halbleiterplättchens sind sein Befehlsvorrat, die Anzahl der addressierbaren Speicherplätze und seine Operationsgeschwindigkeit. Diese Eigenschaften erlauben die Herstellung billiger Kleinstcomputer, die im Zusammenhang mit gleichfalls miniaturisierten Sensoren die Massenproduktion präzisionsgelenkter Waffen mit l00prozentiger Treffsicherheit ermöglichen. 1979, als die Leistung *eines* Mikroprozessors bereits der von 40.000 Transistoren entsprach, berichtete der Geheimdienst-Chef des Pentagon, General Eugene Tighe, einem Ausschuß des US-Kongresses:

Der entscheidende Rückstand der Sowjetunion liegt nach meinem Urteil auf dem Gebiet der Computerverkleinerung, der Fähigkeit also, eine große Menge komplizierter Kommando- und Steuerungseinrichtungen in das Gerät (gemeint ist eine Rakete; d.Red.) hineinzupacken. Sie verbrauchen ihre Schubkraft noch in beträchtlichem Maße für ihre ziemlich robuste Technologie der sechziger Jahre.

Was General Tighe vor den aufmerksamen Ohren der US-Senatoren mit »robuster Technologie der sechziger Jahre« umschrieb, ist die Transistor-Elektronik der sowjetischen Waffensysteme. Das Attribut der »Robustheit« gilt keineswegs, wie vielfach angenommen, einer verminderten Störanfälligkeit. Im »Taschenbuch der Landstreitkräfte«, einer von westlichen Militärs verwendeten Übersicht über die Armeen der Warschauer-Pakt-Staaten, heißt es dazu:

Die Entscheidung über den zukünftigen Wert der sowjetischen Luftverteidigung wird im Bereich der Elektronik fallen. Die Sowjetunion muß unter allen Umständen verhindern, daß der Vorsprung, den die Vereinigten Staaten und die NA - TO auf diesem Gebiet heute besitzen, noch größer wird. Gelingt dies nicht, sind alle anderen Anstrengungen vergeblich gewesen.

Während die sowjetischen Rüstungstechniker sich noch mit dem Problem der Miniaturisierung von Transistoren beschäftigen, sind ihre amerikanischen Kollegen dabei, einen Mikroprozessor entwickeln zu lassen, dessen Speicherkapazität der von 1.000.000 Transistoren sowjetischer Bauart entspricht.

Solche Qualitäts-Sprünge waren selbst den führenden US-Elektronik-Herstellern zuviel; aber nicht, weil sie technische Probleme befürchteten. Sie befürchteten durch den Rüstungsauftrag ihre ohnehin kleine Truppe an hochqualifizierten Spezialisten an ein Projekt ohne Folgeaufträge zu fesseln. Bei der rasanten Nachfrage auf dem zivilen Sektor hätte sie das den Anschluß an den hartumkämpften Markt gekostet. Einer ihrer Manager begründete die Ablehnung des Rüstungsauftrages in der Fachzeitschrift »Electronic Times« vom 14.12.1967 folgendermaßen:

Wir alle würden von den Zeilenabständen im Submikronbereich und größeren Speichern profitieren. Aber diese unglaublich komplizierten VHSI-Schaltkreise, die die Militärs wünschen, scheinen nirgendwo sonst gebraucht zu werden.

Die Absage ihrer Landsleute ließ die US-Strategen jedoch nicht aufgeben. Die Vision, den Atomkrieg wieder. führbar zu machen, trieb die eingefleischten Patrioten zur sonst so verhaßten japanischen Konkurrenz. Nun sollen die Opfer des ersten US-Atombombardements ihnen dabei helfen, das zweite Atombombardement zu veranstalten.

Die Vereinigten Staaten haben Japan um technologische Hilfe gebeten. Wie aus halboffzieller Quelle in Tokio bekannt wurde, wollen die USA Unterstützung im Bereich integrierter Schaltkreise zur militärischen Nutzung. Japan soll den Amerikanern danach die Produktionstechnik für gewisse elektronische Bauteile von Mikroprozessoren und integrierten Schaltkreisen hoher Kapazität liefern, die im Bereich der Luftabwehr, der U-Boot-Ortung sowie bei Raketen mit Laser- oder Infrarotsystem eingesetzt werden sollen.

Die in der »Frankfurter Rundschau« vom 6.7.1981 aufgezählten Verwendungsbereiche japanischer Technologie zählen lückenlos die bisherigen Schwachstellen auf. In seinem Jahresbericht schrieb das schwedische Friedensforschungs-Institut SIPRI schon 1976 über den »qualitativen Sprung« der amerikanischen Rüstungstechnolgie:

Die gleichen grundlegenden elektronischen Fortschritte haben auch die Bereitstellung eines globalen Positionssystems auf Satellitenbasis wahrscheinlich gemacht, das es einer Rakete gestatten würde, während des Fluges ihre Position mit einer Treffgenauigkeit von sieben bis zehn Metern irgendwo auf der Erdoberfläche selbst zu bestimmen, und zwar unabhängig von der relativen Position der Start- und Zielpunkte. Ein solches System, das bis 1980 fertiggestellt sein könnte, würde die Beförderung von Sprengköpfen über interkontinentale Entfernungen mit einer Treffgenauigkeit von zehn Metern ermöglichen.

Der Einsatz dieses Navigations-Systems aus 24 Satelliten mit dem Namen »NAVSTAR-GPS« (Navigation Satellite Time and Range, Global Positioning System) hat sich dank der Weigerung der US-Elektronik-Hersteller um fünf Jahre verzögert. Sobald es einsatzbereit ist, werden auch die bisher noch relativ ungenauen amerikanischen U-Boot-Raketen zum atomaren Erstschlag fähig sein. Die Sowjetunion hat dem nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen. Die Treff-Ungenauigkeit der mit Transistor-Elektronik ausgerüsteten einzeln lenkbaren Atomsprengköpfe der SS-18 von minimal 450 Metern reicht gerade aus, um großflächige Ziele wie Städte und Industrieansammlungen zu bedrohen. Selbst eine Steigerung der ohnehin schon gewaltigen Sprengkraft ihrer Atom-Ladungen würde den schwedischen Forschern zufolge die mangelnde Zielgenauigkeit nicht kompensieren können:

Die Leistungsanforderungen an eine für den COUNTERFORCE bestimmte Waffe, das heißt zur Zerstörung einer Rakete in einem verstärkten Betonsilo, sind ganz anders. Die Waffe muß eine sehr große Energiemenge gegen ein sehr kleines Ziel richten und daher sehr treffgenau sein. (..) Folglich hängt die Fähigkeit eines Sprengkopfes, ein Silo zu zerstören, sehr stark von der Genauigkeit ab, mit der er zu seinem Ziel befördert wurde. (..)Beispielsweise ist eine Waffe mit einer zehnmal größeren Sprengkraft als die eines Minuteman III-Gefechtskopfes bei gleicher Treffgenauigkeit fünfmal wirksamer bei der Zerstörung eines Silos. Aber eine Waffe mit der gleichen Sprengkraft wie ein Minuteman III-Gefechtskopf, jedoch einer zehnmal größeren Treffsicherheit, ist hundertmal so letal für ein Silo. Also ist die Treffgenauigkeit der Rakete, die die Sprengkraft befördert, in einem Atomarsenal für den COUNTERFORCE relevant und nicht ihre Größe.

Ja, aber, so sagen Skeptiker, was nützt die überwältigende Letalität (Vernichtungswahrscheinlichkeit) amerikanischer Waffen, solange die auf U-Booten stationierte Zweitschlag-Kapazität der Sowjetunion einen amerikanischen Erstschlag überlebt? Haben die sowjetischen U-Boote diese Überlebens-Chance wirklich? Die schwedischen Friedensforscher geben ihnen nur noch geringe Chancen-

Nach inoffiziellen Schätzungen könnten die Vereinigten Staaten unter günstigen Bedingungen bei Anwendung gegenwärtig verfügbarer U-Boot-Abwehrsysteme zur Gebietsverteidigung die meisten raketentragenden Unterseeboote der Sowjetunion auf Station oder während der Fahrt aufspüren und lokalisieren.

Diese Situation galt zu einer Zeit, als die in den Mikroprozessoren steckenden Möglichkeiten zur U-Boot-Abwehr noch das Stadium von Blaupausen hatten. SIPRI sah die weitere Entwicklung voraus:

Die großen Geldbeträge, die für die Forschung in der Kriegführung zur U-Boot-Abwehr ausgegeben werden, werden wahrscheinlich eventuell spektakuläre Ergebnisse erzielen. Unterseeboote mit Atomraketen, die gegenwärtig die unverwundbarste Komponente der strategischen Streitkräfte sind, könnten dann durch einen Massenangriff verwundbar werden.

Da amerikanischen Quellen zufolge die Sowjetunion normalerweise nur ein Siebtel ihrer strategischen U-Boot-Flotte (etwa zehn Boote) gleichzeitig auf See hat, war es keine übertriebene Behauptung, als der US-Marineexperte McGuire 1978 erklärte:

Die USA könnten, wenn sie wollten, alle U-Boote der Sowjets mit einem Schlag vernichten.

Ein Jahr später teilte auch SIPRI McGuires Ansicht:

Ein Erstschlag gegen sowjetische U-Boote könnte sogar attraktiver sein als sein schadenbegrenzender Schlag während des Verlaufs eines Nuklearkrieges.

Daß die Sowjets den Amerikanern auch auf diesem Gebiet nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen haben, bestätigt der ehemalige US-Zielplanungs-Fachmann Daniel Ellsberg:

Die russische Seite verfügt nicht über genügend Möglichkeiten der U-Boot-Abwehr, um eines dieser Unterseeboote vernichten zu können. (Gemeint sind die Zehn Polaris und die 31 Poseidon-Unterseeboote der USA, von denen fast 30, also drei Viertel, ständig auf See sind,- d. Red.)

Damit sind die seit 1945 gehegten atomaren Erstschlag-Pläne der US-Strategen einer erfolgreichen Realisierung so nahe wie nie zuvor. Warum erst jetzt und nicht schon zur Zeit des US-Atomwaffen-Monopols? Eine »Einschätzung der Auswirkungen der strategischen Luftoffensive auf die UdSSR« für die Vereinigten Stabs-Chefs und den Verteidigungsminister vom 11.5.1949 nennt die Gründe:

Der atomare Angriff an sich würde keine Kapitulation(!) nach sich ziehen, die Wurzeln des Kommunismus nicht zerstören oder die Macht der sowjetischen Führer, das Volk zu beherrschen, nicht ernsthaft schwächen. Bei der Mehrheit des sowjetischen Volkes würde atomares Bombardement die sowjetische Propaganda gegen fremde Mächte bestätigen und eine ablehnende Haltung gegenüber den Vereinigten Staaten hervorrufen, ferner diese Menschen vereinen und ihren Kampfeswillen stärken. (..) Die Fähigkeit der sowjetischen Streitkräfte, rasch in bestimmte Gebiete Westeuropas, des Mittleren und Fernen Ostens vorzustoßen, würde nicht ernsthaft beeinträchtigt werden; (..) Atomares Bombardement würde jedem Gegner freie Hand geben, seinerseits jede mögliche Massenvernichtungswaffe zu gebrauchen, und daher zu jenem Höchstmaß an Vergeltungsmaßnahmen führen, das mit den sowjetischen Möglichkeiten zu erreichen ist.

Die Möglichkeiten der Sowjetunion sollten sich gut drei Monate später durch die Zündung ihrer ersten Atombombe noch erheblich verbessern. Und als sie im Jahre 1957 nicht nur bei der Wasserstoff-Bombe (1954) gleichgezogen hatte, sondern auch über die notwendigen Transportmittel wie Langstreckenbomber und Interkontinental-Raketen verfügte, schrieb Henry Kissinger in dem Werk »Kernwaffen und auswärtige Politik«, das ihm Weltruhm einbringen sollte:

Angesichts der Tatsache, daß beide Seiten imstande sind, sich vernichtende Schläge zuzufügen, scheint der Krieg keine vernünftige Handlungsweise mehr darzustellen.

Doch ein Intellektueller wie Henry Kissinger weiß sehr wohl einen Unterschied darin zu finden, was politische Vernunft zu sein *scheint* und was politische Vernunft *ist.*

Da eine Diplomatie, die nicht mit einem überzeugenden Einsatz von Gewalt zusammengeht, ohnmächtig ist, muß es die Aufgabe unserer Militärpolitik sein, die Lehre und die Fähigkeit des abgestuften *Gebrauchs der Gewalt zu entwickeln.*

Mit anderen Worten: Wenn die Logik der Gewalt versagt, wird nach Kissinger nicht die *Gewalt,* sondern die *Logik* ad absurdum geführt. Was soll an ihre Stelle treten?

Kriegslogik im Atomzeitalter:

In einer amerikanischen Studie für den Generalstab des Heeres vom 16.12.1948 wird das »Grundmuster des Krieges im Atomzeitalter« wie folgt definiert*

Der Zweck militärischer Gewalt im Kriege ist es nicht, *den Widerstandswillen des Gegners zu zerstören.* Vielmehr ist es das Ziel, im Kopfe des Gegners den Gedanken entstehen zu lassen, daß er die Bedingungen akzeptieren wird, die die Alliierten vorschlagen.

Der Vorteil des Atomkrieges gegenüber den zeit- und materialaufwendigen Bemühungen konventioneller Kriege, den »Widerstandswillen des Gegners zu zerstören«, besteht gerade darin, daß die Atomwaffe die Möglichkeit bietet, das angestrebte »Ziel« des Krieges mit einem Schlag zu erreichen. Als die Sowjetunion im Jahre 1972 auch in der Technologie der Mehrfachsprengköpfe gleichgezogen hatte, war die Erpressung mit dem Atomschlag nicht mehr praktizierbar, da sie den Selbstmord eingeschlossen hätte. Dieses Resultat des Wettrüstens war mit einer Diplomatie, die zur Durchsetzung ihrer imperialistischen Zielsetzungen auf einen »überzeugenden Einsatz von Gewalt« angewiesen ist, logisch unverträglich.

Ein Zustand der Parität oder ein im wesentlichen ausgewogenes Kräfteverhältnis ist wegen der einer solchen strategischen Situation innewohnenden Selbst-Abschreckung unverträglich mit ausgedehnteren (!) Abschreckungspflichten.

Die »ausgedehnteren Abschreckungspflichten«, von denen die Autoren der Studie »Sieg ist möglich« sprechen, wurden zuerst in Korea und dann in Vietnam wahrgenommen. Beide Male hatte der mit »konventionellen« Mitteln geführte Krieg nicht den gewünschten »ausgedehnteren« Abschreckungs-Effekt. Die Kriege ließen in den Köpfen der ehemaligen kolonialen Hilfsvölker der europäischen Großmächte nicht den Gedanken entstehen, die Bedingungen zu akzeptieren, die ihnen die neue Großmacht USA zur Fristung ihrer Elendsexistenz läßt. Ganz im Gegenteil; ermutigt durch den Widerstandswillen der beiden asiatischen Völker leisten auch sie Widerstand.

Der »Menschenrechts«-Politiker Jimmy Carter umschrieb das Problem amerikanischer Politik vor der versammelten US-Wirtschafts-Elite am 12.12.1979 in folgenden Worten:

... es *gibt Gründe zur Beunruhigung hinsichtlich unserer Fähigkeit, unseren wohltuenden und friedlichen Einfluß aufrechtzuerhalten.*

Denn, das wußte schon der »kalte Krieger« Harry S. Truman,

Das Geschäft geht schlecht, wenn die Märkte klein sind. Das Geschäft geht gut, wenn die Märkte groß sind...

Damit die Märkte wieder größer werden, muß der logische Widerspruch zwischen atomarer Abschreckung und atomarer Anwendung gelöst werden. Wie das?

Auch US-Strategen sind mit den Regeln dialektischer Logik vertraut. Ihre Lösung des Widerspruchs lautet: Abschreckung und Anwendung müssen *dasselbe* sein!

Die neuen, von Mikroprozessoren gelenkten US-Präzisionswaffen erfüllen präzise diese Forderung dialektischer Logik. Ihre abschreckende Wirkung besteht in ihrer demonstrativen Anwendung. Während herkömmliche Atomwaffen mit der Verwüstung ganzer Landstriche drohen müssen, um »im Kopfe des Gegners den Gedanken entstehen zu lassen, daß er die Bedingungen akzeptieren wird, die die Alliierten vorschlagen«, treffen die neuen US-Präzisionswaffen die Köpfe ihrer Gegner direkt. Unmittelbarer ist »Abschreckung« nicht zu haben. Die Logik dieser Strategie des »selektiven Schlages« besteht darin, daß die Masse der Überlebenden angesichts solcher Treffsicherheit an der Wirksamkeit des Schutzes durch ihren politischen Souverän zu zweifeln beginnt und ihn zwingt, die Bedingungen zu akzeptieren, die die USA vorschlagen; andernfalls drohen auch ihr vernichtende Schläge.

Da die Umrüstung auf die neuen Waffen interkontinentaler Reichweite für den großen Entwaffnungsschlag noch etwa zehn Jahre in Anspruch nehmen wird, soll zunächst einmal in Europa mit den preiswerten und kurzfristig verfügbaren neuen »Nachrüstungs-Waffen« »Pershing II« und »Cruise Missile « die Reaktion der Sowjetunion auf die neue US-Abschreckungs-Strategie getestet werden. Am 26. Mai 1981 versuchte der Lehrer und SPD-Abgeordnete Karl-Heinz Hansen dem Bundestag die Dialektik der »Nachrüstung« zu erklären:

Plausibel wird das Beharren der Reagan Regierung auf der Stationierung amerikanischer Raketen in Europa erst im Licht einer neuen Gesamtstrategie. Neben der geplanten Einführung der MX-Rakete, einer Erstschlagswaffe, ist die Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenwaffen in Europa ein wesentliches Element dieser veränderten Strategie. Die neuen Waffen erreichen die Sowjetunion in fünf bis sieben Minuten und können auch unterirdische Bunker fast punktgenau treffen. Sie sollen auf politische und militärische Lenkungszentren in der Sowjetunion gerichtet werden. Das macht sie zu Erpressungswaffen, die das Ganze der Abschreckung durchbrechen.

Die Aufstellung dieser Waffen bedeutet die Abkehr von der bisherigen Strategie der Kriegsverhütung. Sie sind Teil des neuen Konzepts einer Strategie, die nicht nur einen Krieg mit Atomwaffen für denkbar und damit auch führbar hält; eine solche Kriegsführungsstrategie nimmt Europa zur Geisel gegenüber der Sowjetunion, um den USA mehr Handlungsfreiheit in der übrigen Welt zu verschaffen, d. h. Vorteile im sich verschärfenden und militärisch abgesicherten weltweiten Handels- und Rohstoffkrieg.

Ob die Sowjetführer die Stationierung auch akzeptieren, weil sie ihren »Widerstandswillen« durch die US-Präzisionswaffen *ideell* nicht zerstört wähnen, muß bezweifelt werden. Im Gegensatz zur SPD dürften sie zumindest in diesem Fall den Standpunkt des dialektischen Materialismus einnehmen. Was nützt der »Widerstandswillen«, wenn ich der Mittel zu seiner praktischen Durchsetzung beraubt bin. Um die Köpfe der sowjetischen Führung von diesem philosophischen Standpunkt abzuhalten, schlugen die Verfasser der US-Studie über »Das Grundmuster eines Krieges im Atomzeitalter« folgende Methode vor.

Die Alliierten sollten die These entwickeln und unter Beweis stellen (!), daß der Ostblock militärisch nicht gewinnen kann und daß die alliierten Waffen human angewendet werden gegen zentrale militärische Ziele.

Daß die Anwendung amerikanischer Atomwaffen »human« ist, wird den Sowjetführern ihr Gesprächspartner bei den »START«*-Verhandlungen, Eugene Rostow, bestätigen:

Japan hat schließlich nicht nur überlebt, sondern ist auch nach dem Atomangriff erst richtig aufgeblüht.

Bevor die Amerikaner damit starten, die Wirtschaft der Sowjetunion richtig aufblühen zu lassen, bedarf es noch einer erfolgreichen Zusammenarbeit japanischer Techniker mit amerikanischen Militärs. Erst muß folgende Voraussetzung der Studie »Sieg ist möglich« erfüllt sein:

Kleine, vorhergeplante Schläge können nur dann sinnvoll sein, wenn die Vereinigten Staaten die strategische Überlegenheit besitzen - die Fähigkeit, einen Atomkrieg auf jeder Stufe (!) der Gewaltanwendung mit einer reellen Aussicht darauf zuführen, daß die Sowjetunion besiegt wird und daß die USA selbst sich soweit erholen können, daß eine zufriedenstellende Nachkriegs-Weltordnung sichergestellt werden kann.

Dazu noch einmal US-Außenminister Haig vor dem US-Senat:

... Ich hoffe sehr, daß ich neulich hier nicht den Eindruck erweckt habe, ich wolle eine wünschenswerte Überlegenheit in Mißkredit bringen und ich würde sie von mir weisen. Was ich zu erreichen suchte, war vielmehr, Ihnen den Gedanken nahezubringen, daß wir gemeinsam mit unseren Verbündeten innerhalb dieser Triade (strategische Raketen, Mittelstrecken-Raketen und taktische Atomwaffen, d. Red.) im weitesten Sinne dieses Begriffes unanfechtbar überlegen sein müssen.

Damit der Eindruck, den Alexander Haig bei den US-Senatoren erwecken wollte, ihn einer friedliebenden Öffentlichkeit gegenüber nicht in Mißkredit bringt, halten sich die Reagan-Administration und die mit ihr Verbündeten an die altbewährte Empfehlung des Nationalen Sicherheitsrates aus dem Memorandum No. 68 vom 14.4.1950:

Man muß natürlich berücksichtigen, daß jede Ankündigung des vorgeschlagenen politischen Kurses von der Sowjetunion für ihre Friedenskampagne ausgebeutet werden könnte und in gewissen Teilen der freien Welt solange gegenteilige psychologische Wirkungen zeigen würde, bis der notwendige Ausbau der eigenen Kräfte erreicht ist. Daher sollte bei jeglicher Bekanntgabe der Politik und der Art der in Angriff genommenen Maßnahmen der grundsätzlich defensive Charakter betont werden und sollte Sorge dafür getragen werden, so weit wie möglich unerwünschte Reaktionen des In- und Auslandes zurückzuhalten.

Welch günstige Fügung des Schicksals, daß die Sowjetunion gerade dabei war, ihre veralteten, weil immer noch mit Flüssigbrennstoff betriebenen Mittelstrecken-Raketen »SS-4« und »SS-5« nach siebzehnjähriger Dienstzeit auszumustern, um sie durch das mit Festbrennstoff gefüllte und daher zuverlässigere Nachfolgemodell »SS-20« zu ersetzen. Diese Modernisierung bot einen willkommenen Anlaß, der lange vorher beschlossenen Einführung der neuen NATO-Mittelstreckenraketen den gewünschten »grundsätzlich defensiven Charakter« zu verleihen und die öffentliche Diskussion bis zur Einführung der Waffen auf das weite Feld einer Gleichgewichts-Debatte zu lenken.

Die SPD-Führung durfte ihren intakt gebliebenen »Widerstandswillen« in der »Null-Lösung« artikulieren, ohne daß jemand die doppelte Bedeutung dieses Begriffs stutzig machte. Die Reagan-Administration erkannte zwar den darin verborgenen Gedanken an, daß ein vollständiger Abbau der sowjetische Mittelstrecken-Raketen die Bundesrepublik aus dem geplanten atomaren showdown der Amerikaner heraushalten würde; sie wußte aber auch, daß die Sowjetunion sich diesen letzten Trumpf nicht nehmen lassen würde. Umso besser; ihre Ablehnung der »Null-Lösung« wäre ein weiteres Argument für das sowjetische Streben nach Überlegenheit, während die Reagan-Administration in der Öffentlichkeit als Mitglied der Friedensbewegung dastehen würde.

Solange die USA das (für den Entwaffnungsschlag) erforderliche Potential aufbauen, ist es das Ziel, so der US-Abrüstungsbeauftragte Paul Nitze, »dem Gegner Dreck in die Augen zu werfen«. Ist das Ziel erreicht, kann sich die Prophezeiung von SIPRI aus dem Jahre 1976 erfüllen:

Wenn eine Macht eine Chance zum Sieg wahrnimmt, dann besteht das Risiko, daß sie sich für das Zuschlagen entscheidet, solange sie im Vorteil ist.

James Schlesinger, Ex-Chef der US-Atomenergiebehörde, Ex-Chef des CIA, Ex-Verteidigungs- und Ex-Energieminister, war bereits 1975 in seiner Eigenschaft als Verteidigungsminister und Verkünder der Strategie des »selektiven« Schlages der Ansicht:

Wir wären Narren, unseren technischen Vorsprung nicht konsequent auszunutzen. Für den Abrüstungsexperten Eugene Rostow steht jetzt schon fest:

Wir leben in einer Vorkriegsära, nicht in einer Nachkriegszeit.

Und mit dieser Ansicht steht Mr. Rostow in den USA nicht allein da.

Das Leben danach

Nach der geltenden Doktrin wird in einem totalen Atomkrieg diejenige Macht schließlich siegen, der es am schnellsten gelingt, wieder zum gewohnten Alltag überzugehen. In der März-Ausgabe der US-Zeitschrift »Esquire« berichtet Ed Zuckermann, daß die mit der Planung dieses Übergangs befaßte Bundesbehörde FEMA (Federal Emergency Management Agency) in den letzten zwanzig Jahren alle überlebenswichtigen Infra-Strukturdaten zusammengetragen hat. Erfaßt sind zwei Millionen Objekte wie: Firmen, Militäranlagen, Bevölkerungszentren, Farmen, Staudämme, Bergwerke, Banken, Fernsehstationen und andere, die für die Organisation eines Gemeinwesens kapitalistischer Prägung notwendig sind.

Jedes Objekt ist hinsichtlich seiner Dimensionen und seines »Verwundbarkeits-Faktors« elektronisch erfaßt. Ein Computer-Programm namens »REACT« soll die Zerstörung der wirtschaftlichen Infrastruktur abschätzen und schnelle Antwort über den aktuellen Stand der intaktgebliebenen Produktionsmittel geben. Angeschlossen an das US-Frühwarnsystem, das ihnen die Zieldaten mitteilt, errechnen die FEMA-Computer die für die »Nachkriegszeit« verbleibenden Ressourcen noch während des Anfluges der sowjetischen Gefechtsköpfe. William Baird, stellvertretender Direktor der FEMA, äußert über Leute, die den Atomkrieg mit dem Untergang der Menschheit gleichsetzen:

Ich bin der Ansicht, diese Leute sind falsch informiert. Sie unterschlagen, daß nach den Gesetzen der Statistik eine wesentliche Anzahl von Menschen überleben wird.

FEMA schätzt die Anzahl der Überlebenden bei einem großangelegten Atomkrieg auf 93 Millionen Amerikaner, wobei 32 Millionen Verletzte sind. Bei rechtzeitiger Evakuierung sollen es 174 von 230 Millionen sein. Für die Überlebenden hält FEMA neben den sechzig anderen, über das ganze Land verteilten »strategisch wichtigen Materialien«, wie Aluminium und Zinn, zur Zeit 32 Tonnen Opium bereit. Angestrebtes Ziel sind 58,5 Tonnen.

Die Pläne für das Überleben der amerikanischen Gesellschaft gründen auf die von Richard Nixon erlassene »Direktive 11490« aus dem Jahre 1969 und werden laufend auf dem neuesten Stand gehalten.

So ist die amerikanische Post dabei, Adreßkarten herzustellen, auf der jeder Amerikaner seine »Vorkriegs-« und seine »Nachkriegsadresse« eintragen kann. Das Justiz-Ministerium erstellt Pläne, nach denen »feindliche Ausländer« interniert oder in Haft genommen und an welche Plätze sie verbracht werden sollen. Und während das Ministerium für Haus- und Städtebau das Wohnrecht für verlassene Häuser auf dreißig Tage nach Erscheinen der Besitzer festlegt, erteilt Harold Gay vom Landwirtschafts-Ministerium folgenden Rat an den potentiellen Nachkriegs-Verbraucher:

Die Tatsache, daß radioaktiver Niederschlag auf die Ernte niedergegangen ist, bedeutet nicht, daß sie dadurch unverzehrbar geworden ist. Radioaktiver Niederschlag ist Staub. Er kann durch gewöhnliches Abspülen bzw. Abschälen entfernt werden. Sollte er mit dem vorhandenen Nahrungsmittel vermischt sein, müßten Sie es lagern. Radioaktivität zerfällt. Milch z.B. ist sehr empfindlich gegenüber Radioaktivität. Sie können die Milch aufbewahren, bis die Radioaktivität abgeklungen ist (bei dem hochgiftigen Strontium 90, das anstelle von Calcium in das Skelettsystem von Mensch und Tier aufgenommen wird, beträgt die Zeit, die verstreichen muß, damit die Radioaktivität um die Hälfte abnimmt, 28 Jahre; d.Red.), aber Sie können sie auch zu Käse verarbeiten und den Käse lagern.

Nur die Gesundheitsbehörde, die für die »hygienischen Aspekte der Beseitigung von Toten« verantwortlich ist, hält sich nach wie vor an ein Papier aus dem Jahre 1956. Darin heißt es:

Wenn es die Umstände zulassen, bieten maschinell gegrabene Schützengräben die beste Lösung des Beerdigungsproblems. Sollten nur Grabenbagger zur Verfügung stehen, die schmale Gräben ausheben können, dürfen die Leichen auch Kopf an Fuß anstatt Seite an Seite angeordnet werden.

Die Sorge, daß nach einem Atomkrieg das Gleichgewicht der Natur zusammenbricht, begegnet FEMA mit dem Argument:

Es ist sehr unwahrscheinlich, daß ein Atomkrieg größere Umwälzungen im Gleichgewicht der Natur herbeiführen wird, als es die menschliche Zivilisation bereits getan hat.

Viel wichtiger ist den FEMA-Managern daher auch die Stabilität dessen, was Karl Marx die »zweite Natur« genannt hat.

Damit die Zirkulations-Sphäre des Kapitals durch den Atomkrieg nicht nachhaltig erschüttert wird, haben die US-Banken ihre Geschäftsdaten in Bergwerksstollen atombombensicher eingelagert. Die Konserven werden täglich auf den neuesten Stand gebracht.

Die größte Sorge der Banker gilt naturgemäß dem Geld. Um zu vermeiden, daß das Bankensystem nach dem Krieg zusammenbricht, weil die Überlebenden ihre Ersparnisse auf einen Schlag abheben, sollen speziell gekennzeichnete »Nachkriegs-Scheck-Formulare« ausgegeben werden. Außerdem befürchten die Banker eine Rückkehr zum

Produktentausch aus Mangel an Geld. In Absprache mit der FEMA haben sie daher für den Fall, daß die US-Notenpresse dem Atomkrieg zum Opfer fallen sollte, große Vorräte an Wechseln eingelagert.

Aber auch festes Kapital, wie Grundbesitz, soll über den Atomschlag hinaus Hypotheken-Zinsen abwerfen. Es ist geplant, die Besitzrechte der toten Grund- und Hauseigentümer an den Staat zu übertragen. Auf diese Weise kann der Nachkriegs-Steuerzahler die Hypotheken-Raten für die durch den Krieg zerstörten Anwesen übernehmen. Daß die Überlebenden dem Staat die Steuern dafür verweigern könnten, scheint niemand der Planer ernsthaft in Betracht zu ziehen. Die FEMA-Manager beschäftigen ganz andere Sorgen. Was ist, wenn der Kongreß das allein ihm zustehende Recht auf Kriegserklärung aus Zeitmangel nicht mehr rechtzeitig wahrnehmen kann? Auch für diesen Fall ist vorgesorgt. Der Präsident wird auf seinem Platz in der fliegenden Einsatzzentrale eine vom Kongreß unterzeichnete Blanko-Kriegserklärung finden, in die er nur noch das Datum für die Eröffnung der Feindseligkeiten und den Namen des Feindes einzutragen braucht. Denn »Die tatsächliche Hauptgefahr«, so Eugene Rostow, »ist nicht ein Kernwaffenkrieg..., sondern die Zwangslage, in die sich der Westen begibt, wenn er den Nuklearkrieg mehr als alles andere fürchtet.« Ronald Reagan fürchtet ihn nicht, weiß er doch, daß **ER** auf Amerikas Seite ist.

Ich glaube seit langem, daß es einen göttlichen Plan gibt, der dieses Land einem Volk von besonderer Bestimmung überschrieben hat.

---

* Strategic-Arms-Reduction-Talks bezeichnet die neue Runde der Abrüstungsgespräche in Genf

Konkret 06/82, S. 69

Michael Schilling

Angst fressen Kopf auf

Ich bin Jude, und ich bin stolz darauf. Bin ich nicht stolz, bin ich auch Jude. Bin ich lieber gleich stolz. Viele haben jetzt Angst, und sie scheinen - mit dem heroischen Defätismus des jüdischen Witzes - entschlossen, stolz darauf zu sein. Dazu besteht kein Anlaß. Es ist eine alte Angst, eine sehr deutsche Angst: die Angst vor der Wirklichkeit, die Angst vor ihrer Analyse, die Parteinahme erzwingen würde, die Angst vor der Politik.

Angst hat Gründe, aber kennt sie nicht. Angst als Programm will sie nicht wissen. In den Dunstwolken des Angstschweißes wabern die Mächte der Finsternis, die »Supermächte«, die »Blöcke«, die »Systeme«, die Megatonnen, die Atome. Aus dem Sachzwang erhebt sich die Apokalypse. Das Zählen von Raketen, die Messung ihrer Präzision, Reichweite und Sprengkraft, die Analyse von Strategie und Taktik ihrer Eigner, die Untersuchung von Interessen, die Scheidung von Ursache und Wirkung, die Kritik der politischen Ökonomie - das ist ein heillos schmutziges Geschäft, eben: Politik.

Mit nichts läßt sich besser Politik machen als mit der Angst. Bis auf die reaktionärsten Hornochsen, die wirklich nicht auf der Höhe ihres Zoos sind, bestätigen alle unsere Politiker gern und allerorten das Recht auf Angst: »vor den riesigen Overkill-Kapazitäten«, »vor den atomaren Potentialen«. Und alle wollen diese Angst »ernst nehmen«, »sehr ernst nehmen«. Solange Angst nicht zu Bewußtsein kommt, sich nicht zu einer Furcht klärt, die Ursachen und Wirkungen kennt, zwischen den Tätern und den Opfern zu unterscheiden weiß, Menschen handeln sieht nach ihren Interessen, solange Stimmung waltet statt Wissen, ist noch die schmutzigste Politik ein Geschäft.

Ronald Reagan hat das begriffen. Erst zaghaft, mit seiner »Null-Lösung« für (sowjetische) Mittelstreckenraketen in Europa, jetzt schon kesser, mit seinem Vorschlag, die strategischen Atomsprengköpfe beider Seiten auf ein Drittel zu reduzieren, spekuliert er auf die Angst vor den »atomaren Potentialen«. Wenn die »riesigen Overkill-Kapazitäten« den Frieden bedrohen, muß doch die Abrüstung auf ein Drittel den atomaren Krieg weniger wahrscheinlich machen. Und wenn es ein besonderes Verbrechen ist, Atomraketen auf dichtbesiedeltem Land zu stationieren, muß Reagans Vorschlag, mindestens die Hälfte des verbleibenden Potentials solle see- oder luftgestützt sein, Drohung wie Betroffenheit lindern. Seltsam nur, daß ein vorwitziger Berichterstatter von Springers »Welt« schreibt: »Dennoch rechnet man in Washington nicht mit raschen Verhandlungsdurchbrüchen. Sehr viel wird in der ersten Phase den Sowjets abverlangt, weil sie weit stärker als die USA immer auf landgestützte Systeme gebaut haben.«

Wer sich nicht mit seiner Angst vor »der Atomwaffe« zufriedengibt, ist nicht überrascht: Reagans atomare Abrüstung bedeutet eine atomare Aufrüstung der USA: nicht durch den Ausbau der eigenen, sondern durch die Dezimierung der sowjetischen Kapazitäten. Die strategischen Atomwaffen, die die Sowjetunion heute besitzt, lassen ihr bei einem US-amerikanischen Erstschlag die Fähigkeit, große Teile der USA zu verwüsten. Eine Reduktion der sowjetischen Langstreckenraketen auf ein Drittel, von denen wiederum die Hälfte auf See oder in der Luft stationiert werden müßten, wo die technologische Überlegenheit der USA besonders drastisch ist, gäbe einem vernichtenden Erstschlag der USA mit ihren bis auf zehn Metern zielgenauen Raketen beste Chancen. Victory is possible - der gewinnbare Atomkrieg wäre zum Greifen nahe. Weniger Atomwaffen brächten mehr atomare Kriegsgefahr.

Die Angst vor »den Atomwaffen« ist auch eine Angst vor der Unausgewogenheit: nur nicht einseitig, nur nicht farbenblind, du ein, ich ein, wir kennen keine Parteien mehr. Vom öffentlich-rechtlichen Fernsehen ist nach dieser Methode die Astro-Show übriggeblieben. Die Friedensbewegung ist auf dem besten Weg.

Gewiß sind Atomwaffen die schrecklichsten Waffen in der Geschichte der Menschheit. Aber wie die dicke Berta, wie Gelbkreuz-Granaten, Stalin-Orgeln und Phosphor-Bomben führen nicht sie Krieg. Zwei Staaten, die USA und die Sowjetunion, verfügen über den größten Teil der atomaren Waffen. Wenn es einen atomaren Weltkrieg geben sollte, wird einer der beiden ihn angefangen haben. Welcher? Und warum?

Die Sowjetunion ist bis an die Zähne bewaffnet, atomar wie konventionell. Mit Panzern und Soldaten, um sich selbst und das Reich, das im Anschluß an den Zweiten Weltkrieg rot wurde, zu verteidigen, nach außen und innen. Ein Blick nach Polen genügt, um sich Gewißheit zu verschaffen, daß jede Einverleibung weiterer europäischer Gebiete in den kommunistischen Herrschaftsbereich einem Selbstmord des sozialistischen Staatensystems gleichkäme. Und so schön ist es am Rhein nun auch wieder nicht.

Die Sowjetunion verfügt auch über große Mengen von Atomwaffen aller Reichweiten. Gibt es Gründe, die dafür sprechen, daß sie diese Waffen zum Zwecke eines Angriffs einsetzen könnte? Militärtechnische gibt es nicht: Jeder Versuch eines Erstschlags mit ihren zwar gewaltigen, aber wenig treffsicheren Raketen wäre das Ende der Sowjetunion. Senator Edward

Kennedy: »Würde irgendein hoher amerikanischer Militär die Atomstreitmacht der Sowjetunion gegen die der Vereinigten Staaten eintauschen? Die Antwort darauf heißt: nein.«

Bleiben politische Gründe. Alle großen Kriege dieses Jahrhunderts wurden von Herrschern angefangen, die unter dem Druck unhaltbar gewordener gesellschaftlicher Konflikte im eigenen Land das Innere nach außen kehrten. In welchem Zustand befindet sich die Sowjetunion? Trotz der endlosen Serie von »Spiegel«-Titeln über den Bankrott des Kommunismus doch in keinem, der agonische Reaktionen erwarten ließe: die Welt hat sich (nach Ansicht auch von Woerner und Weinberger) zugunsten der Sowjetunion verändert, die Zeiten, als sie in der UNO einsam gegen den Rest der Welt stand, sind längst vorbei. Und auch im Innern geht es mäßig, aber stetig voran: bescheidene, doch stetige Wachstumsraten, keine Arbeitslosigkeit. Und sollte es - was wenig wahrscheinlich ist - zu Auseinandersetzungen ähnlich denen in Danzig und Lodz kommen, so wird sich das sowjetische System, dem keine Führungsmacht die Grenzen setzen kann, als sehr flexibel erweisen. Wo erst die Herrschaft des Kapitals gebrochen ist - das hat Polen 1981 demonstriert -, lassen sich politische Strukturen über Nacht verändern.

Die USA, als Gewinner des Zweiten Weltkriegs (auch über ihre eigenen Verbündeten) in den fünfziger Jahren die unumstrittene Weltmacht Nr. 1, sind auf dem absteigenden Ast. Ihr gesellschaftliches System, gegründet auf die Ausplünderung der Rohstoffquellen in der Dritten Welt und die Beherrschung der Märkte, geht zu Bruch. »Sogenannte« Befreiungsbewegungen haben die Rohstoffe teuer, die Märkte eng gemacht. Öl wird nicht mehr gegen Coca Cola getauscht. Das Herrschaftsprinzip, die Bestechung des eigenen Proletariats mit der Beute imperialistischen Raubzugs, hat unter dem Mangel an Masse bereits heftig gelitten: die Arbeitslosigkeit liegt jetzt landesweit selbst nach den sehr unzuverlässigen Statistiken der US-Regierung knapp unter zehn Prozent, Tendenz steigend; die Großstädte entwickeln sich zu Slum-Metropolen; die Kriminalität wird zur Norm - unten als Gewalt, oben als Korruption.

Und es kann nur schlimmer werden. Jede siegreiche Befreiungsbewegung in Asien, Afrika oder Lateinamerika stößt die USA ein Stück tiefer in den Sumpf. Da der politischen Kultur der USA jede wirkliche (sozialistische) Alternative fehlt, ist das Chaos absehbar, berechenbar, unaufhaltsam - es sei denn, die USA gewännen die verlorenen Märkte und Rohstoffquellen zurück. Wer aber hindert God's own country, mit Südostasien, mit dem Vorderen Orient, mit Nordafrika, Zimbabwe, Angola, mit Kuba, Nicaragua so umzugehen, wie es seine Interessen erforderten? Terre des hommes? Amnesty international? Die Bundesregierung? Wer stärkt all diesen »Terroristen« (Haig) den Rücken mit seiner politischen, ökonomischen und militärischen Macht? Das Feindbild ist klar, die politische Notwendigkeit, das Innere nach außen zu kehren, erkannt. Noch fehlen die waffentechnischen Voraussetzungen, um den Atomkrieg führbar und gewinnbar zu machen. Die neue Generation atomarer Mittelstreckenwaffen, von Europa aus einsetzbar, und die Dezimierung des strategischen, auf die USA gerichteten Potentials der Sowjetunion, einmal Nachrüstung, einmal Abrüstung genannt, entsprechen den Bedürfnissen von Ronald Reagans Abrüstungs-Beauftragtem Eugene Rostow: »Wie viele tyrannische Regime sind denn überhaupt zusammengebrochen - wenn nicht durch Niederlagen im Krieg?«

Man muß kein Kommunist sein, kein Freund von Kommunisten, man mag sehr wohl lieber hier leben wollen als »drüben«, mag beide atomare Großmächte politisch bekämpfen - nur wer sich taub und blind stellt, wer sich in seine Angst vor Sachen verkriecht, kann ignorieren, was dafür spricht, daß die USA den atomaren Krieg planen. Und noch vor dem Jahr 2000 auch führen werden.

Wenn die Friedensbewegung sie nicht daran hindert.

Konkret 06/82, S. 72

Susanne Mann

Im Schatten des Führers

Hitler ist für sie das Symbol alles »Guten«. Sie sind »antijüdisch«, »antineger«. Faschisten in Frankreich

Man trägt wieder Hakenkreuz. Ob in London, Liverpool, Bologna, Wien, Köln, Hamburg oder Paris - fünfzig Jahre nach der Machtübernahme der Faschisten in Deutschland schreien rechtsradikale Gruppen wieder: Juda verrecke. Sie horten Waffen, verüben Sprengstoffanschläge, töten, bekennen: Ich bin Nazist. Ein Bekenntnis allerdings, das in dieser zwischen bewußtloser Aggressivität und organisiertem rechtsradikalen Bewußtsein schillernden Szene von Außenstehenden nur schwer zu bekommen ist. Vier Jahre lang hat der Fotograf Esaias Baitel, Jude und Zionist, junge Faschisten in Paris begleitet und beobachtet. Es war das erste Mal in seinem Leben, daß er leugnete, Jude zu sein. Einer dieser französischen Nazis erzählte ihm seine Geschichte. KONKRET dokumentiert diese Geschichte und berichtet über ihren Zusammenhang in der sichtbar gewordenen Oberfläche faschistischer und rechtsextremer Aktivitäten im Nachbarland Frankreich.

»Ich mag keine Juden. Und Neger mag ich auch nicht. Das sind Idioten, die haben kein Gefühl, für nichts. Und sie sind faul. Die Hälfte der Juden in Frankreich ist scheißreich. Nimm dich selbst, wenn du einen Burschen in meinem Alter siehst, der in einem Jaguar umherfährt, während du gehen mußt... ja, dann fühlst du dich wirklich arm. Und die Araber, das sind auch Verräter, sie sind falsch. Ich weiß nicht genau, warum. Manchmal wollen sie mit einem befreundet sein, und jeden Augenblick kann man ein Messer im Rücken haben.« Seinen ersten Diebstahl habe er mit ungefähr sieben Jahren gemacht, erzählt er weiter. Mit 14 wurde er das erste Mal festgenommen. »Als die Bullen kamen, wunderte sich Mama, was los war. Sie konnte damit nicht mehr zurechtkommen. Mein Vater lag im Krankenhaus und bekam es nie zu wissen. Wenn er es erfährt, würde er mich in Stücke schlagen.« Seinen richtigen Vater lernte er nie kennen. »Er starb, als ich sechs Monate alt war. Wenn er besoffen nach Hause kam, verbrannte er gewöhnlich meine zweijährige Schwester mit glühendem Eisen... Warum er das machte, weiß ich nicht. Dann heiratete Mama einen Araber.« Sein Urteil über den Stiefvater: »Wir sind nicht immer einer Meinung. Er ist so unzuverlässig, ich kann mit seinem Wesen nicht. Ich bin Rassist ... «

Mit 16 ließ er sich das erste Mal tätowieren. »Es war ein Heiliger, der Heilige der Diebe. Ich habe ihn hier auf dem Arm. Ein kleiner Teufel, gewissermaßen als Zeichen von Gewalt.« Jetzt läßt er sich gerade ein Eisernes Kreuz mit einem Hakenkreuz in der Mitte tätowieren. »Das ist dafür, daß ich Nazist bin. Das ist einer, der etwas Rassismus in sich hat, der antijüdisch ist, antineger, alles, was du willst.«

Zunächst wurde er Rocker. »Wenn man Rocker ist, muß man vor allen Dingen Musik mögen, verstehst du. Dann geht es darum, wie man sich anzieht, und - tjaa... daß man Leute beklaut. Als die Leute sahen, wie wir uns kleideten, wurden sie wütend, und das gefällt mir. Es ist verdammt lustig, Leute zu beklauen. Wir raubten Leute in der U-Bahn aus. Wir klauten Lederkleidung, denn bei den Rockern gefällt es uns nicht, wenn Leute ohne Grund Leder tragen. Schwarzes Leder ist ein Symbol für Gewalt und Musik, das wollen wir haben; nicht eine Menge kleiner Jugendlicher, die in Discotheken gehen.«

Zur Zeit ist er Fremdenlegionär, weil er nur die Wahl zwischen dem Knast und der Armee hatte, nach einem bewaffneten Überfall »auf einen Typen, der eine Bankbox in der Hand hatte«. Seinem Anwalt hat er es zu verdanken, daß er wählen konnte. »Bei der Fremdenlegion haben wir unsere eigene Musik. Wir spielen Märsche. Und dann haben wir recht viele deutsche Lieder, und dann marschieren wir wie die Deutschen. Viele Lieder sind aus dem Krieg, weißt du, es gibt massenhaft Nazisten in der Legion. Einmal waren wir in Castel, und dort lag die Kaserne mitten in der Stadt. Wir gingen durch die Straßen und sangen ein deutsches Lied aus dem Krieg. Die Leute waren recht sauer, und der Bürgermeister kam und beklagte sich. Dann sangen wir die Lieder lieber außerhalb der Stadt.«

Wenn er nach fünf Jahren aus der Legion entlassen wird, hat er eine ganz weiße Weste: Das Strafregister wird gelöscht werden. »Dann werde ich ordentlich und beginne zu arbeiten, vielleicht als Hundeführer. Viele schaffen es nicht, als Zivile zu leben, und werden Legoknechte. Aber das interessiert mich nicht.. Das wäre einfach zu viel Militär. Nazismus verlangt Disziplin. Aber fünf Jahre reichen. Und wenn es irgendwo eine nazistische Armee geben sollte, so glaube ich, daß meine Disziplin ausreicht.«

Und er ist sicher und stolz, ein »richtiger« Nazi zu sein: »Es gibt diejenigen, die nur spielen, daß sie Nazisten sind. Das ist auf die Schönheit zurückzuführen, verstehst du, auf die Schönheit des Abzeichens. Und dann gibt es diejenigen, die es nur sagen, um Leute zu bestehlen. Aber so einer bin ich nicht. Es geht nicht darum, daß man sich in einer besonderen Weise hervortut, um Nazist zu sein, sondern darum, daß man einer -ist. So einer bin ich. Ich hätte gern eine nazistische Regierung.«

Und er geht noch weiter: »Wenn man mir ein Gewehr geben würde, würde ich Juden erschießen, Araber und Schwarze. Also, nicht, wenn ich ganz allein wäre. Aber wenn wir mehrere wären, würde ich es ohne schlechtes Gewissen tun. Kinder... das weiß ich nicht genau. Es kommt darauf an, wie alt sie sind. Babys, die soll man nicht töten, denn die haben

nicht darum gebeten, geboren zu werden, aber wenn sie mehr als 15 sind, dann würde ich es tun. Kinder werden groß, und wenn sie 15 werden - hopp!«

Am 14. Februar 1981 zerschlagen in Paris Neonazis die Eingangshallen von zwei Pariser Ministerien. Eine Woche später brennt zum drittenmal innerhalb eines Jahres die Buchhandlung »Jonas« in der französischen Hauptstadt. In Reims steht fast gleichzeitig die linke Bücherstube »Lyre« in Flammen. Auf den Wänden lassen die Brandstifter faschistische Parolen zurück. Ende Februar schießen Neonazis mit Jagdgewehren in eine vor allem von Ausländern besuchte Bar in Montpellier. Drei Algerier werden bei dem Anschlag verletzt. Mitte März verhaftet die Polizei in Marseille drei Rechtsradikale und findet in ihrer Wohnung Schußwaffen. Dynamit und Falschgeld. Im Mai schließlich sprengen unbekannte Täter im südfranzösischen Romans die gerade fertiggestellte Moschee und legen Feuer im städtischen Sozialzentrum. Zu diesen Anschlägen - und diese Bilanz des ersten Halbjahres 1981 ist nicht vollständig - bekannten sich Gruppierungen mit Namen wie »Karl Martell«, »Ehre der Polizei«, »Partei der neuen Kraft« oder »Organisation Delta« - allesamt neofaschistische Gruppen, die mit ihren Beschwörungsformeln von Sicherheit, Ordnung und Ehre seit Jahren die Wände beschmieren und den Führer hochleben lassen.

In einer vielbeachteten Parlamentsrede kündigte der sozialistische Innenminister Gaston Defferre diesen Vereinigungen Mitte vergangenen Jahres den Kampf an. Der Handel mit Naziemblemen sollte verboten und die Fahndung nach Rechtsradikalen und ihren Hintermännern verstärkt werden. Einmal in Schwung gekommen, setzte Defferre dann gleich noch hinzu, er habe die Polizei wissen lassen, daß er sie voll decke, wenn sie bei ihren Untersuchungen auf den einen oder anderen konspirativen Politiker stoßen sollte.

Diesen markigen Worten aber folgte nichts, was den öffentlich zugesprochenen Verdacht hätte belegen können. Dabei gibt es durchaus personelle Überschneidungen zwischen den kriminellen Aktionsgruppen der extremen Rechten und den Notablen des konservativen Lagers. Der von de Gaulle gegründete halblegale »Service d' action de civic« (SAC) fühlt sich auch heute noch zu den Konservativen hingezogen. Bei den letzten Präsidentschaftswahlen etwa tauchten bei den Ordnungskräften des gaullistischen Kandidaten Chirac eine ganze Reihe bekannter Mitglieder dieser Organisation auf, die auch bei der Finanzierung des Wahlkampfes geholfen haben. Eine Peinlichkeit, die ebenso energisch von den Linken herausgestrichen wurde, wie die Konservativen sie zu vertuschen suchten. Denn Mitglieder der SAC hatten Mitte vergangenen Jahres eine fünfköpfige Familie ermordet, offenbar, um belastendes Material zu beseitigen. Das aber waren nicht die ersten Toten auf dem Konto der französischen Rechtsradikalen, die neben Verästelungen in den Bereich der etablierten Politik hinein auch über solide Wurzeln im kriminellen Milieu verfügen.

Die internationale Verknüpfung des Terrors von rechts wurde nach den Bombenanschlägen von Bologna durch den Anschlag auf die Synagoge in der Pariser Rue Copernic deutlich. Bei den Anschlägen, die über 80 Todesopfer forderten, geriet eine besonders aktive Gruppe französischer Neonazis ins Blickfeld der Fahnder: Die »Federation d'Action National Européen« (FANE). Mark Frederiksen, Chef dieser Organisation löste die FANE flugs auf und gründete gleich darauf zwei neue Vereine, die seither eifrig von der Rue Moinot in Paris aus antijüdische Propaganda verbreiten. Frederiksen wurde 1980 zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt, von denen zwölf zur Bewährung ausgesetzt wurden.

Neben diesen illegalen Gruppierungen formiert sich die extreme Rechte in Frankreich mit bisher bescheidenem Erfolg. Die »Front National« kann mit ihren 1,2 Prozent der Wählerstimmen kaum mit dem Anspruch auftreten, eine Massenbewegung zu sein. In ihrem Umkreis bilden sich jedoch immer mehr Clubs und Zirkel, in denen geistiges Strammstehen geübt wird. Zeitschriften wie das »Figaro Magazin« bringen die rechte Gesinnung unter die Leute. Die rechtsradikale Wochenzeitschrift »Minute« hat ihre Auflage nach dem Wahlsieg der Linken auf 200.000 Exemplare verdoppeln können.

Diejenigen, die auf den Bildern von Esaias Baitel zu sehen sind, gehören zu einigen der kleineren Banden. Baitel glaubt nicht, daß sie zum Beispiel bei dem Brandanschlag auf die Pariser Synagoge dabei gewesen sind. Baitel: Ahnen fehlt das ausreichende Organisationstalent.«

Konkret 06/82, S. 82

Peter Roos

Alle Mikros auf den Kanzler

In insgesamt zwölf Gruppen sollten die Jugendlichen - so der Plan des Bundespresseamts - dem - Regierungschef vergeführt werden. Seit letzten Sommer ist es zu vier solcher Treffen im Kanzleramt gekommen. Zwei davon, eins mit Jungforschern und eins mit Auszubildenden hat Peter Roos beobachtet

Geladen wurde mit Briefkopf und Dienstsiegel. Das Bundespresseamt (BPA) beehrte die Teilnehmer mit einem dreiseitigen Schreiben; das Gespräch wurde zur »Informationstagung des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung« deklariert und zu einem entsprechenden Bonn-Voyage-Programm aufgeblasen; neben Reisekostenerstattung, Verpflegung und Unterkunft wurde den so Programmierten auch gleich noch Bildungsurlaub garantiert.

Vor der Einladung allerdings die Auswahlprozedur á la BPA: Bei der »Aral«-Hauptverwaltung Bochum anrufen, zwei Azubis ordern, die Auswahl vertrauensvoll delegieren an den Ausbildungsleiter mit dem Kriterium »wir wollen keine Chaoten«. In einem Vorbereitungspapier liest sich das so: »Es werden 15 weibliche und männliche Lehrlinge aus verschiedenen Lehrberufen eingeladen, die in klarer Sprache repräsentative Auskünfte über Alltag, Zukunftsvorstellungen und Stimmungen geben können.«

Soweit der Schmidt-gerecht aufbereitete Vorlauf.

Kaum ein Unterschied, wie sie anreisen, der Plastiktütenforscher aus Saarbrücken oder der »Bayer«-Lehrling aus Leverkusen - Jeansanzug, Latzhose, Leinentasche oder Aktenkoffer. Aber vor dem Kanzler fangen die Unterschiede an. Die Jugendforscher (»Jufos«) haben sich geduscht, umgezogen und erwarten »den Kanzler dieser Republik« in weißem Hemd und Kombination. Den Treff mit Schmidt nehmen sie früh-routiniert mit wie den Treff mit Forschungsbossen von BASF und der »Studienstiftung des Deutschen Volkes«. Kaum einer von ihnen hat sich extra auf das Gespräch vorbereitet. Sie kennen sich alle untereinander, reden über »Implementationen von Compilern für blockstrukturierte Programmsprachen« und »Synthese der Chemilumineszenzeigenschaften von 3.8-Diainino naphta1in- 1.2.-Dioarbonsäurehydrazid«. Zwei haben ihr CDU-Parteiabzeichen ans Revers gesteckt, zwei andere »Atomkraft - Nein Danke«.

Zwei Stückchen Kuchen mit Sahne vorweg und dann, von Mann zu Mann im Spalier, »Der Kanzler!«. Drei Aktentaschen werden ihm nachgetragen, die mit dem roten Kennzeichen an seinen Stuhl. Längst herrscht Ruhe. Mein Nachbar (»Erforschung der automatischen Abschaltung eines Otto-Motors zwecks Benzineinsparung im Stadtverkehr«) ist enttäuscht: »Wie klein der ist! Das ist ja Wahnsinn! «

Mühelos improvisiert Schmidt über die vorbereitete Rede hinweg, schon hat er den Sonderpreis des Bundeskanzlers an einen »Jufo« verliehen, sitzt am Tisch, nimmt die Uhr vom Arm und stellt sie vor sich auf. Die Diskussion ist eröffnet, steuert sofort auf das Bild der Jugend zu, auf den »generation gap« und mündet rasch in die Kontroverse Ethik und Alltagspolitik, in das Verhältnis von wissenschaftlicher Erkenntnis und politischer Entscheidungsfindung. Es sieht aus, als diskutierten gleichrangige Partner miteinander. Schmidts Gegenüber sind keine Jugendlichen und doch - die Gesichter noch voller Pickel -, in den Anzügen stecken sie wie Konfirmanden oder Tanzschüler. Aber sie kommen sprachlich und sozial erfahren daher, wie es nur eine offensiv selbstbewußte Nachwuchselite der Nation tun kann. »Wenn Sie sich aus der Physik heraushalten, halte ich mich aus der Politik heraus!«, so ein 19jähriger »Masse und Ladungs«Forscher. Keine falsche Unterwürfigkeit also, respektvolle Achtung unter Kollegen verschiedenen Alters, fraglose Anerkennung der größeren professionellen Erfahrung: »Wie, Herr Bundeskanzler, verhält sich ein Jufo gegenüber technikfeindlichen Klassenkameraden, bitte ich Sie um Rat«, sagt der Jungchemiker (»Abbaubare Plastiktüten«) im Flanellzweireiher, die gespreizten Fingerspitzen bedächtig gegeneinanderlegend - er ist aufgestanden. Schmidt darauf: »Angst als menschliche Grundhaltung ist zunächst einmal zu akzeptieren.«

Bei so viel Wohlerzogenheit muß der schwäbische Anti-AKWler aus dem Rahmen fallen; als er den Kanzler der Nation schlicht als »Herrn Schmidt« anredet, wirft der gesamte Begleittrupp des Regierungschefs den Kopf herum Und starrt auf den Dienstherrn, wie wird der wohl reagieren? Schmidt schaut mittlerweile immer öfter über sein Auditorium hinweg, immer häufiger auf seine Uhr und blättert fahrig im Grundgesetz, das gleich wieder in der Aktentasche Nummer 1 verschwindet. in Gedanken ist er längst beim nächsten Termin, der persönliche Referent hat ihm bereits einen Zettel zugeschoben.

So bekommt der Gastgeber die differenzierte Argumentation zwischen physikalisch-technischer Lösbarkeit der AKW-Frage und ihrer biologischen Fragwürdigkeit gar nicht mehr recht mit. Daß in einem stillgelegten Vaihinger Steinbruch nach illegaler Ablagerung radioaktiven Mülls Kröten gefunden wurden - »Halten Sie sich fest, Herr Schmidt! « - mit acht Beinen statt vier (»Ich weiß wovon ich rede, ich bin Kriechtierkundler«), das läßt Schmidt von einem seiner Adlati

notieren, er wolle der Sache nachgehen. Und die Überlegung, daß Staaten durch den Besitz von Atomtechnik politisch erpreßbar würden, pariert er nur mit unwirscher Miene und dem markigen Satz: »Da müssen eben Kerle an die Spitze des Staates, die sich nicht erpressen lassen!«

Was er nun davon gehabt habe, fragt leger ein Jufo, die Beine übereinandergeschlagen, bloße Zeitvergeudung? Da beugt sich der anwesende »Jugend forscht«-Animateur Henri Nannen zu Schmidt herunter und flüstert ihm zu, was der Kanzler laut weitergibt: »Nun lügen Sie mal schön!« Schmidt lügt nicht: »Für Sie war es interessanter als für mich! «

Aber auf dem vom BPA gecharterten Rheindampfer ist für die Jufos »der Kanzler schon gegessen«, bei Schinkenbrot, Salzletten, süßem Mosel. So ein »Labertreff« resümieren sie unerwartet motzig, könne den Staatsbankrott auch nicht kaschieren. Von »Reibung« ist noch die Rede. Von »Widerständen«. Aber nur in bezug auf elektrische Leiter. Gerade noch haben sie von Werteverlust, von Zukunftssorgen gesprochen mit geschickt plazierten Sorgenfalten und tragen dabei schon das Flugticket für eine »Jugend forscht« -Reise nach Israel in der Tasche. Jetzt, wenn sie über ihre geplanten Untersuchungen und Laufbahnen reden (das Wort »Karriere« geht gedankenlos über die Lippen), wirken die Jungforscher echt, glaubwürdig. Wenn sie sich über Sinngebung und Lebensgefahr äußern, tun sie das so abstrakt schön und geläufig vor der Folie eines gesicherten Naturwissenschaftler-Bewußtseins, als seien sie keine 19, sondern 59, 69 Jahre alt.

Vielleicht verstehen sie sich deswegen am nächsten Tag so gut mit Karl Carstens. Die Haare frisch gewaschen, statt Kombination tragen die meisten jetzt Anzug, Krawattenfrequenz steigend. Die eigene Kamera vorm Bauch, denn das Staatsoberhaupt hat ein Gruppenfoto in Aussicht gestellt, bei schönem Wetter. Man klaut zwar nach der einstündigen Audienz den filzüberzogenen Sitzungstisch ganz lausbubenhaft leer (Zigarren, Zigaretten. Kristallaschenbecher), aber das Gespräch läßt weder Andacht noch Aufmerksamkeit vermissen. Der Carstens-Preisträger, CDU-Mitglied, ist bei der Bundeswehr. Der Präsident: »Sie sind Soldat. Ich gratuliere Ihnen!« Im übrigen werden hochgehalten: das humanistische Gymnasium, die soldatischen Tugenden, der deutsche Facharbeiter, hervorragende Wirtschaftsführer gestern und heute. Als Irrtümer entlarvt werden dagegen: die Alternativ-Bewegung (»Eine Kerze in der Hütte im Walde - nein!«), Waffenhandel mit der dritten Welt (»Absolut dagegen - aber es gibt Zwänge!«), die Bildungsreform, die Gesamtschule und die emanzipatorische Pädagogik (»Eine Irrlehre!«) Dazwischen die ernsthafte Präsidialfrage ans Personal- »Haben wir nicht etwas anzubieten? Dies wäre wohl der geeignete Zeitpunkt!« Verschiedenes findet der Präsident noch »fabelhaft« und »schick«, verschiedenes nimmt er noch »sehr ernst«, dann muß er sich »auch schon empfehlen« und wünscht noch »viel Spaß und viel Erfolg«.

Kanzler und Krise kratzte am Abend zuvor auf dem Dampfer nur noch die um Publicity bemühten Kollegen vom Bundespresseamt: »War der Kanzler gut?«, werde ich als Beobachter immer wieder gefragt. Was man noch tun könne, sinniert Regierungsdirektor Wallow in die untergehende Sonne hinein. Das Tagungsschiff dreht bei am Rolandseck, und schon ist die Idee geboren, einen Streifen über das Dialog-Projekt drehen zu lassen. Die Frankfurter Filmemacher Luders und Schnabel werden eingeladen, man bespricht das Ziel des Filmes und die Kosten - erste Rohkalkulation um 100.000 Mark (»Huch, das ist aber billig«, Regierungsdirektor Wallow). Mitten in Finanzkrise und Sparappell kann so ein Klacks im Bundespresseamt problemlos locker gemacht werden. Der Dreh beginnt beim nächsten Treffen mit Azubis.

Die kommen dann aus Bochum, Duisburg, Leverkusen, aus Köln, Koblenz, Karlsruhe. Sie haben sich vorbereitet. Sie bringen hohe Erwartungen mit. Einige sogar ein imperatives Mandat ihrer heimischen Gewerkschaftsgruppe, Schulklasse oder ihres Jugendhauses. 18 Lehrlinge. Sie stehen nicht auf der Straße, nicht im Häuserkampf. Alle haben einen Ausbildungsplatz, kein Wohnproblem. Politisch sind sie Vertreter einer linken Sozialdemokratie mit ökologischem Engagement, daneben aktive Gewerkschafter und unpolitische Sportler.

Im Hotel Astoria empfängt sie BPA-Unterabteilungsleiter Paul Otto Vogel, weißhaarig, Goldrandbrille, dunkelblauer Anzug. Er klopft ans Glas. Seine Rede. »Der Bundeskanzler ist auch nur ein Mensch. Der Bundeskanzler ist im Lernprozeß. Der Bundeskanzler ist mein Freund seit 20 Jahren - Sie werden sehen, wie vertraut wir miteinander umgehen. Der Bundeskanzler kann kalt, unfreundlich und abweisend sein. Der Bundeskanzler haßt dumme Menschen, aber die hat er ja hier nicht vor sich. Der Bundeskanzler opfert ihnen sehr viel Zeit, so viel kriegt mancher Staatsmann nicht.« Die Azubis sind stiller geworden. Als Vogel (»Dachte, der gehört zum Hotel!«) gegangen ist, machen sie sich Luft: »Nougatschleuder.« Oder: »Herr Vogel, Sie heißen nicht nur so!« Die erste Runde ist damit gelaufen.

Die zweite folgt. Ausweiskontrolle am Kanzleramt, Personenschleuse. Marmortreppe, Teppichfluchten, meterweise Kunst, an jeder Ecke Sicherheit. Foyer, Vorraum, Kleiner Kabinettsaal - Holztäfelung, Glasfassade, Ledersessel, Riesentisch: »Ganz schön bonzig hier«, Jörg aus Leverkusen. Zögernd, widerstrebend treten sie in großen Abständen ein, suchen verwirrt ihr Namensschild, setzen sich. Der Sessel des Kanzlers zehn Zentimeter höher. Er kommt 30 Minuten zu spät, ein Fototermin mit einem Staatsgast ist zwischengeschoben worden. Er kommt, kommt zügig zur Sache, entschuldigt sich für den erhöhten Sitz und will ihn gleich herunterschrauben. Alle sehen betroffen zu. Hinterher stellt Bernd fest, daß der

Kanzlersitz nicht verstellt werden kann. Und(das BPA stellt hinterher fest, daß Azubi-O-Ton nicht zu haben ist, alle Mikros waren auf dem Kanzler.

Hinten links die Djangos von der Sicherheit, lässig mit der rechten Schulter am Paneel, eine Hand in der Hosentasche am Abzug, die Augen verfolgen jede Bewegung. Draußen vor der Scheibe die Patrouille mit dem BSG-Schäferhund auf dem Dienstweg über den englischen Rasen. Ständiges Raus und Rein der Bodyguards, Funkgerät dilettantisch im »Stern« versteckt, Antenne oben raus. In der Mitte mit seinen vier Beisitzern der Kanzler, der straff das Gespräch führt.

Gespräch? Schmidt scheint eine wohlvorbereitete Checkliste im Kopf zu haben über Ausbildungs-, Lehrlings- und Lehrstellenproblematik, abzuprüfen am eingeführten Azubi-Frischfleisch. Hauptsätze. Ja/Nein-Fragen. Kaum, daß ein Gast einen Satz zu Ende führen kann, der Kanzler weiß nach dem dritten, vierten Wort Bescheid, unterbricht. Dreiviertel der Zeit verstreichen mit rein schulischer Abfrage, Handaufheben, Abzählen, hard facts. Nicht einmal der Schein eines Gesprächs wird gewahrt. Schmidt hochkonzentriert, die Beisitzer nehmen den Kopf zwischen die Schultern und lächeln süffisant bei stotterigen Antworten, Unsicherheiten. Die Jugendlichen spüren nur dumpf, zu spät, was läuft. Kaum hat einer von ihnen einmal dazwischen geredet, ohne daß er unterbrochen und dafür gerügt wird von dem, der die meiste Zeit nichts anderes tut - vom Kanzler.

Der zieht mit Rasanz ein Thema nach dem anderen durch, greift auf, geht ein, weist zurück: Berufsschulsituation, Lehrstellenangebot, Leistungsdruck?, »Wieviel Silben schaffen Sie denn?«, Gefahr von Rechts?, Umweltschutz, Auf- und Nachrüstung, Jugendrabatz. Dem Koblenzer Lehrling Dieter verspricht er Schützenhilfe im Konflikt mit seinem Lehrherrn, der ihm 5.000 Mark Lohn schuldet. Wieder wird ein Einzelfall herausgegriffen, wie bei den Jufos nimmt der Adlatus die Notiz auf.

Einmal, zweimal bricht etwas wie Atmosphäre ein, Menschlichkeit. Der Duisburger Wolfgang fühlt sich hier in diesem Land überall eingesperrt, zugemauert, Rasen nicht betreten, kein Wettrennen im Stadtpark, keine Luft zum Atmen. Applaus. Schmidt läßt die Schulter absacken, der Kopf sinkt, resigniert sagt er von unten herauf: »Ich glaube, Sie ham recht!« Was für ein Satz. Hier hätte das Gespräch beginnen können, hier wäre der Anfang gewesen, selbst in diesem gespenstisch gelackten Staats-Saal. Plötzlich, für ein paar Sekunden spürbar, daß im Funktions-Träger und Macht-Haber Schmidt eine Person steckt. Aber gleich ist der Kanzler wieder wer und zu: »Wir halten es nicht für unsere Aufgabe, eigene Zweifel öffentlich vorzutragen! « Alles ist wieder kaputtgemacht.

»ich gebe mir Mühe«, sagt er, aber wie müde und papieren sind die Wörter. Und zum Schluß leises Pathos und Sentimentalität, Gott und Geschichte würden über seine Leistung entscheiden. Diese Rhetorik hätte er bei den Jungforschern nicht gebracht. Und eingebracht hat es ihm bei den Lehrlingen nur Unmut, Aggression.

Nach der Sitzung herrscht eine entsetzliche Verzweiflung unter den Auszubildenden. Während Schmidt schnurstracks zum nächsten Termin eilt, Paul Otto Vogel (»bin ganz happy<o noch salbungsvoll im Namen der Jugendlichen dankt, gehen sie mit hängenden Armen hinaus. Geschlagen, sprachlos gemacht. Die Wut und die Wörter kommen erst später.

Im Film ist alles festgehalten. Das Material wird geschnitten, montiert und für zu brisant, für zu wenig werblich gehalten. In drei Anläufen drücken sich die verantwortlichen BPA-Beamten vor dem Plazet: »Ich traue mich nicht, diesen Film abzunehmen!« sagt Regierungsdirektor Hofseß. Die Entscheidung wird nach oben abgeschoben zu Regierungssprecher Bekker. Der konfisziert das 45-Minuten-Feature »Einmal Bonn und zurück«. Gestorben. Der Kanzler kennt den Film nicht, die Öffentlichkeit soll ihn nicht sehen (Kosten zuletzt: 150.000 Mark).

Fazit der »Aral«-Azubi Sylvia: »Der kann gar nicht mehr mit normalen Menschen reden!« - Ungerührt sind die Jungforscher, ärmer und einsamer die Lehrlinge nach Hause gefahren. »Das Ganze«, so Thomas aus Bochum, »war fürn Arsch!«

Im Oktober erscheint im Beltz-Verlag von Peter Roos eine »Streit-Schrift« unter dem Titel »Kaputte Gespräche - Zum Fetisch Jugend-Dialog«

Konkret 06/82, S. 88

Kurt Raab

Querelen um Querelle

In diesen Wochen wurde Rainer Werner Fassbinders »Querelle« fertig, die Verfilmung von Jean Genets lange verbotenem Skandal-Roman. Auch als Filmstoff brachte »Querelle« Querelen, allerdings (bisher) nur hinter den Kulissen. Der Schauspieler und Regisseur Kurt Raab beschreibt die Entstehungsgeschichte der Fassbinder-Arbeit - aus seiner persönlichen Sicht, mit ein bißchen Eifersucht und mit Wut:

Zunächst hatte Burkhard Driest ein Drehbuch nach Jean Genets »Querelle« geschrieben. Die Planet-Film, an der Driest beteiligt ist, bekam dafür vom Bundesinnenministerium eine Prämie von 250.000 Mark. Driest wollte Fassbinder als Regisseur haben. Der wollte erst auch, dann plötzlich nicht mehr. Jedenfalls hat er den Vertrag nicht unterschrieben.

Die Planet-Film brauchte aber einen Regisseur, um weitere Gelder für die »Querelle«Produktion loszueisen. Der Geschäftsführer der Firma, Dr. Dieter Schidor (als Mime verzichtet er auf den akademischen Grad), hat dann Ende 1980 Werner Schroeter unter Vertrag genommen. Schroeter hat denn auch Anfang 1981 begonnen, den Film vorzubereiten, er hat mit Driest an dem Buch gefeilt und ist auf Motiv-Suche gegangen.

Dann aber lief Schroeters Film »Palermo oder Wolfsburg« in Paris an. Der hatte zwar den Goldenen Bären der Berlinale eingeheimst, aber im Kino war der Film ein Flop. Die Leute von der Pariser Filmfirma Gaumont, die als Co-Produzenten bei »Querelle« mitmachen wollten, bekamen kalte Füße.

Inzwischen hatte sich Planet-Film mit Michael Fenglers Albatros-Film zusammengetan. Und Michael Fengler hat irgendwas gegen Werner Schroeter. Er sagte: »Diese schwule Fernsehtante. Da hab ich ein schwules Buch und nun auch noch einen schwulen Regisseur.« Und während Schroeter weiter auf Motiv-Suche war, haben die beiden Produzenten Schidor und Fengler versucht, Rainer Werner Fassbinder an Land zu ziehen. Kaum hatte Fassbinder unterschrieben, haben Schidor und Fengler dein Schroeter mit fadenscheinigen Gründen die fristlose Kündigung ins Haus geschickt. Und jetzt prozessierter.

Als Fassbinder als Regisseur feststand, bekam erst einmal Burkhard Driest sein Fett ab. Denn Rainer hatte sich ausbedungen, daß er ein eigenes und keineswegs das Buch von Driest zu verfilmen gedenke.

Nur, die Sache mit dem Drehbuch zog sich hin. Schidor und Fengler wurden immer wieder vertröstet. Aber eines schönen Tages war es endlich da, das heiß ersehnte Buch. Als ich zu Albatros ins Büro kam, hatten die Produzenten es gerade gelesen. Fengler tobte herum und schrie immer wieder: »So eine Scheiße. So eine schwule Scheiße!« Und sein Kompagnon Schidor saß da, stumm und zerknirscht. Das Schlimme für die beiden war, alle Geldgeber warteten auf das Buch: Sam Waynberg (Scotia Film), der eine Verleihgarantie geben sollte, die Gaumont-Leute in Paris und die Herren von der Berliner Filmförderung. Sie trauten sich nicht, das Drehbuch irgendjemand vorzulegen. Nur dem Waynberg haben sie's gegeben, weil sie dachten, der liest ohnehin keine Drehbücher.

In seiner Verzweiflung sagte Fengler zu mir: »Lies Du es doch mal, Kurt!« Also hab' ich's gelesen. Und dann habe ich ihnen meine ehrliche Meinung gesagt: Das ist nichts anderes als eine simple Komprimierung des Romans, es ist ja nicht einmal versucht worden, den Stoff in eine filmische Handlung umzusetzen. Fast das ganze Drehbuch bestand aus Erzähler-Text. Und der war wortwörtlich aus dem Roman abgeschrieben. Sogar die Regiebemerkungen waren zum Teil Geriet pur. Fengler sagte schließlich: »Das muß bearbeitet werden.« Ja, wer soll denn das bearbeiten? Darauf Fengler: »Du!« Das hat mich natürlich gereizt: Kurt Raab schreibt Rainer Werner Fassbinder um. Ein bißchen Bosheit war bei mir schon im Spiel.

Ich hatte vier Tage Zeit, das Buch zu bearbeiten. Ich habe sechs Szenen völlig neu geschrieben. Bei Fassbinder ist Querelle nur schwul, während er bei Geriet - zumindest in seinen Gedanken - bisexuell ist. So träumt er, daß er mit der Schwester seines Freundes Gil im Bett liegt und Geschlechtsverkehr hat. Die Figur dieses Mädchens war bei Fassbinder überhaupt nicht mehr vorhanden. Also habe ich sie wieder reingetan.

Bei Fassbinder war das Ganze auch plötzlich ein richtiger hardcore-Porno: Da läßt sich Querelle von dem Wirt ficken. Dafür fehlte eine Liebesszene mit Madame Lysiane, der Bordellmutter. Auch zwei sehr zarte Liebesszenen mit der Paulette hab' ich hineingeschrieben. Und natürlich die Gerichtsszene, die Querelle nach seinem ersten, entscheidenden Mord träumt. Hier hatte es sich Fassbinder besonders leicht gemacht. Da stand im Drehbuch nur: »Querelle lehnt sich an einen Baum.« Und dann folgten sechs Seiten Erzähler-Text. Als Fengler und Schidor meine Bearbeitung gelesen hatten, sagten sie: »Ja, so geht's. Jetzt können wir das Buch wegschicken.«

Ich mußte natürlich auf meine Urheber-, Verwertungs- und Persönlichkeitsrechte verzichten. Mein Name tauchte nicht auf. Es war ein Buch von Rainer Werner Fassbinder.

Michael Fengler ging zum Verleiher Sam Waynberg. Der hatte - gegen alle Erwartungen - das Fassbinder-Buch doch gelesen und ließ es vor den Augen Fenglers demonstrativ in den Papierkorb fallen. Meine Bearbeitung fand er toll. Was er nicht wußte: Das Buch war nicht von Fassbinder, jedenfalls nicht von ihm allein. Das wußten auch die Gaumont-Leute

nicht. Und auch bei der Berliner Filmförderung hatte man keine Ahnung. Die mußten allesamt glauben, das Buch stamme von Rainer Werner Fassbinder.

Gaumont rückte 3,5 Millionen Francs heraus, Sam Waynberg machte ein paar hunderttausend Mark Verleih-Garantie locker, und die Berliner Filmförderung kam mit 740.000 Mark über den Tisch. Außerdem waren da noch die 250.000 Mark vom Bundesinnenministerium.

Dann aber geschah das, was Fengler und Schidor nicht einkalkuliert hatten. Als man Rainer schonend beibrachte, daß sein Erzfeind Kurt Raab an dem Buch als Bearbeiter tätig gewesen ist, sagte der nur schlicht: »Ich verfilme mein Buch.«

Nur der fertige Film (im September kommt er in die Kinos) wird die Frage beantworten, was Rainer Werner Fassbinder nun wirklich getan hat. Hat er meine Bearbeitung ganz oder teilweise verwendet? Oder hat er sein eigenes Buch verfilmt, das weder der Pariser Co-Produzent, noch die Berliner Filmförderer kennen und das Sam Waynberg in den Papierkorb geworfen hat?

Unstreitig ist nur, daß das Bundesinnenministerium auf jeden Fall ein Buch (das von Driest nämlich) subventioniert hat, das nun wirklich nicht verfilmt wurde. Wie auch immer: Rainer Werner Fassbinder braucht das alles keinen Deut zu scheren. Er hat nur - dank meiner bescheidenen Hilfe - das nötige Kleingeld erhalten, um seinen »Querelle«-Film herzustellen. Und nebenbei hat er seinen Kollegen Werner Schroeter aus dem Rennen geworfen.

Nett haben wir's hier im Filmland Deutschland.

P.S. Die Kosten für das Drehbuch sind in der Kalkulation der »Querelle«-Produktion mit 150.000 Mark ausgewiesen. Mir wurden 7.000 Mark zugestanden. Davon habe ich bislang mit Müh' und Not 3.000 Mark gesehen.

Konkret 06/82, S. 92

Thomas Doberstein

Verschnittene Wirklichkeit

Mit Kamera, Schere und Leim, vor allem aber mit dem Bilder-Material aus vielem tausend meist nordamerikanischen Zeitschriften komponiert Tsunehisa Kimura frappierende Horrer-Szenarios. Ein Foto wird bis zu vierzig mal zerlegt, bis Perspektiven, Größenverhältnisse und Beleuchtung stimmen

»Tsunehisa Kimura's visuelle Skandale« heißt der Bildband aus Tokio, in dem die Fotomontagen des japanischen Grafikers zum ersten Mal gesammelt vorgestellt werden.

Skandale? Die Niagara-Fälle in den Häuserschluchten von Manhattan sind eher ein visueller Gag als ein Skandal. Eigentlich ist auf diesem Bild nichts Neues. Jeder kennt dieses Foto der Wasserfälle, jeder hat diese Skyline schon oft gesehen. Aber beides zusammen, und noch dazu so perfekt montiert, das verwirrt. Etwa so wie Kuhmist auf dem Dach. Daß der dahinkommt, ist schließlich nicht unmöglich, und Kimuras akribische Technik suggeriert: Auch die Katastrophen, die seiner Phantasie entsprungen sind, sind möglich.

Aber die Apokalypse kommt sonnig, unter blauem Himmel und mit dash-weißer Gischt daher, eine Erfrischung in der New Yorker Sommerhitze. Solch eine Montage ist kein visueller Skandal, sie taugt auch als Cover-Illustration für Pop-Musik (der Beweis steht in den Regalen der Plattenläden unter S wie Supertramp). Das Vorbild für dieses Motiv, eine Collage von John Heartfield aus dem Jahr 1925, die ebenfalls New Yorker Wolkenkratzer in Wasserfluten verschwinden läßt, wäre für eine Plattenhülle nicht so geeignet gewesen; diese Montage paßt besser auf den Umschlag von Upton Sinclairs Roman »Nach der Sintflut«. Bei Heartfield ging es ungemütlicher zu, nicht so sonnig.

Dabei beruft sich Kimura wie jeder ernsthafte Fotomonteur nach dem Krieg durchaus auf den großen linken Grafiker Helmut Herzfeld, der sich 1916 aus Protest gegen die antibritische Hetze der Deutschen sein englisches Pseudonym John Heartfield zulegte. Er starb 1968 in Berlin. Im gleichen Jahr begann der damals 40jährige Tsunehisa Kimura (er war schon als Designer und Werbegrafiker erfolgreich und wurde 1966 auf der Grafik-Biennale in der CSSR ausgezeichnet), für sich die Technik der Fotomontage zu entdecken.

Er wollte Heartfield »restaurieren«, schrieb Kimura später .einmal über den Beginn seiner Arbeit. »Es geht mir um eine Rekonstruktion der von ihm entwickelten Technik und Konzeptionskraft und um die Wiederbelebung der Fotomontage in den verschiedenen Medien.«

Unter Kimuras ersten Montagen sind dann auch, wie beim deutschen Vorbild, Agitationsbilder, die in die japanische Tagespolitik eingreifen, die vor allen! die faschistischen Traditionslinien attackieren und Japans Abhängigkeit vom US-Kapital (eine Montage zeigt zum Beispiel ein Coca Cola-Flaschen-Bombardement auf Tokio). Aber je perfekter Kimura in der neuentdeckten Technik wird, desto mehr erliegt er selbst der Faszination des Mediums. Und oft genug bleiben seine Montagen nurmehr optische Spielereien.

Dabei gibt es längst Originalfotos, die kaum weniger befremdlich sind als Kimuras Montagen, weil eben die Wirklichkeit, die sie zeigen, so verrückt ist. Die Ansichtskarte von Pigeon Key, einer Insel in Süd-Florida, die von einem Highway gekreuzt wird, hätte sich womöglich nicht einmal Kimura ausdenken können.

Da steckt der Japaner denn wohl doch tiefer in seiner eigenen langen asiatischen Kunsttradition als in der europäischen dieses Jahrhunderts: Die ersten Collagen kamen vor fast 900 Jahren aus Japan, poetische Bild-Text-Kompositionen zu dekorativem Zweck, Vorläufer von »Tableaux-poémes«, die sich die Japaner heute noch als Glückwunsch-Karten schicken. Diese Collagen sollten und sollen amüsieren und unterhalten. Und diesem Anspruch wird Kimura allemal gerecht.

Wenn seinen Arbeiten darüber hinaus ein Zweck zugewiesen wird, dann oft der der Verkaufshilfe. Etliche von Kimuras Ideen und Fotomontagen wurden von der Werbung übernommen oder nachempfunden und haben den Ruf der japanischen Werbegrafik mitgeprägt. Ihre Kampagnen zählen heute zu den originellsten, phantasievollsten und künstlerischsten auf der Welt.

Dabei ist Kimura alles andere als ein Freund von Massenkonsum und hochtechnisierter Zivilisation. Menschen kommen auf seinen Montagen fast nur in der anonymen Menge vor, und das Hauptthema seiner Arbeiten ist der Kollaps der modernen Welt, die Apokalypse durch den Sieg der Technik über den Menschen.

Immer wieder zitiert Kimura den Turm von Babel, aber nirgends taucht zwischen all den Untergangs-Visionen etwas Hoffnung auf. Kimuras Welt explodiert, vergletschert oder wird überflutet, sie ist unbewohnbar und unbeherrschbar geworden (aber immer noch schön in der Katastrophe, so schön wie eine Atombomben-Explosion in Cinemascope und Zeitlupe). Auch Karl Marx weiß keinen Weg. Hilflos und allein zeigt ihn eine Fotomontage von 1970 in einem Ruderboot zwischen den Brechern der Sintflut.

Und wie sieht sich Tsunehisa Kimura selbst in dieser apokalyptischen Szenerie? So wie Don Quijote und Sancho Pansa auf dem Großstadt-Asphalt. Die Windmühlenflügel, gegen die sie auf einer von Kimuras Montagen kämpfen, gehören zu einer Großwindanlage.

Auch die Waffen des Fotomonteurs sind nicht mehr die neuesten. In den zwanziger Jahren, nach dem Aufkommen der Massen-Illustrierten, war die Fotomontage ein revolutionäres Medium, waren die Augen noch offen für die neuen optischen Sensationen. Das einzelne, Foto selbst wurde noch als Verfremdung begriffen, weil es doch nur einen kleinen Ausschnitt aus der Wirklichkeit isoliert und in einen neuen Zusammenhang stellt. Heute ist die Bilderflut ihrerseits zur Realität geworden, die Wirklichkeit wird zum großen Teil über Fotos und Bildschirme wahrgenommen.

Darum muß Kimura so akribisch arbeiten, daß seine Fotomontagen von Originalaufnahmen technisch kaum zu unterscheiden sind. Er muß aber auch zu immer aberwitzigeren Phantasien gelangen, daß seine Fotomontagen wenigstens auf den zweiten Blick noch als Fiktion erkennbar bleiben.

Konkret 06/82, S. 103

Peggy Parnass

Erinnerung an Peter Weiss

Ich hab das Gefühl, daß es Tote hagelt. Brückner, Havemann, Eberhard, die Keun. Jetzt: Peter.

Wir waren gerade in Berlin zusammen, am 21. April. Peter voll Leben, voll Plänen, voll Hoffnung, fest entschlossen, nach Berlin zu ziehen. Er hatte an diesem Tag eine Wohnung gefunden, in der Mommsenstraße, dreimal so groß wie die in Stockholm, genauso teuer. »Stell dir vor, Peggy, dreimal so groß, mit einer Wendeltreppe, die zu einem Atelier führt. Sowas hab ich mir immer gewünscht. Da kann ich wieder richtig arbeiten. Das ist ja doch was anderes: von der eigenen Sprache umgeben.«

Ich mußte ihn daran erinnern, wie ihn diese Sprache, nach der er sich jetzt so sehnte, die ihm fehlte und über die er nun in Berlin so glücklich war, in Hamburg vor drei Jahren in Panik versetzt hatte. Damals waren wir verabredet, im Hotel Reichshof. Er hatte schon eine Stunde im Foyer gewartet und war völlig aufgelöst, wie ein zu Tode erschrockenes Kind. Was ist denn passiert, Peter? »Die Sprache. All die Leute, die hier hin- und herlaufen, die Leute um mich herum, diese ganzen Leute - und alle sprechen sie deutsch.«

Er hatte mich aus Stockholm angerufen. Wir waren uns noch nie begegnet. Ich hatte ihn aus der Ferne lange Jahre verehrt und mich gefreut, daß es einen wie ihn gibt. Nun war er plötzlich am Telefon und erzählte, daß er mein Buch gelesen habe. »Prozesse«. »Ich muß dich sprechen, ich muß dich unbedingt sprechen. Kann ich dich besuchen kommen?« Das war ein großes Geschenk, weit mehr als eine Anerkennung oder ein Kompliment. Fast täglich rief er nun an. »Ich habe ja in Schweden niemanden, der mich versteht.« Er fühle sich wie abgetötet, von allen geistigen Anregungen abgeschnitten. Dabei waren wir es doch, die von seiner geistigen Anregung so lange Jahre abgeschnitten waren.

Im Monat drauf sollten wir zusammen an einer Podiumsdiskussion in Moers teilnehmen. Am Theater dort hatten sie seine »Ermittlung« als Kabarett inszeniert, und davor hatte Peter große Angst. Dorthin zu fahren war ihm existentiell wichtig, aber im letzten Moment sagte er dann doch noch von Stockholm aus ab. Da gab es nämlich eine Angst, die ihm noch wichtiger war: die seiner Frau vor einer Augenoperation. Er konnte und wollte sie nicht allein lassen.

Als sich in Berlin herumsprach, daß Peter Weiss eine Wohnung gefunden habe und nun aus Stockholm mit seiner Frau und seinem Sohn übersiedeln wolle, war das für viele eine Art Signal: Peter Weiss kommt, Schluß mit der Resignation, ein neuer Anfang. Mit einem Mann, der denken kann und doch zur Verzweiflung fähig ist. Nicht so ein intellektueller Obermotz, der ständig Gebrauchsanweisungen gibt, sondern einer, der mitten im Leid steht, aber dabei den Verstand nicht verliert. Er wurde erwartet wie ein tausendfacher Vitaminstoß, obwohl er ja nicht gerade blühend aussah, weder pausbäckig noch rosenwangig, eher erschöpft. Aber er wollte noch einmal beginnen. »Das erste Drittel meines Lebens habe ich in Deutschland verbracht, das zweite in Schweden. Das letzte Drittel will ich jetzt hier verbringen. « Er hat die Wohnung in der Mommsenstraße dann doch nicht bekommen. Der Vermieter hatte zu viele Bedingungen gestellt.

Wir gingen zusammen ins Theater, in die Schaubühne. Eigentlich wollten wir den »Klassenfeind« sehen, aber den hatte er sich schon am Vorabend angeguckt. »Da hast du nichts verpaßt. Es war hervorragend gespielt, aber wenn du diese Art von Realismus sehen willst, kannst du genausogut U-Bahn fahren, einmal hin und einmal zurück.«

Als wir uns bei Nacht auf der Straße verabschiedeten, sagten wir immer wieder das gleiche: »Paß auf dich auf! « - »Paß auf dich auf!« - »Paß auf dich auf! « - »Du sollst auf dich aufpassen! « - »Paß auf! « Peter ist noch nicht begraben, und er ist schon Vergangenheit. Es wird schon im Plusquamperfekt von ihm gesprochen. Jemand braucht nur drei Minuten nicht mehr zu atmen, dann ist er *gewesen.* Was immer Peter gesagt hat und was festgehalten war in ein paar Fernseh-Interviews, das zeigt man so wie von einem, der schon seit fünfzig Jahren tot ist. Diese Schnellebigkeit bringt mich um. Ich habe einen Alptraum vom eigenen Tod, den ich auch für Peter geträumt haben könnte: Jemand stürzt in eine Kneipe und sagt: »Wißt ihr, was passiert ist? Stellt euch vor: Peggy ist tot. « - »Waaas? Um Gotteswillen! Was ist los?« - »Peggy ist tot! « - Und dann sagt einer: »Ja, aber vorgestern hab ich sie doch noch in der Premiere gesehen. In der Pause. In Othello.« - »Ach nee, du warst auch drin? Und wie wars?«

Konkret 06/82, S. 104

Hartmut Schulze

Video

Video, der kleine Bruder vom Big Brother, is watching you. Schon wieder ist ein neues Medium dabei, die Macht über seine Benutzer zu übernehmen

Loriot steht im Flur und freut sich über ein Geschenk seiner Mutter Bertha Pannislowski. Aus Massachusetts. den schwitzenden Möbelträgern erklärt er: »Wir möchten die Ankunft des Klaviers und die freudige Überraschung im Familienkreise als Film festhalten. Also, nicht Film - so, äh, Video. Video-Recorder, äh, auf Cassette. Wir haben ein TV-Heimgerät, und wir schicken dann die Cassette meiner Mutter in die Staaten ... «

Als dieser Spot vor drei, vier Jahren ausgestrahlt wurde (glücklich, wer ihn damals schon aufzeichnen konnte), hätten die Medienpolitiker der Bundesrepublik besser hingucken sollen. Vielleicht wäre dann die Diskussion ums Privatfernsehen anders verlaufen. Denn heute haben wir es bereits, das private Fernsehen: Bis Ende dieses Jahres werden in jedem zehnten Fernseh-Haushalt Programme zu sehen sein, die nicht von unseren öffentlich-rechtlichen Anstalten kontrolliert werden: aus der Video-Cassette.

Vor drei Jahren, die ersten billigen Betamax-Recorder waren gerade in die Schaufenster gekommen, stritten auf den »Hamburger Medientagen« Journalisten, Techniker und Politiker um »Die Zukunft des Rundfunks«. Sozialdemokraten und Gewerkschafter warnten vor Fernsehsucht und allgemeiner Bildschirmverblödung durch privates Kabel- und Satelliten-TV. Auf den 330 Seiten des Protokollbuches der Tagung kommt das Stichwort »Video-Cassette« fünfmal vor, und das auch nur in Nebensätzen. Allein der damalige ZDF-Programmdirektor Dieter Stolte forderte, »daß wir für die Zukunftsentwicklung der Medien Bildplatte und Video-Cassette stärker beachten sollten«. Kaum jemand hat damals auf ihn gehört, aber auch kaum jemand kann widersprechen, wenn Stolte heute, inzwischen ist er ZDF-Intendant, feststellt: »Im Augenblick ist das, was sich auf dem Video-Sektor abspielt, bedeutsamer als die langfristig wichtigen Diskussionen über die Verfassung des Rundfunks.«

Ein halbes Jahr nach Stoltes Hamburger Warnung standen in den bundesdeutschen Wohnzimmern bereits 170.000 Video-Recorder. Bis heute hat sich diese Zahl schon verzehnfacht, und bis Ende 1982 werden 2,3 Millionen Fernseh-Aufzeichnungsgeräte verkauft sein (zum Vergleich: 1955, zweieinhalb Jahre nach den ersten regelmäßigen Fernsehsendungen, gab es erst 100.000 TV-Geräte). 1981 hat die Video-Branche auf dem deutschen Markt 2,3 Milliarden Mark (in Hardware, also den Geräten, und Software, also den Programmen) umgesetzt. In diesem Jahr sollen es 3,1 Milliarden Mark werden, die Firmen rechnen also mit einer Zuwachsrate von fast 40 Prozent. Damit ist die Video-Industrie nach den Verwandten aus der Computer-Technik der expansivste Wirtschaftszweig. Und das mitten in der Krise - oder vielleicht auch wegen der Krise: Arbeitszeit, die durch das Bildschirm-Gerät im Betrieb überflüssig geworden ist, kann vor dem Bildschirm-Gerät zuhause totgeschlagen werden.

Dafür taugen die drei Kanäle des öffentlich-rechtlichen Programms nur noch in Ausnahmefällen, nämlich dann, wenn - je nach Geschmack - in viel zu großen Abständen die Astro-Show, ein alter Bogey oder eine Rocknacht ausgestrahlt wird. Die besten Förderer des neuen Privatfernsehens sind ARD und ZDF geworden mit ihrem ausgewogenen Schnarch-Programm, mit einer aberwitzigen Bürokratie, die sich selbst verwaltet, und mit einem unsinnigen Aufwand an technischen Kosten, der sie zu alledem auch noch in den ökonomischen Ruin treibt.

In ihrer Häme gegen die öffentlich-rechtliche Konkurrenz ist die Video-Industrie denn auch kaum zimperlich: »Rolf Homann ist einer, der in jeglicher Beziehung großen Wert auf sein eigenes Programm legt. Und so wäre es schon großer Zufall, hätte er just im gleichen Augenblick wie Werner Höfer Lust auf einen internationalen Frühschoppen. ...nach Marilyn ist ihm schon mal öfter. Und dann schaltet er auf das 4. Programm.« So wirbt ein japanischer Elektro-Konzern für seine Recorder in doppelseitigen Anzeigen.

Und jeder neue Video-Recorder höhlt das Programm-Monopol der Sendeanstalten weiter aus - daher Dieter Stoltes Sorge. Was nutzt ein Verteidigungskampf um hehre Ziele (ZDF-Richtlinien, die sinngemäß auch für die ARD-Sender gelten: »Das Programm soll umfassend informieren, anregend unterhalten und zur Bildung beitragen. Es soll zu kritischem Denken ermutigen, zu Gespräch und Eigentätigkeit anregen.«) - was nutzt alle gutgemeinte medienpolitische Ethik, wenn sich heutzutage jeder zum Preis eines Farbfernsehers in die Lage versetzen kann, alles zu sehen. was und wann er will? Von Rosenthal bis Löwenthal, von Maria Hellwig bis Fides Krause-Brewer. Videoten (Branchen-Jargon), die lieber Hildebrandts »Scheibenwischer« oder die »Aspekte«-Sendung aufzeichnen wollen, die sie wegen eines Opernbesuches verpaßt haben, kommen dabei mit weniger Leer-Cassetten aus.

Im Schnitt werden pro Recorder im ersten Jahr 15 Leer-Cassetten angeschafft. Die Industrie- rechnet also für 1982 mit einem Absatz von 15 Millionen Stück. Da (vorläufig noch) nur jeder zehnte Video-Kunde auch eine Kamera besitzt, werden sie fast ausschließlich mit öffentlich-rechtlicher »Software« gefüllt. Durch die heimische Auswahl unterscheiden

sich die dann zusammengeschnittenen Privatprogramme allerdings vom Kommerz-Fernsehen nur noch durch das Fehlen der Werbespots.

Eine demoskopische Untersuchung im Auftrag des Burda-Verlages hat ergeben, daß zu zwei Dritteln Western, Krimis und andere Spielfilme aufgezeichnet werden, politische und kulturelle Sendungen waren in der Erhebung kaum zu beziffern.

Die Anleitung zur »richtigen« Auswahl der Sendungen, die mitgeschnitten werden sollen, geben immer häufiger Video-Zeitschriften, von denen es mittlerweile ein knappes Dutzend gibt. Sie liefern meist auch gleich die Etiketten für die bei ARD und ZDF geschnorrten Filme.

Die Gesellschaften zur Wahrung von Urheberrechten, vor allem die GEMA, scheinen hier - im Gegensatz zu anderen Ländern und im Gegensatz zur deutschen Praxis bei Ton-Recordern - noch kein Problem zu sehen. Immerhin kam im offiziellen »Tagebuch« der internationalen Messe »Video '82«, die Anfang Mai in Berlin stattfand, auch der GEMA-Vorstand Prof. Dr.jur.h.c. Erich Schulze zu Wort. Und zwar mit einem Gedicht: »Es geht nichts verkehrt, / wenn du machst, was die GEMA lehrt: / Bei Musik an den Autor denken, / auch er kann nichts verschenken.« Denken kostet ja nichts. In Schweden zum Beispiel wird gerade eine gesetzliche Regelung vorbereitet, die die Urheber-Tantiemen durch einen 10 bis 20prozentigen Aufschlag auf die Recorder-Preise garantieren soll. Und die britische BBC; Vorbild unseres öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehsystems, wehrt sich gegen die massenhafte Selbstbedienung durch Video-Fans, indem sie selbst Cassetten von ihren populärsten Sendungen anbietet. So fanden sich beispielsweise in der englischen Video-Hitliste Vom letzten Dezember gleich drei BBC-Produktionen auf den ersten Plätzen: »The Royal Wedding«, featuring Charles und Lady Di, und zwei Rock-Bänder mit Deep Purple und Toyah.

Solche Hitparaden gibt es seit einigen Monaten auch bei uns. Im Moment liegen Kino-Erfolge wie »The Bronx«, »Auf dem Highway ist die Hölle los« und »Das Boot« an der Spitze. Natürlich fehlen auf solchen Listen Raubkopien (die die Branche heute schon um jährliche Einnahmen von über 300 Millionen Mark bringt) und Porno-Produktionen. Um die sollte sich eigentlich die Bundesprüfstelle kümmern. Und um die zahllosen Zombie-, Kannibalen- und neuerdings auch Nazi-Filme. Aber erst 25 jugendgefährdete Bänder wanderten auf den Index.

Bespielte Video-Kassetten werden von rund 100 Firmen angeboten, oft sind das Tochterunternehmen der großen Filmgesellschaften. Erfolgreich sind aber auch reine »Zweitverwerter« wie der Medien-Discounter Arcade. Der brachte es innerhalb des letzten halben Jahres auf eine Umsatzsteigerung von null auf zehn Millionen Mark. Jüngster Hit, rechtzeitig zur Weltmeisterschaft veröffentlicht: »Fußball in Action«, ein Zusammenschnitt der schönsten WM-Tore aus den Jahren 1930 bis 1960.

Der Preis pro Programm-Cassette liegt zwischen 100 und 250 Mark, illegale Kopien (fast jedes zweite bespielte Band soll eine Piraten-Produktion sein) kosten meist nur die Hälfte. Insgesamt sind zur Zeit fast 4.000 Spielfilme im Angebot, monatlich kommen mehrere Dutzend hinzu. In etwa 4.000 Verkaufsstellen (so viele, wie es bei uns Kinos gibt) werden sie angeboten, in Rundfunkgeschäften, Videotheken und neuerdings auch in Lebensmittel-Supermärkten. Bald auch an Tankstellen?

Die Fachzeitschrift »Media Perspektiven« hat die Spielfilm-Palette des vergangenen Jahres von 26 Video-Produzenten analysiert. Von den 1.780 untersuchten Filmen könnte fast die Hälfte nach den herrschenden Programm-Richtlinien nicht im Fernsehen gezeigt werden: Sex-Produktionen (330), und Brutalo-Streifen jedweder Art, Western-, Eastern-, Horror-, Action- und Kriegs-Filme.

Und die andere Hälfte des Spielfilm-Angebots ist vielleicht fernsehtauglich, aber für unsere finanzschwachen Anstalten bald kaum noch zu bezahlen. Auf den internationalen Filmfestivals von Cannes oder Berlin werden die Verwertungsrechte für Spielfilme nach den Geboten der Video-Vertriebe ausgerichtet, und da haben sich die Preise in den letzten Jahren vervielfacht. Vor zwei Jahren noch wurde kaum jemals mehr als 100.000 Mark für eine Lizenz gezahlt, die Rechte für den jüngsten Video-Hit »Auf dem Highway ist die Hölle los« kosteten schon 800.000 Mark. ARD und ZDF können da nicht mehr mithalten. So sind heute bereits täglich mehr Spielfilme auf Videokassette verfügbar, als Fernsehanstalten und Kinos zusammen in einem ganzen Jahr zeigen.

Für den Konsumenten dagegen ist es allemal billiger, sich einen Videofilm für 8 bis 16 Mark pro Tag auszuleihen, als zusammen mit der Familie ins Kino zu gehen. Da kostet der Filmspaß dann nämlich inklusive Fahrkosten mindestes 50 Mark. Und in den neuen Schachtel-Kinos ist die Leinwand auch nicht mehr viel größer als der heimische Bildschirm.

Die Gesamt-Auflage aller bespielten Video-Cassetten lag im letzten Jahr bei knapp einer Million, und drei Millionen mal wurden in den Videoclubs Cassetten ausgeliehen (inzwischen gibt es auch schon, entsprechend den Lesemappen, einen Seh-Zirkel »Video Daheim«). 85 Prozent der verkauften Cassetten zeigen Sex- und Spiel-Filme, fünf Prozent bieten Unterhaltungs- und Musik-Programme, sechs Prozent sind für die Kinder, und eine von hundert Cassetten präsentiert ein Bühnenstück. Zum schmalen Rest der Ratgeber- und Bildungsprogramme mag dann auch diese Cassette gehören, die gerade im »telewissen VideoVerlag« erschienen ist: »Feuer im Kamin - Lebensnahe Stimmungsbilder zur Erholung und Meditation« - eine Stunde lang knackt und prasselt der Ofen.

Wie die Qualität der Filme, so die Qualität der Fachzeitschriften, in denen sie vorgestellt werden. Die älteste und auflagenstärkste (monatlich 170.000 Exemplare) ist »video«. (Textprobe: »Die Tage der Bucherfindung Gutenbergs sind gezählt. «) Das Blatt besteht zur Hälfte aus Werbung. Daneben gibt es einige wenige Blätter wie »Video Kontakt«, in denen schon mal medienkritische Töne durchschlagen und sachliche Produktinformation geliefert wird. Das Gros der Video-Presse jedoch bewegt sich auf dem Niveau von Cassetten wie »Li Feng, die einarmige Schwertkämpferin«.

Zum Beispiel »Vis«, die - so der Untertitel - »Zeitschrift für das private Fernsehen«. »Vis« erscheint seit kurzem im Verlag einer mittelständischen Druckerei im Harz. So ziemlich die einzige eigenständige Leistung der Redaktion ist die Einführung des Wortes »Vilm« in den Sprachgebrauch der Videoten. Ansonsten sind die Spalten für die Industrie weit offen. In »Unser aktuelles Interview« wird der Geschäftsführer der Recorder-Firma Fisher, Friedrich Herrnböck, »befragt«. Auszug: »VIS: Fisher ist sehr beliebt im Fachhandel und wird gerne aufgenommen ... Herrnböck: Der Verbraucher hat das Fabrikat Fisher gerne aufgenommen und -ist mit der Qualität und dem Preisleistungsverhältnis zufrieden... VIS: Wir danken Ihnen für dieses Gespräch.« Um den Proporz zu wahren, werden dann auf einer (redaktionellen) Seite mit neuen Produkten ausschließlich Geräte der Firma Siemens vorgestellt. Die Monatszeitschrift kostet übrigens sechs Mark und ist offensichtlich ein Erfolg. Denn soeben hat der Verlag »playtronic« auf den Markt gebracht, ein Blatt, in dem die Anzeigen für Unterhaltungselektronik und die entsprechenden redaktionellen PR-Texte mit ein paar halbnackten Mädchen garniert werden. Die ganz nackten kommen dann (auch aus demselben Verlag) ab Juni in den Handel: »Video intim« will »die Szene um den privaten Bildschirm behandeln und die Mittel und die Möglichkeiten für eine verständnisvolle Intimsphäre zwischen den Partnern aufzeigen«.

Neben der Propaganda für Recorder, Zubehör und Programmen widmet sich die Video-Presse - bloß nicht weg vom Bildschirm! - auch immer häufiger den Heimcomputern und Telespielen, Produkte, die einen ähnlichen Boom erleben wie Video. 1979 wurden in der Bundesrepublik 20.000 Telespiele verkauft, im vergangenen Jahr waren es schon 90.000. Wenn man pro Spielgerät vier Kassetten rechnet, hat die Branche allein 1981 rund 360.000 Stück zum Durchschnittspreis von 100 Mark abgesetzt. (Ein besonders apartes Spiel hat der Marktführer Atari jetzt auf der Hannover-Messe vorgestellt: eine AKW-Cassette, die den Harrisburg-Unfall auf die Mensch-ärger-dich-nicht-Ebene bringt.)

Möglich, daß der gesamte Video-Markt im nächsten Jahr, nach der Einführung der Bildplatte, noch einmal kräftig durchgemischt wird. Niemand kann sicher sagen, ob sich das neue Medium nach einem Fehlstart Ende der siebziger Jahre nun doch noch durchsetzen wird. Denn bei allen Vorteilen (brillante Bildqualität, niedrigere Preise bei Abspielgeräten und Software) hat die Platte einen entscheidenden Nachteil: man kann keine Aufnahmen machen. Außerdem konnten sich die Hersteller wie schon bei den Video-Recordern wieder nicht auf ein gemeinsames System einigen, sondern lassen drei verschiedene miteinander konkurrieren.

Die meisten Recorder-Produzenten haben sich dagegen inzwischen auf ein einheitliches, allerdings völlig neues Video-System verständigt: auf Mini-Kassetten im 8-mm-Format, die kaum größer sind als Ton-Kassetten. In zwei Jahren sollen sie auf den Markt kommen, und kurz darauf eine Erfindung, die dem Zelluloid-Heimkino endgültig den Garaus machen wird: die Kamera mit eingebautem Recorder, kaum größer als eine Super-8-Kamera, dafür 'aber (weil die Entwicklungskosten für Filme wegfallen) wesentlich billiger.

Heute dagegen erregt der Tourist, der seine Kamera samt 7-Kilo-Recorder auf die Akropolis schleppt, noch mehr Mitleid als Neid beim flinken Super-8-Filmer. Die Arbeit mit der Video-Kamera ist denn auch noch eher Sache von Medien-Zirkeln in der Anti-AKW- und der Hausbesetzer-Bewegung. Und vor allem Sache von Geschäftemachern.

Zahlreiche Firmen versprechen »Partnerwahl durch Video« oder - weltläufig - »Lonely Hearts on Video«. Für 250 Mark (Frauen zahlen 50 Mark weniger) kommt die bewegte Kontaktanzeige ins Archiv des Vermittlers. Und bevor der Tod euch scheidet, bietet eine Berliner Firma als besonderen Service das »Testament auf Video«. Inhaber Werner Bonfig: »In dringenden Fällen kommen wir mit der Videokamera ans Sterbebett.«

Zu einem wichtigen ökonomischen Faktor hat sich auch Türk-Video entwickelt. Vor allem in Hamburg und Westberlin gibt es Dutzende von Video-Läden, die sich ausschließlich an Türken wenden. Und auch die Geräte-Industrie hat den Markt der anderthalb Millionen Gastarbeiter aus Kleinasien entdeckt: Telefunken verkauft seine Recorder inzwischen mit türkischer Gebrauchsanweisung. »Videocassetten«, schwärmt der Branchendienst »AV Werbung«, »sind für die türkischen Gastarbeiter ein eindeutiges Escape-Medium. Hier finden sie ihre Welt wieder, ihre Moralvorstellungen, hier erleben sie ihre Heimat in der häuslichen Atmosphäre ihrer Gruppe und können für anderthalb Stunden ihre Probleme vergessen.« Und warum sollte man sowas nicht ausnutzen können? Eine »Arbeitsgemeinschaft türkischer Video-Filme« in Nürnberg hat die Rechte an 300 türkischen Spielfilmen aufgekauft, die sie nun über 500 Händler in je 2.000 Kopien vertreibt. Die Cassetten werden fast ausschließlich verliehen, und zwar durchschnittlich viermal pro Woche, und dann jeweils von mehreren Personen gesehen. Werbefachleute haben ausgerechnet, daß es so zu 084.000 echten Kontakten pro Film« kommt, und spicken die türkischen Streifen nun mit Werbespots. Nach amerikanischem Vorbild immer an den spannendsten Stellen, fünfmal im Film. Eine Einblendung von 30 Sek. kostet 34.000 Mark.

Aber auch das deutsche Publikum wird immer häufiger mit Werbung per Video konfrontiert. Kann man die reklamedurchsetzten Videoprogramme, die neuerdings in Hotels angeboten werden, noch abstellen, kann man der flimmernden Litfaßsäule auf Bahnhöfen noch den Rücken zudrehen, so bleibt der Patient im Wartezimmer der Pharmawerbung vom Bildschirm ausgeliefert. In fast 1.600 deutschen Arztpraxen laufen bereits Videosendungen mit seichten Aufklärungs- und Unterhaltungsprogrammen und mit zehn Prozent Reklame. Um vor kranken Menschen, die nicht weglaufen können, wenn sie nicht zu einem videofreien Arzt wechseln wollen, ihre Mittel zu preisen, zahlt die Arzneiindustrie 200.000 Mark pro Werbeminute.

Natürlich wird auch die erste »Video-Zeitung« durch Werbung mitfinanziert, mit der ein Provinzblatt bundesweites Aufsehen erregen will. Ab Herbst soll die Koblenzer »Rheinzeitung« mit einem Tagesprogramm auf der Mattscheibe erscheinen. Nicht im spröden Videotext-Verfahren, sondern als lokales Fernseh-Feature, das an zentralen Stellen der Stadt, vor allem aber auf Geräten in den Schaufenstern der werbenden Geschäfte zu sehen sein wird.

Ein ähnliches Lokal-Fernsehen (wobei der Begriff doppelt wörtlich genommen wird: die Vorführungen finden in Kneipen statt) erprobt eine Videogruppe seit Anfang März im hessischen Landkreis Limburg-Weilburg. Wer allerdings bei dem Begriff Videogruppe an alternative Medienarbeit nach dem Muster der rund 40 linken Video-Initiativen denkt, liegt falsch. Die halbstündige Wochenschau in den Wirtshäusern an der Lahn will eine ganz andere Alternative: »Das Programm könnte auch für den Regierungswechsel genutzt werden«, sagt Dieter Weirich, der Initiator dieses neuen Lokalfernsehens (»ein bißchen heile Welt, ein bißchen human touch«). Weirich ist der medienpolitische Sprecher der hessischen CDU, und sein Parteifreund Uwe Max Ferck, ebenfalls Mitglied der Medienkommission der Hessen-Union, ist als Chef der Wiesbadener Werbeagentur Comtel für die technische und kommerzielle Betreuung des Testprogramms zuständig.

Übrigens: die deutsche Übersetzung des lateinischen Wortes »video« heißt »ich sehe«. Dabei sehen die Apparate doch gar nicht, sie zeigen. Nur, »ich zeige« heißt auf lateinisch »monstro«.

Konkret 06/82, S. 114

Heinrich Böll, Robert Stauffer

Die Kirche fault

»Verkniffen«, »blind«, »Aussteiger« - so greift der Vorsitzende des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Hans Maier, die Friedensbewegung an. In KONKRET bezieht der Schriftsteller Heinrich Böll Stellung. Robert Stauffer sprach mit ihm:

KONKRET: Vor nicht allzu langer Zeit hat die »Bild«-Zeitung wieder mal in großer Aufmachung gemeldet, Sie und Ihre Frau seien aus der Katholischen Kirche ausgetreten.

Böll: Wir sind schon 1976 ausgetreten und haben das auch notariell gemacht. Die »Bild«Zeitung war also mal wieder reichlich spät. Wir haben bei unserer schriftlichen Erklärung ausdrücklich klargestellt, daß wir aus der »Körperschaft Deutsche Katholische Kirche« austreten. Merkwürdigerweise ist diese Formulierung nicht akzeptiert worden, sondern man hat uns bestätigt: »Sie sind aus der katholischen Kirche ausgetreten.« Was nicht zutrifft. Hier wurde eine Wörtlichkeit verfälscht, die uns sehr wichtig war, die denen offenbar unwichtig war. Ich glaube gar nicht, daß man aus der katholischen Kirche austreten kann. Der Begriff Kirche ist ja bei uns nie geklärt oder erklärt worden. Was ist das überhaupt: Kirche? Bin ich Kirche, ist der Papst Kirche, sind wir alle zusammen Kirche? Wäre ich schwedischer Katholik, englischer, französischer, italienischer, litauischer - niemals wäre ich ausgetreten, weil die Verbindung von Kirche und Staat, die eine sehr vertrackte ist in Deutschland, wahrscheinlich nur noch ähnlich in der Schweiz, dort gar nicht existiert. Dann habe ich die Theologen gebeten, mir den Unterschied zwischen Körperschaft und Körper zu erklären. Zum Körper rechne ich mich noch zugehörig, zur Körperschaft organisierter Deutscher Katholizismus nicht. Obwohl ich immer noch Deutscher und Katholik bin.

KONKRET: Worin unterscheidet sich denn die Körperschaft der deutschen Katholiken von derjenigen des mediterranen Raums?

Böll: Sie ist straff organisiert, hat politisch und gesellschaftlich eine ausgesprochen reaktionäre und militante Haltung nach dem Krieg eingenommen, hat es trotz gewisser erheblicher Kollaboration mit dem Nazismus verstanden, sich als verfolgt darzustellen, hat entsprechend auch finanziell abgestaubt und hat eine verheerende gesellschaftlich-politische Wirkung gehabt. Zum Beispiel ist die Wiederaufrüstungsdebatte, die eine ganz wichtige Debatte im Deutschland der frühen fünfziger Jahre war, praktisch ohne Katholiken geführt worden. Die katholischen Frauenverbände, die katholischen Jugendverbände sind damals lautlos, ich kann schon sagen: gleichgeschaltet worden mit der Adenauerschen Wiederaufrüstungspolitik. Dasselbe trifft auch auf die Katholischen Jugendverbände zu. Bedenken Sie, daß 1953 acht Jahre nach dem Krieg war, wo viele Mütter, viele katholische Frauen sich noch hätten erinnern können, wieviel Söhne, Geliebte, Verlobte, Männer sie verloren hatten. Wir haben diese Entwicklung verfolgt, und unser Austritt erfolgte gar nicht aus einem bestimmten Anlaß. Ich glaube zum Beispiel, Günter Grass ist anläßlich der Diskussion um den Paragraphen 218 aus der katholischen Kirche ausgetreten. Solche Dinge wären für uns kein Anlaß gewesen. Es war einfach ein Entwicklungsprozeß. Wir haben uns innerlich entfernt von diesem korporierten Katholizismus und haben uns dann gesagt, wir entfernen uns auch nominell von ihm.

Ich sehe heute in der Abrüstungsdiskussion eine ähnliche Entwicklung. Da wird also vom Zentralkomitee Deutscher Katholiken (ein merkwürdiges Wort übrigens, Zentralkomitee) gesagt: Die deutschen Katholiken beschließen so und so. Wer ist das? Wer spricht da für wen? Es gibt, glaube ich, 25 Millionen Katholiken in der Bundesrepublik. Spricht das Zentralkomitee für diese 25 Millionen? Da wird angesichts dieser Waffen ein ungeheuer wichtiges Problem, über das man streiten kann, Abrüstung, Aufrüstung, Nachrüstung und so weiter, einfach geglättet und gesagt: besser aufrüsten. Diese korporierte Arroganz und Unverschämtheit lassen diese komischen deutschen Katholiken einfach über sich ergehen. Das lassen die Bischöfe so laufen, da gibt's aber auch nicht eine Stimme.

Die Entwicklung des korporierten deutschen Katholizismus seit unserem Austritt hat unsere Reue immer geringer gemacht. Bei unserer Erziehung, auch der meiner Frau, die eine sehr gläubige und auch theologisch gebildete Katholikin ist, können Sie sich vorstellen, daß man einen solchen Schritt nicht hundertprozentig tut. Ich glaube, daß kein Mensch sich hundertprozentig aus einer so starken Bindung löst, egal, ob er Kommunist oder Sozialdemokrat ist. Da bleibt ein Rest. Sagen wir, der betrug bei mir sieben bis acht Prozent Zweifel. Diese sieben Prozent sind geschrumpft auf drei Prozent. Aber ich maße mir an, mich immer noch katholisch zu definieren. Ich bin sicher, daß alles neu definiert werden muß. Auch das Wort katholisch.

Wäre ich Italiener, was ich leider nicht bin, wäre das überhaupt kein Problem. Dann könnte ich sogar Kommunist und Katholik sein. Und stellen Sie sich das mal in Deutschland vor! Bei uns ist ein Rückschritt im Gange, den ein Nichtkatholik gar nicht verstehen kann. Als gesamte Korporation ist der deutsche Katholizismus im Zustand der Lähmung. Und wenn die Rebellion nicht bald erfolgt, dann wird es eine gelähmte, eine brave, gehorsame, gut zahlende, aber gelähmte Kirchenprovinz werden.

KONKRET: Die katholische Kirche hat ihren Stellvertreter Jesu Christi, den Papst in Rom, heute der polnische Woytila Papst. Was für einen Eindruck haben Sie von diesem Papst?

Böll: Ich glaube, daß das Polnische an ihm sehr wichtig ist. Alles, was er sagt und tut, ist doch durch den polnischen Katholizismus bestimmt, der ein ganz spezieller ist. Der hat große Qualitäten, und ich finde, daß sie in der letzten Enzyklika zum Ausdruck gekommen sind, wo der Papst feststellte, daß das Kapital durch Arbeit entsteht. Wenn man weiterdenkt, dann wird an allen Börsen der Welt mit Arbeit gehandelt.

In New York, in London, in Düsseldorf wird also mit Arbeit gehandelt. Das finde ich eine großartige Feststellung. Was ich mir erlaube falsch zu finden, ist die Haltung zum Zölibat, zum Eheverbot für Priester. Ich weiß nicht, was dieses strikte Festhalten an einem Gesetz bedeuten soll, das historisch nicht haltbar ist. Beim Zölibat, der was weiß ich von wievielen Priestern permanent verletzt wird, geht eine Entwicklung vor sich, die wirklich der Fäulnis gleicht.

Der polnische Katholizismus ist unter anderem bestimmt durch den Widerstand gegen die Orthodoxie, die ihn verfolgt hat, und gegen den Protestantismus der Preußen, der ihnen nicht sehr wohlgesonnen war. Und der hat Formen im Gottesdienst und auch im Ansehen des Klerus entwickelt, die in Westeuropa kaum noch verstanden werden. Ich will das damit nicht verurteilen oder beurteilen und will die Menschen in ihrer historischen und geographischen Situation so belassen. Ich habe teilweise den polnischen Katholizismus bei Gottesdiensten kennengelernt: Das hat mir Respekt und auch Rührung eingeflößt, aber es ist nicht unsere Form. Verglichen damit sind wir fast Protestanten.

KONKRET: In den letzten Jahren hat sich die evangelische Kirche durch einzelne Pastoren stark engagiert und auch profiliert, etwa als Gegner von Atomkraftwerken, aber auch bei der Friedensbewegung. Die katholische Kirche ist da gar nicht vorhanden. Wie kann man sich das erklären, denn es gibt doch auch junge Theologen und Priester, denen der verkrustete Klumpfuß der Hierarchie schon durch ihre Erziehung zuwider sein muß.

Böll: Ja, es gibt junge Katholiken genug, die nicht einverstanden sind mit der Haltung und der Politik der Hierarchie und der Korporation. Zum Beispiel die katholischen Jugendverbände, die ja doch in einer aufsässigen Stimmung sind, Gott sei Dank. Aber der Schritt, sich aus der Korporation zu lösen, ist offenbar sehr schwer. Da wirken, noch Ängste und wahrscheinlich auch Drohungen mit.

Wenn Sie sich vorstellen, wie gering etwa der Kirchenbesuch ist oder die Beteiligung an den Kirchen-Wahlen, dann frage ich mich, was das für ein schnöder Verein sein muß, der von Leuten einfach die Steuern kassiert, obwohl die im Grunde gar nichts mehr mit der Kirche zu tun haben. Wie zum Beispiel die Verkäuferin oder der Bankangestellte, die automatisch ihre Kirchensteuer weiterzahlen, weil sie vielleicht kirchlich beerdigt werden möchten. Der umgekehrte Prozeß, daß sich die Kirche möglicherweise distanziert und sagt, nein, Kinder, euer Geld wollen wir auch nicht, der wird nie stattfinden, denn da gilt der Spruch: Kleinvieh macht auch Mist. Aber ich glaube, in dem Fall gilt: Das Kleinvieh macht überhaupt den Mist. Es müßte möglich sein, den Katholiken beizubringen, daß man frei katholisch sein kann. Ein schweres Wort, ein neues Wort. Es muß also eine ganz andere Form der Reformation vollzogen werden, es müssen viel mehr rebellische Äußerungen von Laien kommen, dieser verkrusteten Gesellschaft gegenüber.

Diese Lähmung, die den Menschen das Denken abnimmt; ist ja die alte katholische Tradition, d. h. ihr dürft euch keine Gedanken machen, auch nicht über das Neue Testament. Wir nehmen euch das Denken ab, macht euch keine Sorgen über die Nachrüstung oder Aufrüstung, das klären wir für euch. Das ist natürlich eine verheerende Feststellung, die auf kein anderes Land der Welt zutrifft.

Deutschland ist insofern ein spezielles Problem, weil den Deutschen besonders auf die Finger geguckt wird. Hier hat Luther eben seine Wirkung gehabt, und von hier aus ist die Reformation. in die ganze Welt gegangen. Die Deutschen müssen sich einfach von dieser Bevormundung befreien. Und auch von dem Exkommunikations-Komplex, der noch für die Generation vor mir, also für meine älteren Geschwister, für die Publizisten von der Generation von Walter Dirks und Ida Frederike Görres eine ungeheure Hemmung war. Die haben immer noch Angst gehabt, mein Gott, wir werden exkommuniziert und kommen dann nicht in den Himmel oder was weiß ich. Das hat schon für meine Generation und erst recht für die, die jünger sind als ich, überhaupt keine Rolle mehr gespielt.

KONKRET: Aber es hat doch auch Papst Johannes XXIII. gegeben, die Einberufung des Konzils, es sah alles nach Öffnung aus, eine Befreiung, eine Veränderung der Kirche stand bevor.

Böll: Ja, die Veränderung hat auch stattgefunden. Nur gibt es eben nicht ein bißchen Freiheit, so wenig wie man nur ein bißchen schwanger sein kann. Wenn man die Theologie zur Wissenschaft erklärt, was man ja tut, kann man ihr keine Grenzen setzen. Das sehen Sie an all den Fällen, auch an dem Fall des Tübinger Theologen Küng. Entweder ist er ein Wissenschaftler, oder er ist ein gehorsamer Kirchendiener. Und die Befreiung, die Papst Johannes XXIII. eingeleitet hat, eine immer noch großartige Sache, findet ja in anderen Teilen der Welt statt, schreitet fort. Was etwa in Südamerika passiert, ist ohne ihn nicht denkbar, und das schreitet fort, das wird auch nicht mehr gebremst werden. Ich habe unlängst gelesen, daß irgendein sehr reaktionärer brasilianischer Bischof behauptet hat, ein Drittel des brasilianischen Episkopats, - das wären also ungefähr 60 oder mehr, - seien Kommunisten? Das sind keine Linksintellektuellen, die da komische Dinge

von sich geben, sondern etablierte Bischöfe, und ich kann nur hoffen, daß sich diese Art des Kommunismus ausbreitet. Wenn Sie's genau sehen, hat sich ja etwa in Südamerika schon eine ganz andere Kirche gebildet, für die der Papst zwar noch der Papst ist, aber ich fürchte oder hoffe, nicht mehr so entscheidend das Praktische religiöse Leben beeinflußt. Die unbestreitbare Tatsache, daß eben die katholische Kirche jahrhunderte-, wenn nicht jahrtausendelang auf Seiten der Besitzenden und auf Seiten der Kolonisatoren gewesen Ist, rächt sich erheblich. Hier in der Bundesrepublik wird die Abhängigkeit, die Hörigkeit, dagegen immer noch stärker.

Natürlich wird der Klerus geprüft an der Glaubwürdigkeit seines Glaubens. Das ewige Gerede von der menschlichen Schwäche ist ja dumm. Wir sind alle Menschen, wir sind alle schwach, das tröstet uns nicht. Und was da alles verdrückt wird, was dem Klerus alles übersehen, verziehen wird, das möchte ich gerne auch den Laien verziehen wissen, denen man dann so ihre Sünden vorhält. Das ist ja anachronistisch, daß es eine innerkirchliche Gerichtsbarkeit gibt. Wenn sich zum Beispiel ein Priester vergeht, etwa homosexuell oder auch heterosexuell, dann wird er ja in den seltensten Fällen vor ein weltliches Gericht gestellt. Das wird innerkirchlich erledigt. Und wie, weiß keiner, oder wenn man's weiß, wird einem bange. Alle die Privilegien, das sind ja welche, es sind auch materielle Privilegien erheblicher Art, machen die Verkünder des Glaubens immer weniger glaubwürdig.

KONKRET: Eine der umfassendsten Glaubenswahrheiten ist die Aufforderung des Menschen Jesus an die Menschen unter sich, einander zu lieben. Wenn sich nun aber die katholische Kirche so hierarchisch gibt, hat man sehr oft den Eindruck, eigentlich ist dabei noch Liebe das Allerletzte.

Böll: Übertrieben ausgedrückt ist die Amtskirche in der Bundesrepublik die institutionalisierte Lieblosigkeit, notwendigerweise, weil sie an bestimmten Rechten, an einer bestimmten Macht festhalten will und muß. Andererseits ist sie bereit, etliche Augen zuzudrücken, was wieder die Heuchelei und die Fäulnis fördert, wenn es um Personen und auch um Probleme geht, die ihrer Macht nützen. Das ist eine seltsame Praxis, nach außen hin Integrität, und nach innen ein paar Augen zudrücken, wenn es darum geht, die Machtstellung zu erhalten. Das könnte leicht verwechselt werden mit Liebe, ist aber im Grunde Berechnung.

Diese Praxis ist übrigens vom Kirchenvolk, wie man das nennt, eigentlich immer durchschaut worden. Besonders auch die bäuerliche Bevölkerung hat immer eine tiefe innere Reserve gegen den Klerus und damit auch gegen den Klerikalismus gehabt. Und vieles ist einfach auch durch politisch bedingte Loyalität konserviert worden.

KONKRET: Herr Böll, welche Bedeutung hat das katholische Köln während der Nazi-Zeit für Sie gehabt?

Böll: Es war eine mehr oder weniger zuverlässige Landschaft, in der man noch stehen und leben konnte. Das ist schwer zu erklären, weil so ein Wort wie katholisch bestimmte Vorstellungen hervorruft, nämlich die Vorstellung von einer Einheitlichkeit, die es nie gegeben hat. Genau wie der Begriff evangelisch eine Einheitlichkeit hervorruft, die es auch nie gegeben hat. Der Kölner Katholizismus war frivol gegenüber dem Klerus, mit dem die Stadt Köln eine. ungeheuer lange und merkwürdige Erfahrung hat, - wie oft sind die Kölner exkommuniziert worden! - und gleichzeitig herrschte doch eine tiefe Frömmigkeit, die außerhalb des Klerus existierte. Da gab's natürlich auch Korruption, Verführbarkeit und Anpasserei, aber eigentlich unanfechtbar durch den Nazismus. Ich habe das als große Stütze und auch als Trost empfunden, weil wir einen großen Bekanntenkreis hatten, der sich aus dem katholischen Milieu rekrutierte. Der war immer zuverlässig.

KONKRET: Kann man bei Ihnen eigentlich von einer Verschränkung zwischen Beruf und Glauben sprechen?

Böll: Sicher, ich bin geprägt von den religiösen Erlebnissen und Eindrücken meiner Kindheit und Jugend. Das war die Lektüre des Neuen Testaments und die verbotene Lektüre des Alten Testaments. Ich habe mich also gegen den Index versündigt, schon als junger Mensch. Und das war ganz entscheidend: das Erlebnis der Liturgie, was auch in allem, was ich schreibe, sichtbar wird durch den Rhythmus und durch die Wiederholungen.

KONKRET: Sie haben von der Glaubwürdigkeit der Kirchen-Vertreter gesprochen - wie steht es denn aber um die Glaubwürdigkeit des Schriftstellers?

Böll: Was einen Schriftsteller, wenn er wirklich einer ist mit all seinen Fehltritten und Fehlern, die er innerhalb seines Berufes und als Person macht, von öffentlichen Verlautbarungen der Kirche, auch der Politiker, unterscheidet, ist die Tatsache, daß er eigentlich den Zweifel immer mitliefert, auch den Zweifel an sich selbst und den Zweifel an seinem Ausdruck. Dagegen sind - Vereinfachung vorausgesetzt - öffentliche Verlautbarungen der Kirche, auch von Politikern, in den meisten Fällen von einer geradezu haarsträubenden Glätte. Da wird nichts, gar nichts offen gelassen.

Ein Schriftsteller kann sich im Stil und im Ausdruck seiner Gedanken ungeheuer verhauen, sich als irrend offenbaren, als fehlerhaft in seiner Form und in seinem Inhalt, während die kirchlichen und politischen offiziellen Äußerungen meistens sich ganz erheblich von den privaten Äußerungen dieser Leute unterscheiden. Da findet ein ständiger Vertrauensverlust statt. Man merkt einfach, und das Fernsehen ist da ein ungeheuer decouvrierendes Phänomen und Medium, man merkt, der und der betet da etwas her. Das ist nicht seine Person die das sagt, er betet einfach eine Katechismusantwort her. Im Katechismus gibt's ja auf alles eine Antwort, da bleibt nichts übrig, kein Zweifel. Das möglicherweise größere Vertrauen in

den Schriftsteller oder auch in den Maler - man kann das durchaus auf die bildende Kunst übertragen, - ist die Tatsache, daß er den Zweifel mitliefert und meistens die Dinge offen läßt, sie nicht schließt, zack, zack, Schluß, das Problem erledigt. Das ist natürlich auch eine formale Frage. Es gibt Kunstwerke, auch schriftstellerische, die so glatt sind, so perfekt sind, daß sie an Glaubwürdigkeit schon wieder verlieren.

Konkret 06/82, S. 119

Harry Rowohlt

Bücher: Ein dickes, katholisches Genie

Weil er für seinen Roman keinen Verleger gefunden hat, brachte sich John Kennedy Toole 1969 um. Zwölf Jahre später erhielt er für sein – einziges – Buch »Ignaz oder Die Verschwörung der Idioten« der Pulitzer-Preis. Harry Rowohlt, Übersetzer und Kenner der amerikanischen Freak-Szene, stellt das US-Kultbuch vor, das jetzt auch bei uns erschienen ist.

Erstmal macht einem die Übersetzung das Lesen zur Qual. »Das Perfekt«, will man dem Übersetzer bei jedem zweiten Satz zurufen, »von Verben der Bewegung wird mit dem Hilfsverb 'sein' gebildet, du Dödel«, und wenn man Schnupfen hat, lispelt bad dicht, sonderd bad spricht durch die Dase, und ein Academy Award ist kein Akademiepreis, sondern ein Oscar, und »realties« sind keine Realitäten, sondern Immobilien...

Aber bevor man sich noch sagt, daß dieses Buch mal wieder für den Hund war, von einem Übersetzer, der weder Amerikanisch noch Deutsch kann, hat einen der Drive des Buches schon gepackt.

Das Buch erzählt die Geschichte von Ignaz Reilly. Der Held aus New Orleans ist unförmig dick, ungewöhnlich katholisch, leidet an einem störrischen Pylorus (= Magenschließmuskel), weshalb er ständig rülpsen und furzen muß, aber oft nicht kann, und an seinem Genie. Meist ist er in seinem Zimmer, notiert *pensées,* musiziert mißtönend und holt sich auf seinen viel zu früh verstorbenen Collie einen runter. Um sich richtig anekeln zu lassen, sieht er fern und geht ins Kino. Er tut nicht viel, aber das tut er wie jener andere Ignaz (von Loyola), ad maiorem Dei gloriam, zur Ehre Gottes.

Myrna Mynkoff, eine frühere Kommilitonin, ist seine intellektuelle Gegenspielerin. Sie teilt ihm (auf der Rückseite von Flugblättern) stets das Wichtigste über ihren jeweiligen Bewußtseinsstand mit. Mal befreit sie die Neger, mal die Frau, dann wieder die Sexualität oder was sonst gerade nicht schnell genug wegrennen kann.

Ignaz wird von seiner Mutter zu geregelter Arbeit angehalten. Er versucht es als Würstlverkäufer - das endet ganz schlimm - und als Buchhalter bei Hosen-Levy. Hier wiegelt er die schwarzen Arbeiter gegen den Chef auf, um einen proletarischen Bildungsroman darüber schreiben zu können, und irgendwie spielt ein mißglückter Striptease mit rein und ein Kakadu; oft sieht es aus, als würde alles wieder gut, aber jede der etwa 20 Hauptfiguren hat so viel Katastrophen-Potential, und alle stoßen irgendwann mal aufeinander, daß man froh sein kann, wenn am Ende das Buch heil bleibt.

Es wäre auch zu schade um das Personal... Hosen-Levy, den ewigen Dulder, Mrs. Hosen-Levy mit ihrem Heimtrainer, die senile Miss Trixie, Wachmann Mancuso, der sich in wechselnden Verkleidungen auf zugigen Männerklos immer stärker verkühlt, Jones, den verbitterten Schwarzen, der, um wie ein original gefährlicher Bimbo auszusehen, bei Tag und Nacht eine Sonnenbrille trägt und deshalb nachts nichts sieht... das sind keine echten Romangestalten wie Anna Karenina oder Felix Krull, sondern mit ganz heftigen Macken behaftete Figuren zum Wiedererkennen und Verlieben - wie die Muppets.

Als John Kennedy Toole sich 1969 umbrachte, war er 32 Jahre alt. Acht Jahre später fand seine Mutter Thelma einen Verlag für den »Ignaz«. Und kurz darauf war es ein Kultbuch der ersten elektronischen Analphabeten-Generation - bei all denen, die mit Literatur nicht viel anfangen können, aber nicht das geringste gegen ein gutes Buch haben, wenn es eins gibt.

Ich frage mich, ob es schön für Toole gewesen wäre, wenn er diesen Erfolg noch erlebt hätte. Das Motto zum »Ignaz« - »Wenn ein wahres Genie in die Welt tritt, erkennt ihr das an den Dummköpfen, die sich dagegen verbünden« - ist von Jonathan Swift, und der mußte es wissen.

Man kann übrigens getrost davon ausgehen, daß J. K. Toole Ignaz Reilly ist, daß der fiktive Ignaz kein wesentlich anderer ist als der reale J. K., der an einem Kolleg namens Loyola studierte.

Ein schönes Thema für eine Diplomarbeit in, Amerikanistik: »Wer verbirgt sich hinter Myrna Mynkoff, und warum hört man nichts mehr von ihr?« Die ersten Studenten durchstreifen für ihre Semester-Scheine bereits das French Quarter von New Orleans auf der Suche nach den Vorbildern für die im alten Stil renovierte Schwulen-WG und die Pinte mit der lasziven Lana Lee und der dämlichen Darlene (alias Harlett O'Hara). Wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, geht man ad fontes.

Er, John Kennedy Toole, hätte die Verschwörung von Idioten, die Groupies, die sich für ihn verbünden, sicher sehr genossen, erleichtert erkannt, daß er kein wahres Genie ist, und noch fünf bis sechs gute Bücher geschrieben.

Ein Jammer.

Denn jetzt dürfte er wegen seines Selbstmordes nicht so ohne weiteres in den Himmel kommen.

Aber da können wir nicht viel tun. Wir können nur beten, daß der »Ignaz« bald als Taschenbuch erscheint.

John Kennedy Toole: »Ignaz oder Die Verschwörung der Idioten«, 436 Seiten, Klett-Cotta-Verlag, 36 Mark

Konkret 06/82, S. 119

Michael Scharang

Bücher: Brauchen wir mehr Inselchen?

In einem US-Bestseller rechnet Tom Wolfe mit dem Bauhaus ab, mit der Architektenschule von Weimar und Dessau, die vor sechzig Jahren das Bauen revolutionierte.

Als »einer der temperamentvollsten Autoren des amerikanischen New Journalism« (Klappentext) ist Tom Wolfe wie kaum ein anderer zur Architektur-Kritik qualifiziert. Denken ist für ihn eine exzentrische Gymnastik: »... im Saal blieb keine Großhirnrinde unentrollt«. Über den Architekten Bruno Taut: »Schließlich war er ja auch ein Marxist, und das in einem Maße, daß auf seiner Stirn die Adern hervortraten.« Wolfe gibt aber nicht nur seine wissenschaftlichen, sondern auch seine architektonischen Vorkenntnisse preis: Le Corbusier »zeigte jedermann, wie man ein berühmter Architekt werden kann, ohne etwas zu bauen«.

Wann immer Wolfe über die antibürgerlichen Absichten der deutschen Bauhaus-Künstler und ihrer Gesinnungsfreunde in anderen Ländern spottet, zwingt er sich zu einem Lachanfall, den er nur dann zum Schüttelfrost steigert, wenn er das schlechthin Böse nennen muß, die Urform architektonischen Verfalls: das deutsche Arbeitersiedlungshaus der zwanziger und dreißiger Jahre.

Um das Maß voll zu machen, wurde dieses Böse in Gestalt der vor den Nazis flüchtenden Bauhaus-Architekten nach Amerika exportiert, wo es die bislang heilen Städte zerstörte. Und die armen Amerikaner konnten sich einfach nicht wehren.

Andererseits darf man die Bauhaus-Architektur samt Folgen durchaus nicht glorifizieren, sie ist voll großer und großartiger Widersprüche. Das beginnt mit der Einsicht, daß architektonische Kriterien immer auch von gesellschaftlichen herzuleiten sind. Wie aber kann man dort sinnvoll für Arbeiter bauen, wo das Bürgertum noch an der Macht ist?

Der fortschrittliche Architekt steht in der bürgerlichen Gesellschaft vor dem Dilemma, entweder nichts oder sehr wenig zu bauen oder sich auf Kompromisse einzulassen. Der Kompromiß macht ihn zum Verräter an den Bedürfnissen derjenigen, die sein Gebäude benutzen müssen; bleibt er aber konsequent und baut nichts, wird er um jede praktische Erfahrung, und seine Intentionen und seine Begabung verdorren zur abstrakten Idee. Der revolutionäre Architekt schrumpft zum revolutionären Geist, und als solcher wird er für die Bourgeoisie wieder hoffähig. Er darf sogar bauen, falls er bereit ist, für die Architekturgeschichte einen modischen Meilenstein zu fabrizieren.

Das Unbehagen an der Architektur bleibt, wenn es die schwierige Situation fortschrittlicher Architekten nicht bedenkt, in romantischen Ressentiments stecken. Wer es sich leisten kann, etwas auf Lebensstil zu halten, sucht Zuflucht in einem Gebäude älteren Stils, sein Wohlbefinden äußert sich im Kopfschütteln über die Proleten, die am Rand der Stadt in Betonslums hausen. In solchen Hohlköpfen beginnen architektonische Alternativen entweder jenseits des Stadtrands, mit der Blockhütte auf dem Land, oder diesseits, im Stadtkern, mit der Restaurierung des guten Alten.

Trotz der berechtigten Angst vor weiteren baulichen Verwüstungen ist das architektonische Museumswärtertum kein Ausweg, . im Gegenteil, es opfert bedenkenlos die Mehrheit der Bevölkerung den zynischen Praktiken der Bauwirtschaft und isoliert weiterhin jene Architekten, die sich um menschenwürdigeres Bauen bemühen. Es ist ein äußerst unbeliebtes, weil radikales Bemühen: es muß nämlich von der Sache her die herrschenden Eigentumsverhältnisse in Frage stellen. Der redliche Architekt, im Bewußtsein, daß er für andere baut, aber nicht über deren Köpfe hinweg, wird unwillkürlich ein radikaler Demokrat. Auch wenn der redliche Liberale ihn immer wieder besorgt fragt, ob man denn bloß wegen des Bauens von Häusern gleich so weit gehen müsse.

Von Müssen ist natürlich keine Rede. Man kann es auch machen wie der Architekt Stone, muß dann freilich mit der begeisterten Zustimmung von Tom Wolfe rechnen: Er »veränderte seinen Stil komplett und schuf den luxuriösen und ornamentalen Entwurf der amerikanischen Botschaft in Delhi mit ihren Türgittern aus Beton- und Marmor-Terrazzo, mit ihren blattgoldverzierten Stahlsäulen, mit ihrem Wassergarten, von gekrümmten Inselchen, kleinen Inselchen und klitzekleinen Inselchen durchzogen«.

Mit anderen Worten: Der bürgerlichen Architektur und Architekturkritik steht das Wasser bis zum Hals.

Tom Wolfe: »Mit dem Bauhaus leben - Die Diktatur des Rechtecks«, 128 Seiten, Athenäum-Verlag, 28 Mark

Konkret 06/82, S. 120

Herbert Achternbusch

LOGO TOGO

KONKRET hat den Schriftsteller und Filmemacher Herbert Achternbusch gebeten, zum 100. Geburtstag von Karl Valentin (am 4. Juni) einen Artikel zu schreiben. Dies ist er:

Ich kann nicht abweichen. Und wo liegt Logo! Logo kommt nicht von Logos, ‚sondern von Logisch. Logisch ist ein Käse mit einem Loch, das den ganzen Käse ausmacht. Also Logisch kann ich nicht meinen. Ich meine das Logo, das gleich neben Togo liegt, einem afrikanischen Staat, der soweit gesichert ist, daß ihm unsere Regierung zur Sicherung Afrikas eine Finanzaufstockung gewährt. Wie paßt das in unsere Kostendämpfungslandschaft? Mit diesem Togo ist auch nichts anzufangen. Ebensowenig wie mit Logo. Aber daß Logo gleich neben Togo liegt, finde ich immer wieder erstaunlich und darum immer wieder erwähnenswert.

Ein Pfund von der jeweiligen Sache ist weiter nichts als ein Pfund von der jeweiligen Sache. Aber ein Pfund Scheiße und ein Pfund Zucker ergeben einen Scheißschnaps, wie Wladimir Woinowitsch in seinem ersten Buch beweist.

Ebenso beweist er, daß ein Arbeiter, der seinem System alles recht machen will, und eben dieses kommunistische System, das niemandem traut, einen Delinquenten ergeben. Wo liegt Logo? Gleich neben Togo. Ein dummer Arbeiter und ein dummes System bedeuten Krieg. Ein dummer Arbeiter und ein klügeres System ergeben einen saudummen Arbeiter. Ein kluger Arbeiter und ein dummes System ergeben einen Dissidenten.

»Du nimmst auf ein Pfund Scheiße ein Pfund Zucker ... « - »Das ist reinster selbstgebrannter Schnaps. Du hast doch selbst gesehen, wie er brennt.«

Woinowitsch ist Dissident. Er sitzt in Stockdorf (das liegt gleich neben hier) und hat mit Chaplin Ähnlichkeit. Auch wenn mich das freut und schmerzt zugleich, so liegt Logo schon wieder gleich neben Togo. Keine Künstler haben mich mehr fasziniert als diese: Chaplin und Valentin.

Togo liegt immer neben Logo, und es ist natürlich dumm zu sagen »gleich wieder«. Wo liegt Frankreich gleich wieder? Neben Deutschland. Nicht neben Polen. Und wo liegt Deutschland? Keine Ahnung. Joyce denkt nach. Proust ist tot. Beide sind von Man Ray fotografiert. Ich finde das gar nicht witzig. In der Tat. Genau. Oder? Logo. Togo war eine deutsche Kolonie.

Max Bauer in seinem Buch »Kopfsteinpflaster«: »Ein Stimmungsbild im Schreibkalender 'Lahrer hinkender Bote' vom ersten Weltkrieg 1914, als Deutschland noch über die afrikanischen Kolonien verfügte, erregte besonders meine Gefühle. Das Bild zeigte eine Gruppe Negerknaben, jeder mit einem blitzenden Fahrrad, darunter stand zu lesen: 'Jung-Togo radelt überaus gern'. Und Jung-Deutschland damals? Kommentar überflüssig.«

Max Bauer stammt von den Ärmsten im Bayrischen Wald. Selbst einen Engel hätte er gefürchtet, wäre er ihm begegnet. »Die Gemsen mit ihrer Akrobatik auf den Felsen sind zu bewundern.« Das sagt er, weil er sie gesehen hat. »Ich habe mir aus dem Nichts eine Position geschaffen, womit ich zufrieden sein kann.« Auch ein Bürger von Togo. Das ist das, von dem man nicht abweichen kann (das, von dem man abweichen kann, ist es nicht).

Valentin, ich habe nie versucht, dich zu imitieren! VALENTIN - - - ICH Die anderen imitieren dicht VALENTIN --- ICH Chaplin hat auf einem Chaplin-Wettbewerb in Denver mitgemacht, und weißt du, der wievielte er geworden ist? Der dritte! VALENTIN So! ICH Aber eine Beschreibung deiner alten Filme will ich nicht geben, in den Museen laufen sie zur Schau.

Aber auch das bekümmert Valentin nicht. Genauso wenig wie sein hundertster Geburtstag, oder gar sein 99ster. Aber wenn ich ihm jetzt sage, daß unsere Regierung, die genau so rechtsradikal ist wie die seine, Pflastersteine vom Bayrischen Wald, um der dortigen Steinmetzindustrie ein paar tausend Arbeitsplätze zu erhalten, nach Berlin ausführt, einem Bedürfnis der Linksradikalen entgegenzukommen, dann wird er sich doch ärgern, daß er sich darüber nicht mehr ärgern kann, um mit seinem Ärger die zu verwundern, die sich eigentlich über nichts wundern.

Konkret 06/82, S. 122

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Einen Exzeß des Allzumenschlichen auf dem Marsch der Sturmabteilung Carstens durch Volk und Vaterland schildert die »Stuttgarter Zeitung«. Mitten im »wunderbaren Schongau« (Carstens) mußte die Frau des Präsidenten auf den Topf, und weil keiner da war, wurde der begleitende Bürgermeister, der Schongauleiter, zu einem Vertreter des Reichsnährstandes um Hilfe geschickt:

»Na, Bürgermoaster, was willst du heut?« »I brauch schnell a Scheißhäuserl. « Der alte Bauer: »Do hoscht Glück, mir ham zwoa.« Inzwischen war das Wanderpaar Carstens eingetroffen. Der Altbauer, der sie nicht kannte, zu ihnen: »So, müßet ihr a soacha? (für Nichtbayern: »So, müßt ihr auch p ... ?«). Ein Glück, daß die Carstens des Dialektes nicht mächtig sind und deshalb auch nicht verstanden, was der Bauer sagte. Sie werteten es als Gruß.

Feine Pinkel. Dabei hieß der Gruß, mit dem Karl C... großgeworden ist, gar nicht »Seich Hitler!«

*

Wenn ein Verleger seine Zeitung von Blei- auf Lichtsatz umstellen will, spricht er mit dem Betriebsrat. Wenn es bei der »Zeit« geschieht, erscheint ein Feuilleton:

Abschied vom Blei / Aus dem konservativen Innenleben der »Zeit«

Nun hat die Elektronik auch bei der »Zeit« getan, was sie überall tut: Einzug gehaltene Länger als 500 Jahre haben Gutenbergs Ideen gehalten. Sie haben die Arbeit der Journalisten, noch mehr der Schriftsetzer bestimmt. Rund 192 Tonnen Blei, schmierig von Druckerschwärze, haben die Metteure in »Schiffen« durch die Setzerei geschleppt, seit die »Zeit« gegründet wurde. Heute sitzen sie und die Schriftsetzer am Bildschirm und bleiben sauber. Doch ihnen wie den Redakteuren ist das sinnliche Vergnügen an der Arbeit genommen, die Freude, anfassen zu können, riechen zu können.

Ein sinnliches Vergnügen stell ich mir anders vor. Ich nehme an, daß ein Leitartikel von Marion Gräfin Dönhoff sich anfaßte wie graue Salbe und nach Moschus roch, während eine Glosse des Fritz J. Raddatz mehr an Satin und Old Spice erinnert haben dürfte. Wie aber, fragte ich mich, wird jetzt, nach der Revolution, dem Einzug der Elektronik und dem Ende der Schmierigkeit, der geruchlose Theo sich anfassen, da seine Arbeit nicht mehr so spürbar durch die 500 Jahre alten Ideen von Gutenberg bestimmt wird? Wie? So:

Reagan spinnt den Faden weiter.

Modern times am schnurrenden Spinnrad der »Zeit«: Die Erfindung der Armbrust steht unmittelbar bevor. Und wo wird der Rüstungswettlauf enden? Beim elektronisch gesteuerten Vorderlader.

*

Seit Alice Schalek am Isonzo und Henri Nannen an der Ostfront standen, hat man sowas nicht mehr gelesen:

Kaum ein Krieg in den vergangenen drei Jahrzehnten, über den im »Spiegel« nicht auch »Spiegel«-Augenzeugen berichteten. Mit einem Waffentransport aus Lissabon flog Redakteur Siegfried Kogelfranz in die eingeschlossene abtrünnige Provinz Biafra ein. Im indisch-pakistanischen Krieg wurde er kurzfristig als Spion festgenommen. Er war an der Front in Vietnam und beim Türken-Einfall in Zypern. Börries Gallasch und Tiziano Terzani ließen sich beim Vormarsch der Nordvietnamesen in Saigon überrollen. Klaus Reinhardt beobachtete in Kambodscha den Endkampf des Lon-Nol-Regimes gegen die Roten Khmer. Im Libanon geriet Volkhard Windfuhr ins multilaterale Feuer. Wolf Dieter Steinbauer und Adel Elias lagen zuletzt im Sand bei Chorramschahr auf irakischer Seite unter iranischem Beschuß. Erich Wiedemann überstand den heikelsten seiner journalistischen Kriegseinsätze im Tschad.

Und wo, bitte, bleibt der Dank des Vaterlands? Die Nahkampfspange für Terziani, das Afrika-Kreuz für Wiedemann, das Eichenlaub für Kogelfranz? Den Gefrierfleischorden e.h. verdient der Ostexperte des Hauses, Fritjof Mayer, der zur Strafe, daß ihn die Sowjets nicht in den Kugelhagel am Ussuri ließen, jahrelang im tiefsten Winter mit einem offenen Kübelwagen durch Hamburg fuhr. Dafür waren seine Kriegsberichte immer die intensivsten und stellten Steinbauers Beobachtungen des brennend heißen Wüstensands in den verdienten Schatten. Die Geschichte hat es gewollt, daß die Kriege der vergangenen drei Jahrzehnte fern, so fern vom Heimatland stattfanden, wodurch naturgemäß die Redakteure des Auslandsressorts bevorteilt wurden. Aber ihre Kollegen aus der Innenpolitik und dem Bonner Büro sollen nicht verzagen. Ich sage nur: Hattenbach.

*

Die »Frankfurter Allgemeine« hat weniger Freiwillige, dafür aber den echten Wehrmachts-Obersten Adelbert Weinstein:

Die geburtenschwachen Jahrgänge reißen Lücken in die Armee. Das Fehl auszugleichen verlangt schöpferische Phantasie - und neue Gesetze.

Für die schöpferische Phantasie ist es vielleicht ein wenig (achtzehn bis zwanzig Jahre) zu spät, aber neue Gesetze sind immer gut: gegen Abtreibung und Geburtenregelung. Kriegen ja sonst statt 'ner Verteidigungsarmee 'ne Verhütungsarmee, nöch?

*

Ein Wolf Schneider hat das Buch verfaßt, das mir gerade noch gefehlt hat: »Deutsch für Profis«. Es ist ein rechtes Unglück, daß sich immer die Autoren zur Sprachkritik aufgerufen fühlen, die zu nichts taugen als zu deren Objekt:

Diese Stilregel wird so oft und so häufig verkündet, wie nur noch der Ruf nach kurzen Sätzen und Hauptsätzen erschallt.

Das ist schon so professionell wie nur noch:

Der schreibende Mensch hat die verhängnisvolle Neigung, sich in Positur zu setzen und Papierdeutsch zu gebären.

Zwar werden neuerlich auch wieder Kinder im Sitzen zur Welt gebracht - aber in Positur?

Ja, das ganze Zunft-, Bläh- und Bürokratendeutsch ginge über Bord

des Handwerks-, Verdauungs- und Kontordampfers, wenn deutsche Männer wie Herr Schneider, anstatt Journalistenschulen zu leiten und sprachkritische Bücher zu gebären, dem Ruf nach immer kürzeren Sätzen folgten wie nur noch was, bis sie auf den Punkt als das ihnen allein gemäße Schriftzeichen reduziert sind. Zu Konzessionen, wie etwa einem Gedankenstrich, bin ich nicht bereit.

*

Johannes Gross, der Menachim Begin »physiognomisch unterlegen« und Hitler den »Zerstörer des Faschismus« genannt hat, probiert aus, was sonst noch durchgeht:

Die Juden haben recht und schlecht unter Moslems wie unter Christen überlebt. Das ist das Mirakel des Hauses Israel. Wenn seine Geschichte einmal sub specie aeternitatis geschrieben ist, wird nicht die Verfolgung hervorragen, sondern die Duldung, die dem Volk zuteil wurde, das allen andern sagte, daß es das auserwählte ist.

Siebenunddreißig Jahre nach Auschwitz, wo sie mehr schlecht als recht überlebt haben, ragt in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« die Duldung hervor. Ja, sie geht schon so mirakulös weit, daß in der gebildeten Kritik an der Vergasungslage sogar der Judenlümmel Baruch Spinoza »sub specie aeternitatis« zitiert wird.

*

Auf der Suche nach der letzten Wahrheit der Schlagzeile, tagträumend von »Ertl widerlegt Sartre«, erschien mir die »Frankfurter Rundschau«:

Ehmke sucht nach neuer Strategie

Das ist die Transzendenz alltäglichen Schwachsinns in ewige Schönheit. Wenn keiner mehr wissen wird, daß es einmal ein »Ehmke« gegeben hat, also in zirka vier bis sechs Wochen, wird diese Zeile Literatur sein. Ein Pappenheimer wird seinem Sohn Brutus statt der versprochenen Prügel eine Italienreise verpassen, und dieser wird das geflügelte Wort sprechen: »Aha, Ehmke sucht eine neue Strategie!«